

Horst Hohmann

Das Lied des Uirapurú

Liebe Leserin und lieber Leser! Ich möchte heute „Das Lied des Uirapurú“ für Sie anstimmen und Ihnen erzählen, was es mit dem kleinen Sänger auf sich hat. Viele Jahre ist's her, dass ich zusammen mit Freunden zum Haus des Gummizapfers Conte Almeida unterwegs war - tief drinnen im südwestlichen Teil des amazonensischen Regenwaldes an der Grenze zu Peru, als wir während einer Rast zwischen den langgezogenen Schreien roter Aras und dem hölzernen Krächzen von Tucanos plötzlich den majestätisch anmutenden Gesang des Uirapurú vernahmen. Gesehen haben wir ihn nicht, den rostbraun gefiederten kleinen Virtuosen. Erst sehr viel später sah ich den Prachtkerl auf einem seltenen Foto, das einem Ornitologen am Rio Madeira gelungen war.

Ich erfuhr, dass der Uirapurú es vorzieht, im Verborgenen seine Stimme zu erheben und dass er auf keinen Fall zu der Sorte von Vögeln gehört, die schon beim „Anflug aufs werte Publikum“ ihre Flügel spreizen, laut kreischend die konkurrierenden Sänger vertreiben und dann ihren Schnabel aufreißen und selbstgefällig verkünden, dass man für „Kolloratur-Passagen“ halt geboren sein muss!

Ich habe oft an den Uirapurú gedacht, wenn Amtspersonen rechthaberisch und Respekt heischend über mich herfielen und fragten: „Weißt du denn nicht, wer ich bin?!“ Oder wenn Staatsmänner mit breitem, widerlichem Grinsen auf dem Gesicht in ihren vom Steuerzahler finanzierten Fernseh-Auftritten mitteilten, wie „selbstlos und von purer Nächstenliebe beseelt“ doch ihr politisches Handeln sei! „Ach ja“, hab ich gedacht, „hätten sie doch nur ein klein wenig von der bescheidenen Größe des Uirapurú!“ Von dem Uirapurú, der keinen Wert darauflegt, gesehen zu werden. Von dem Uirapurú, dem es genügt, wenn sich stille Verehrer an seinem Lied erfreuen und es dann zuhause in ihren Herzen nachklingen lassen!

Ich schätze mich glücklich, dass ich auf meinen journalistischen Reisen durch die

verschiedenen Kontinente immer wieder auch den herrlichen „Gesang jener anderen Uirapurús“ vernehmen durfte, die uns mit ihrer fast scheuen Art beeindrucken, wie sie „beharrlich und ohne viel Aufhebens Gutes tun“: Wenn sie unbezahlten Urlaub nehmen, um Aids-Kranken in ihren letzten Tagen vor dem Tod mit einem feuchten Schwamm die schmerzenden Glieder zu massieren. Wenn sie Kleinbauern im Rechtsstreit mit raffgierigen Großgrundbesitzern verteidigen und dabei ihr eigenes Leben riskieren (so wie meine Freundin Sol Jubilan auf Mindanao, die heimtückisch ermordet wurde). Wenn sie einfach nur für ein bisschen mehr Menschlichkeit beim berüchtigten „Hauen und Stechen“ kämpfen. Wenn sie unter widrigsten Umständen die 12 eigenen Kinder und 23 Adoptivkinder großziehen. Wenn sie gegen die Seuche der Korruption Front machen. Wenn sie zwischen unterschiedlichen Kulturen vermitteln. Wenn sie sich genauso wie Jesus von Nazareth hinstellen und den „Hohenpriestern“ aller Couleur ins Gesicht sagen, dass sie ein Haufen gottverdammter Heuchler sind. Wenn sie ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen, um neue Erkenntnisse für die Bekämpfung des Krebses zu gewinnen. Wenn sie den Sprachlosen helfen, wieder „Worte zu finden“. Oder wenn sie mit ihren Zeichnungen und Karikaturen die Ungeheimheiten des Tagesgeschehens „aufspießen“ und für neue und unerwartete Einblicke sorgen.

Auffallend, dass es für alle diese Frauen und Männer, denen ich in sechs Kontinenten begegnet bin, völlig irrelevant ist, ob sie mit ihren guten Werken Pluspunkte fürs Jenseits sammeln. Es genügt ihnen, dass sie auf ihre bescheidene Art ein wenig zur „Ausgestaltung einer besseren Welt“ beitragen können.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, dass auch Sie 2018 zwischendurch immer wieder auf Personen treffen, die Sie mit ihrer ausdrucksstarken „Poesie der Mitmenschlichkeit“ fesseln und Sie in der Gewissheit bestätigen, dass es uns Menschen schon immer besonders geadelt hat, wenn wir „im Verborgenen und ohne viel Aufhebens Gutes tun“!

Der in mythischen Zeiten ausgebildete Bestand an Dogmen und theologischen Motiven muss daraufhin untersucht werden, was die Gründe für ihre Ausbildung gewesen sind. Erst von daher lässt sich bestimmen, was zum Kernbestand des Christentums gehört. Die im Lauf der Zeit angewachsenen mythischen Erweiterungen erschweren den Zugang zum Christentum für historisch-kritisch denkende Menschen oder auch nur für heutige Zeitgenossen. In den letzten Folgen war (1) von der Entstehung und Ausbildung der Trinitätslehre und (2) der Christologie sowie (3) der Vorstellung von der Erlösung durch das Kreuz und die Rechtfertigungslehre die Rede. Im Folgenden geht es (4) um das Verständnis der Auferstehung Jesu.

Karl-Heinz Ohlig

Ist der Glaube an die Auferstehung Jesu Basis des Christentums?

In diesem Sinn wird oft argumentiert, und hierbei werden die Erscheinungen des Auferstandenen meist als eine Art von „göttlicher Bestätigung“ der Wahrheit des Christentums angeführt. Die Sache selbst wird in ihrem historischen Kontext und ihrer Problematik ausgeblendet.

Auferstehung in der jüdischen Religion

Zunächst ist es wichtig, die Vorgeschichte des Auferstehungsglaubens zu betrachten. Dann fällt auf, dass die jüdische Religion – im Unterschied zu vielen anderen Religionen – keine Perspektive über den Tod hinaus kennt. Der Tod war das Ende jedes Menschen, sein abschließendes Schicksal. Diese Auffassung hängt damit zusammen, dass die jüdische Religion keine Zweiteilung des Menschen in (vergänglichen) Leib und (nicht so vergängliche, oft unsterbliche) Seele kennt. Für sie ist der Mensch *ein ganzer*. Zwar wird er gelegentlich „Geist“ und „Fleisch“ oder „Staub“ genannt. Damit ist aber nicht die naturale Zweiteilung von Leib und Seele gemeint, sondern vielmehr, dass der Mensch *in seiner Geschichte* als ganzer Partner Gottes ist („Geist“) und zugleich hinfällig, sündig und sterblich („Fleisch“) –

Hoheits- und Niedrigkeitsaussagen zum Menschen und seiner Geschichte, eine naturale Zweiteilung gibt es nicht. Erst im sog. Frühjudentum (früher: Spätjudentum genannt) ab dem 2. vorchristlichen Jahrhundert findet sich der Gedanke, dass es eine Perspektive über den Tod hinaus gebe: Zunächst für die im Kampf gefallenen Frommen (so 2 Makkabäer 7,9 und 12,43), für viele Gerechte (Daniel 12,2, so vielleicht noch Lukas 14,14) oder der „Toten Jahwes“ (Jesaja-Apokalypse, Jesaja 26,19). Zur Benennung dieser Perspektive wurden *Bildbegriffe* gewählt, die erklären sollen, wie man sich das vorzustellen hat: „Auferweckung“ (durch Gott) oder „Auferstehung“. Die Toten sind wie Schlafende, die von Gott geweckt werden oder sich aus dem Liegen aufrichten, aufstehen. Auch die Auferstehung bezieht sich auf den ganzen Menschen. Erst in der zwischentestamentlichen Apokalyptik, deren Schriften nicht mehr zur Bibel gezählt werden, wird diese ganzheitliche Auferstehung eine Perspektive für *alle Menschen*, Gerechte und Ungerechte. In diesem Sinn versteht sie auch das Neue Testament. Wie in allen Religionen mit alter Tradition wurde nun versucht, diese neue Vorstellung mittels alter Texte zu untermauern. So gab es in der alten prophetischen Tradition Motive, die man aufgreifen konnte: In ihrer poetischen Bildsprache wird gelegentlich das schlimme Schicksal des Volkes Israel beklagt, das immer wieder von mächtigeren Reichen besiegt und unterjocht wurde; die Israeliten werden dabei als Tote bezeichnet, die keine Chance mehr hatten. Aber dann verkünden die Propheten ein rettendes Eingreifen Jahwes: er wird die Toten zum Leben erwecken, das tote Gebein mit Fleisch und Haut überziehen (vgl. Ezechiel 37) und die Israeliten wieder in ihr Land führen: „... diese Gebeine sind das ganze Haus Israel. ... Ich hauche euch meinen Geist ein, dann werdet ihr lebendig, und ich bringe euch wieder in euer Land“ (Ezechiel 37, 11.14). Oder Hosea 6, 1.2: „Denn er (Jahwe) hat Wunden gerissen, und er wird uns auch heilen ... Nach zwei Tagen gibt er uns das Leben zurück, am dritten Tag richtet er uns wieder auf, und wir leben vor seinem Angesicht“. Diese spärlichen Texte haben nichts mit der späteren Auferstehungshoffnung des einzelnen und mit seiner postmortalen Situation zu tun, sie gehen vielmehr bildhaft auf das Geschick des geschundenen

Volkes Israel zurück und formulieren die Hoffnung, dass Jahwe sein Volk wieder aufrichten oder lebendig machen wird. Die Bildrede bei Hosea vom dritten Tag ist wahrscheinlich auch das Motiv dafür, dass Jesus am dritten Tag auferstanden ist. Im weiteren Verlauf der frühjüdischen Entwicklung ist noch auf ein weiteres Motiv hinzuweisen: Es kam zu einem immer stärkeren Einfluss der hellenistischen Kultur. In diesem Kontext wurden auch griechische anthropologische Vorstellungen übernommen, die Zweiteilung des Menschen in eine Geistseele und einen Leib entfaltete ihren Einfluss. So heißt es im späten Weisheitsbuch „Gott hat den Menschen zur Unvergänglichkeit erschaffen und ihn zum Bild seines eigenen Wesens gemacht“ (Weisheit 2,23) und „Denn der vergängliche Leib beschwert die Seele, und das irdische Zelt belastet den um vieles besorgten Geist“ (Weisheit 9,15). Die Vorstellung von einer unsterblichen Seele und einem sterblichen Leib konnte mit der Auferstehungshoffnung verbunden werden, wobei diese aber einer inhaltlichen Veränderung unterlag. Dann besteht die Auferstehung darin, dass zu der unsterblichen Seele Jesu der auferweckte Leib hinzutritt.

Im damaligen Judäa war ebenfalls der Einfluss des Hellenismus zu finden, aber er war nicht so weitreichend verbreitet. Hier waren die alten jüdischen Mentalitäten noch stärker, apokalyptisches Denken war bestimmend. Das ist der Grund dafür, dass die ältesten Auferstehungszeugnisse des Neuen Testaments die Auferstehung als ganzheitliche postmortale Perspektive begriffen, nicht als eine bloße Wiederbelebung des Leibes.

Zur Auferstehung Jesu

Das Bekenntnis, dass Jesus auferstanden ist, gehört zur ältesten Schicht der neutestamentlichen Zeugnisse und wurde auch später immer neu entfaltet. Was ist damit gemeint?

Das Neue Testament kennt drei Arten von Auferstehungszeugnissen: 1. Die Erzählungen vom Leeren Grab, 2. die Erscheinungsberichte der Evangelien, 3. die dem frühesten Kult und der Katechese entstammenden Bekenntnisformeln (Jesus ist gestorben, begraben und am dritten Tag auferweckt worden).

Zu 1) Das leere Grab: Dieses wird zum ersten Mal bei Markus, also etwa 40 Jahre nach dem Tod Jesu, erwähnt und von den

anderen Evangelien aufgegriffen. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um eine spätere sekundäre Ausfaltung des Auferstehungsglaubens, die in stark von hellenistischen Mitgliedern geprägten Gemeinden her („Heidenchristen“) zwangsläufig war. Wenn man unter Auferstehung vor allem – da die Seele Jesu ja ohnehin unsterblich war – die Wiederbelebung seines Leibes verstand, konnte dieser nicht mehr in einem Grab liegen. Diese unter neuen kulturellen Bedingungen entfalteten narrativen Interpretationen sind für die historische Frage nach der Auferweckung Jesu nicht verwertbar. Zu 2) Zu den Erscheinungsberichten in den Evangelien: Matthäus, Lukas und Johannes bieten am Ende ihrer Evangelien eine Reihe von Berichten über Erscheinungen Jesu nach seinem Tod, nur das Markusevangelium hat bis zu seinem Schluss (16,8) keinen solchen Bericht (im 2. Jahrhundert wurde das nachgeholt. „unechter Markusschluss“). Diese Berichte sind narrative Entfaltungen des Auferstehungsglaubens, wobei die Redaktoren der Evangelien sie nutzen, um für ihre Gemeinden wichtige Motive anzusprechen und zu entfalten: z.B. über die Bedeutung der Herleitung des Schicksals Jesu „aus der Schrift“ und des „Brotbrechens“ für die Begegnung mit dem Herrn, über die Wichtigkeit des Glaubens, ohne zu sehen (ungläubiger Thomas) oder die Begründung einer universellen Mission.

Die Erscheinungsberichte der Evangelien bieten keine Schilderungen historischer Abläufe, sondern theologische Appelle an die Gemeinden. Zudem widersprechen sie sich in so gut wie allen Details. Jesus erscheint seinen Jüngern z.B. an verschiedenen Orten in Galiläa oder/und in Jerusalem und Umgebung vor je anderen Zeugen; die szenischen Abläufe, die überlieferten Worte wie auch die theologischen Absichten wechseln usf. Wollte man, wie vor mehr als zweihundert Jahren Hermann Samuel Reimarus, diesen „Berichten“ unterstellen, sie seien historisch gemeint, müsste man sie – mit ihm – für absolut unglaubwürdig halten.¹ Aber die Bibelwissenschaft hat mittlerweile erkannt, dass die „Berichte“ keine sind oder sein wollen; sie sind narrative Glaubenszeugnisse (vgl. die Übersicht auf der folgenden Seite).

¹ Reimarus, z.B. Apologie oder Schutzschrift für die vernünftigen Verehrer Gottes, 2. Teil, 3. Buch.

Mk	Mt	Lk	Joh
<p><u>16, 1-8</u> Frauen (Maria Magdalena, Maria, die Mutter des Jakobus, Salome) gehen zum Grab, Stein ist weggerollt; im Grab: ein Jüngling, der ihnen mitteilt: Jesus ist auferstanden, Grab ist leer. Auftrag an Jünger und Petrus. Jesus wird ihnen nach <i>Galiläa</i> vorausgehen. Furcht, Flucht, Schweigen der Frauen.</p>	<p><u>28, 1-15</u> Frauen (Maria Magdalena, andere Maria) zum Grab. <u>Einschub:</u> Erdbeben, ein Engel des Herrn, setzt sich vor das Grab; Wächter. Folgendes im Wesentlichen nach Mk. Frauen voll Furcht und Freude. <u>Einschub:</u> Jesus begegnet Frauen; nochmaliger Hinweis auf Weg zu den Jüngern. <u>Erweiterung:</u> Betrugsgeschichte</p>	<p><u>24, 1-11</u> Frauen (nach V. 10: Maria Magdalena, Johanna – nach 8,3 Frau des Chusa, des Verwalters bei Herodes – und Maria, die Mutter des Jakobus) gehen zum Grab: Stein ist weggerollt. Entdeckung des leeren Grabes, Ratlosigkeit. <i>Zwei</i> Jünglinge. Theologischer Hinweis, Erinnerung an Wort Jesu in <i>Galiläa</i>. Meldung an die Elf. Ungläubigen der Jünger. <u>Unsicherer V. 12:</u> Petrus geht zum Grab, wundert sich und kehrt zurück.</p>	<p><u>20, 1-10</u> Maria Magdalena am Grab. Als der Stein weggerollt ist, sofort zurück. Petrus und Lieblingsjünger zum Grab. Leeres Grab. Glauben aufgrund des leeren Grabes. <u>20, 11-18</u> Maria Magdalena sieht in leerem Grab zwei Engel, dann draußen Jesus. Verkündigung an Jünger. <u>20, 19-29</u> Erscheinung Jesu vor Jünger in <i>Jerusalem</i>. Geistmitteilung und Vollmacht zur Sündenvergebung, ungläubiger Thomas. <u>Nachtragskapitel 21</u> Erscheinung am See Tiberias, Hirtenamt des Petrus, Worte zum Lieblingsjünger.</p>
<p>(Unehchter Mk-Schluß 16, 9-20, vorwiegend nach Lk, im 2. Jh.)</p>	<p><u>28, 16-20</u> Sehen Jesu auf einem Berg in <i>Galiläa</i>. Vollmachtsspruch und Taufbefehl.</p>	<p><u>24, 13-35</u> <i>Emmauserzählung</i>, Erscheinung vor Petrus <u>24, 36-53</u> Erscheinung vor Jüngern in <i>Jerusalem</i>: Jesus ist kein Geist, Hinweis auf Hände und Füße, Essen des Fisches. Schriftbeweis, Verkündigung „von <i>Jerusalem</i> angefangen“, Geistverheißung, Himmelfahrt bei <i>Bethanien</i>, freudige Rückkehr der Jünger nach <i>Jerusalem</i>. (vgl. Apg 1, 9-11) (Christophanien vor <i>Damaskus</i>,</p>	

Zu 3 Die frühchristlichen Bekenntnisformeln: Diese knappen Formeln (Jesus ist gestorben, begraben worden und am dritten Tag auferstanden) finden sich in der Apostelgeschichte und in der neutestamentlichen Briefliteratur. In den Evangelien kommen sie im Munde Jesu vor als Leidensankündigungen, übertragen ins Futur (der Menschensohn wird ...). Wahrscheinlich sind diese Formeln in Kult und Katechese entstanden und genutzt worden, um in knappster Form den Glauben zusammenzufassen. Leider bieten sie nicht mehr als die Begriffe „Auferstehen“ oder „Auferwecktwerden“, so dass sie für unsere historische Frage unergiebig sind. Historisch bezeugen sie lediglich den Glauben an den Auferstandenen, nicht aber, was damit gemeint ist.

Eine gewisse Ausnahme bieten einige paulinische Passagen, besonders im Ersten Korintherbrief (1 Kor 15,3-8): *„3 Denn vor allem habe ich euch überliefert, was auch ich empfangen habe: Christus ist für unsere Sünden gestorben, gemäß der Schrift, 4 und ist begraben worden. Er ist am dritten Tag auferweckt worden, gemäß der Schrift, 5 und erschien dem Kephas (ophthä to Kephä), dann den Zwölf. 6 Danach erschien er mehr als fünfhundert Brüdern zugleich; die meisten von ihnen sind noch am Leben, einige sind entschlafen. 7 Danach erschien er dem Jakobus, dann allen Aposteln. 8 Als letztem von allen erschien er auch mir, dem Unerwarteten, der ‚Missgeburt‘“.*

In den Versen 3 und 4 referiert Paulus eine traditionelle Bekenntnisformel zur Auferweckung Jesu, fügt allerdings dann Hinweise auf ein „Gesehen werden“ (Christi) durch Zeugen an: (1) Kephas und die Zwölf, (2) mehr als fünfhundert Brüder, (3) Jakobus und alle Apostel; dann fügt er (4) sich selbst an. Die referierten Namen spiegeln sicher kirchliche Autoritätsansprüche (Petrus, Jakobus, Paulus) – abgesehen von den ansonsten nie erwähnten „Fünfhundert“ (bezieht er sich auf das Pfingstereignis?) –, wobei unklar ist, ob das „Sehen“ ihre Autorität begründet hat oder nur nachträglich von ihr hergeleitet wird. Vor allem aber bleibt unklar, was Paulus unter „Sehen“ versteht. Die Übersetzung „er erschien dem Kepha“ ist sehr interpretativ, von einer Erscheinung ist nicht die Rede. Wörtlich übersetzt heißt der Text: „er wurde gesehen dem Kepha“, was eine sehr

ungewöhnliche Formulierung ist. Das Passiv „er wurde gesehen“ erklärt sich aus dem alttestamentlichen Sprachgebrauch, in dem es das *Passiv des Handelns Gottes* gibt, um die Nennung des Namens Jahwes zu vermeiden: z.B. „es wurde gesagt“ (natürlich von Gott), so auch in der Bergpredigt; oder: „es wurde geschrieben“ usf. Gemäß diesem Sprachgebrauch müsste man 1 Kor 15,5 übertragen: „er ist (von Gott) sehend gemacht worden“. Dann erklären sich auch die folgenden Dative: „dem Petrus, dann den Zwölf“, ansonsten müsste da stehen: „er wurde gesehen von (hypo) Petrus, Jakobus usw.“.

Von einer Erscheinung ist nicht die Rede, sondern von Sehend machen durch Gott. Worin aber dieses Sehendmachen, das Paulus auch für sich reklamiert, besteht, schreibt er nicht, auch nicht an anderer Stelle in 1 Kor 9,1: *„Habe ich nicht Jesus, unseren Herrn, gesehen?“*

Meint er ein empirisches Sehen oder ein prophetisches Sehen im Sinn von Erkennen, dass der im Tod gescheiterte Jesus der von Gott Auferweckte ist? Für dieses Verständnis von Hören und Sehen bietet die Bibel nicht wenige Beispiele.

Paulus fügt sich den tradierten Listen hinzu, vielleicht im Rückgriff auf das sog. Damaskuserlebnis (?). Von diesem allerdings wissen wir nur aus der sehr späten Apostelgeschichte (des „Lukas“), in der dreimal – und nicht immer übereinstimmend – von einer visionären Erfahrung des Paulus die Rede ist (Apg 9,3-9; 22,6-11; 26,12-18). Lukas also hat Jahrzehnte nach Paulus dessen Bekehrung in einer mirakelhaften Erscheinung begründet, wohl eine legendarische Ausgestaltung.

Paulus selbst spricht nicht von Damaskus, wohl aber begründet er seine Wandlung vom Christenverfolger zum gläubigen Christen und Missionar im Galaterbrief (Gal 1,13-17). Wichtig ist vor allem Gal 1,15.16: *„15 Als aber Gott, der mich schon im Mutterleib auserwählt und durch seine Gnade berufen hat, mir in seiner Güte 16 seinen Sohn in mir offenbarte, da zog ich keinen Menschen zu Rate ...“.* Hier ist seine Bekehrung auf eine Offenbarung Gottes, dass Jesus kein zu verfolgender Gesetzesbrecher, sondern sein „Sohn“ ist, zurückgeführt; von jetzt an konnte er in Jesus dessen Würde „sehen“. Diese Offenbarung hat Paulus „in mir“ erfahren, also nicht von

außen, in einer visionären Schau. Der Sache nach besteht die Offenbarung also in einer von Gott gewirkten inneren Erkenntnis zur Christusqualität Jesu. Von dieser „Erkenntnis“ (*Gnosis*) spricht Paulus auch in 2 Kor 4,6: „Denn Gott, der sprach: Aus Finsternis soll Licht aufleuchten!, er ist in unseren Herzen aufgeleuchtet, damit wir erleuchtet werden zur Erkenntnis des göttlichen Glanzes auf dem Antlitz Jesu“. Auch hier geht es um eine Erleuchtung in unseren Herzen, die uns Jesus auf eine neue Art sehen lehrt. So auch in einer weiteren Stelle im Philipperbrief (Phil 3,7.8): „7 Doch was mir damals ein Gewinn war, das habe ich um Christi Willen als Verlust erkannt. 8 Ja noch mehr: ich sehe alles als Verlust (Unrat) an, weil die Erkenntnis (Gnosis) Christi Jesu, meines Herrn, alles übertrifft. Seinetwegen habe ich alles aufgegeben ...“.

Nimmt man nur Paulus zur Grundlage und nicht die spätere legendarische Ausgestaltung in der Apostelgeschichte, spricht Paulus in keiner Weise von einer visionären Erscheinung, vielmehr von einer von Gott bewirkten inneren Erkenntnis Jesu, die zu einem völligen Wandel seiner bisherigen Anschauungen und Aktivitäten geführt hat. Er spricht von einer Erkenntnis „in ihm“ oder in seinem Herzen. Das bedeutet, dass auch das ophthä im ersten Korintherbrief auf keinen Fall, wie die Apostelgeschichte nahelegt, visionär verstanden werden darf: Paulus hatte keine Erscheinungen, wohl aber eine neue Erkenntnis und damit einen völligen Wandel durchlebt. Da er sich im ersten Korintherbrief in die Reihe der „Zeugen“, denen von Gott das Sehen geschenkt wurde, einreihet, hat er wohl auch bei diesen eine neue von Gott gegebene Erkenntnis angenommen. Auch sie sind deshalb Christen geworden, weil sie Jesus – trotz seines Scheiterns am Kreuz – in einer neuen Weise zu sehen gelernt hatten. Vielleicht gab es einige – die „Zeugen“liste –, die als erste diese neue Sicht Jesu hatten und den anderen mitgeteilt hatten. Und tatsächlich ist das ja auch die Basis allen Christentums: Jesus auf diese Art „sehen“ zu können. Sicherlich war dieses neue Sehen auch der Grund dafür, die traditionelle Vorstellung von einer Auferstehung, die für das Ende der Tage erwartet wurde, jetzt schon auf Jesus anzuwenden.

Es ist nicht auszuschließen, dass die intensive innere Erfahrung des neuen Sehens Jesu gelegentlich auch mit ekstatischen visionären Begleiterscheinungen verbunden war. Darauf könnten die Phänomene der Glossolalie in frühen christlichen Gemeinden hindeuten (vgl. 1 Kor 12,10.28.30; 13,1.8; 14; Apg 10,44-46; 19,6), denen Paulus reserviert gegenüberstand (vgl. 1 Kor 14). Vielleicht sind diese Phänomene auf den „Unterschicht-Hellenismus“ in den frühen Gemeinden zurückzuführen. Jedenfalls haben sie dazu geführt, das „Sehen“ in einem visionären Sinn zu verstehen: als Erscheinungen des Auferstandenen. So haben es die Redaktoren der Evangelien nach Matthäus, Lukas und Johannes ebenfalls verstanden. Und die kirchliche Tradition (bis heute) folgt dieser Auffassung.

Die weitere Entwicklung

Seit der christlichen Spätantike wurde nicht in Frage gestellt, dass Jesus am dritten Tag auferstanden und seinen Jüngern erschienen ist. Allerdings hatten die Auferstehung und die Erscheinungen nicht die Bedeutung, die heute im Vordergrund steht: die göttliche Bestätigung des Glaubens. In Zeiten mythischen Denkens war das nicht nötig. Die göttliche Qualität Jesu war ohnehin offensichtlich: in seiner Sache und seinem Leben und in seiner Wundertätigkeit.

Erst durch die Aufklärung wurden diese Gewissheiten fraglich: Jesus hat in seiner Lehre auf jüdische Traditionen zurückgegriffen, sie war nicht gänzlich neu; sein Leben war das eines jüdischen Wanderpredigers; die Wunderberichte der Evangelien sind nicht als historische Schilderungen zu verstehen. So war die „göttliche Qualität“ Jesu nicht mehr so ohne Weiteres selbstverständlich. Umso intensiver hielt und hält man deswegen an der Auferstehung Jesu und seinen Erscheinungen fest: sie sollen das leisten, was bisher nicht notwendig war, nämlich die göttliche Begründung des Glaubens.

Fragen

Dabei ist der Versuch, göttliche, d.h. absolute Sicherheit in den Erscheinungen zu begründen, aus heutiger Sicht nicht mehr vollziehbar. Bei der Rede von der Auferstehung handelt es sich um metaphorische Sprache. Diese soll zwar durchaus eine

Wirklichkeit umschreiben, die mit allen Fasern erhofft wird: dass nämlich das Ende der Geschichte – kollektiv und individuell – nicht das Ende schlechthin sei. Mit der Metapher von einem Schlafenden, der geweckt wird, oder einem Liegenden, der aufsteht, soll die neu beginnende Dynamik und Aktivität symbolisiert werden. Falsch aber wäre es, die Bildelemente der Metapher selbst in die historische Realität, metaphorische zu alltäglicher Wahrheit transponieren zu wollen. Überspitzt gesagt wird hier vorgegangen, als wenn ein Interpret die Wahrheit des Ersten Schöpfungsberichts darin begründet sähe, dass die Schöpfung tatsächlich nach Art des geschilderten Sechs-Tage-Werks abgelaufen wäre.

Der einzig mögliche und auch zureichende Grund von Christentum und Christologie ist Jesus von Nazareth selbst; er ist Katalysator und Motivation des Glaubens. Zwar lässt sich auf diese Weise keine „übergeschichtliche“ oder „absolute“ Gewissheit erzielen. Bis zu seiner eschatologischen Bestätigung bleibt nur eine geschichtliche Gewissheit, immer wieder angefochten. Grundsätzlich kann es in der Geschichte keinerlei übergeschichtliche Gewissheiten geben, solange die Geschichte fort dauert. Auch wenn Jesus mir selbst heute erschiene, bliebe dieses Widerfahrnis ungewiss: Schon am nächsten Tag, erst recht in einigen Wochen, müsste ich mich fragen, ob es tatsächlich so passiert ist, ob ich es geträumt oder mir eingebildet habe, wie es mit meiner seelischen Gesundheit bestellt ist usw. Kurz: „Göttliche“ oder „übergeschichtliche“ Bestätigungen lassen sich erst am Ende von Geschichte erwarten. Bis dahin gibt es begründete Hoffnungen oder Überzeugungen, aber keine absoluten Gewissheiten. Deswegen sollte die kirchliche Verkündigung ein wenig differenzierter mit den Bezügen auf Ostern umgehen.

Der Osterglaube hat also „unmythische“ Wurzeln. Etwa so: Paulus verfolgte die Christen, weil sie Jesus predigten. Er wird sich dabei auch mit der Gestalt Jesu auseinandergesetzt haben. Im Lauf der Zeit oder auch ganz plötzlich erkennt er, dass er in die falsche Richtung läuft und dass Jesus nicht der zu Bekämpfende ist, sondern Gott nahesteht. Diese neue Sicht, diese neue Gnosis, interpretiert er – in der damaligen Zeit durchaus üblich – als ihm von Gott geschenkt, als offenbart. Spätere Interpreten

haben dieses neue Sehen dann als von Erscheinungen hervorgerufen verstanden – wofür bei Paulus selbst keine Ansätze zu finden sind.

Eine kleine Ergänzung:

Die unmythische Begründung führt nicht dazu, den Glauben an den Auferstandenen fallen zu lassen. In vielen Religionen findet sich die Hoffnung, dass der Tod nicht das letzte Wort über einen Menschen sei. Im Frühjudentum und so auch im frühen Christentum wird hierfür die Bildrede von einer Auferstehung oder Auferweckung gebraucht. Diese Hoffnung war (nicht nur) damals weit verbreitet. Die Besonderheit von Ostern besteht also nicht darin, an eine Auferstehung zu glauben, sondern diese von Jesus auszusagen, gewissermaßen ein Sonderfall dieser Hoffnung. Paulus schreibt (1 Kor 15,15.16): *„15 Er (Gott) hat Christus auferweckt. Er hat ihn aber nicht auferweckt, wenn Tote nicht auferweckt werden. 16 Denn wenn Tote nicht auferweckt werden, ist auch Christus nicht auferweckt worden.“*

Die Prädzierung der Auferweckung an Jesus entspricht anthropologischen und religionsgeschichtlichen Regeln. Wir kümmern uns oft jahrelang nicht um den Tod und seine Probleme. Aber wenn Menschen sterben, die wir lieben und deren humane Qualitäten wir kennen, sieht die Sache anders aus. Dann setzen wir uns mit ihm auseinander. Und erst um die uns nahestehenden Verstorbenen bildet sich die Hoffnung, dass es das nicht gewesen sein kann, dass es eine Perspektive geben müsse. Das scheint der Grund dafür zu sein, dass in vielen Religionen und Kulturen seit der Prähistorie die Ahnenverehrung und ein entsprechender Kult eine große Rolle spielen. Weil Eltern und Ahnen in der Regel vor den Trauernden sterben, und weil diese sich nicht einfach mit dem Ende abfinden können, gibt es die Ahnenverehrung (aber es gibt auch schon in der Prähistorie sorgsam gestaltete Grabstätten von Kindern). Von hierher wird es verständlich, dass auch der frühe und gewaltsame Tod Jesu bei seinen Jüngern Anlass war, gegen die Definitivität dieses Todes aufzubegehren und intensiv zu hoffen, dass er nicht das Ende und Jesus auferstanden ist.

Norbert Scholl

unter Mitarbeit von Winfried Belz
und Dr. Karl-Heinz Knauber

Christentum und Judentum

Angesichts eines wieder zunehmenden Antijudaismus erscheint es sinnvoll und geboten, einiges Grundsätzliche zum Verhältnis Christentum und Judentum zu bedenken.

Von Anfang an ein konfliktreiches Verhältnis

Das Verhältnis von Christentum und Judentum ist von Anfang an aus Gründen der jeweiligen Identität konfliktreich. Dieser Konflikt ist bereits grundgelegt mit *Jesus*, seiner Botschaft, seinem Leben, seinem Kreuzestod und mit der Glaubensüberzeugung seiner Anhänger, dass der Gekreuzigte lebt. Damit war der überkommene Rahmen der tradierten, vorwiegend auf das jüdische Volk beschränkten Religiosität grundsätzlich gesprengt. Theologisch stehen zwei Heilserwartungen nebeneinander, ja gegeneinander: Heil (nur) für das auserwählte Volk Israel (Dtn 7,6-9; 10,15) – *Jesus* als Heil für alle (vgl. Joh 4,42; Röm 11,11). Gegenseitige Bekämpfungen waren die natürliche Folge. Je nachdem, welche Seite die Macht hatte, unterdrückte, verfolgte und ermordete sie Menschen der anderen Seite.

Auch innerhalb des entstehenden Christentums fand ein Ringen darum statt, wie das Verhältnis zur „Mutterreligion“ zu bewerten ist. So gibt es einerseits den „Blutruf“ des Volkes vor *Pilatus*: „*Sein Blut – über uns und unsere Kinder*“ (Mt 27,25) und das Wort des johanneischen *Christus* „Ihr habt den Teufel zum Vater“ (Joh 8,44). Andererseits findet sich im selben Johannesevangelium, auch die Aussage, „das Heil kommt von den Juden“ (Joh 4,22). Der Apostel *Paulus* setzt sich in den Kp. 9 – 11 seines Briefs an die christliche Gemeinde in Rom intensiv mit dem Rätsel auseinander, dass seine jüdischen Geschwister in ihrer übergroßen Mehrheit den Messias *Jesus* nicht anerkennen. *Paulus* findet eine Lösung darin, dass eine vorübergehende Verwerfung und Verstockung eines Teils des biblischen Israels nötig ist, damit die Hei-

den (=Nichtjuden) zum Heil finden können. Dem aufkommenden Hochmut von Heidenchristen gegenüber dem Judentum tritt er klar entgegen: „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich“ (Röm 11,17f.). Dennoch bleibt *Jesus Christus* für *Paulus* Heil und Retter auch für seine jüdischen Schwestern und Brüder der Abstammung nach. Von einem Sonderweg des biblischen Israel zum Heil, von zwei Heilswegen, ist weder hier noch sonst wo im Neuen Testament die Rede.

Anteil beider Seiten

Anteil an der zunehmenden Entfremdung, ja Feindschaft haben beide Seiten. Dazu nachfolgend ein kurzer Überblick: Ca. 62 n.Chr. wurde der „Bruder des Jesus, der Christus genannt wird, mit Namen Jakobus, sowie noch einige andere, die der Gesetzesübertretung angeklagt waren, zur Steinigung geführt.“¹ Vermutlich wurden auch die Christen in und um Jerusalem dazu gezwungen, sich am Aufstand gegen die römische Besatzungsmacht zu beteiligen.² Während es bis zur Zerstörung des Herodianischen Tempels im Jahr 70 für die Freiheit und Weite des Judentums bezeichnend war, dass alle unterschiedlichen Glaubensrichtungen (Pharisäer, Sadduzäer u.a.) faktisch gleichberechtigt nebeneinander Raum fanden, kam jetzt die große Wende. Von da ab galt nur noch eine Richtung des Pharisäertums als rechtläubig und legitim jüdisch, und von ihr wurden dann alle anderen Gruppen als ketzerisch ausgeschieden. So wurde nach dem Zweiten Jüdischen Krieg (132-135) der „Ketzersegen“, die „*Birkat ha-minim*“, in das Achtzehngebet eingefügt: „Für Abtrünnige möge es keine Hoffnung geben. Rotte das Reich des Hochmuts sobald als möglich noch in unseren Tagen aus. Mögen die Christen (*nozerim*) und die Häretiker (*minim*) auf der Stelle zugrunde gehen. Ausgelöscht sollen sie sein aus dem Buche der Lebenden.“³ Wollten die „Ketzer“ fortan nicht sich selber verwünschen, so mussten sie den Gottesdiensten der pharisäischen Gemeinden fernbleiben. Davon waren in erster Linie die Judenchristen betroffen.

¹ Des Flavius Josephus Jüdische Altertümer. Übersetzt und mit Einleitung und Anmerkungen versehen von Dr. Heinrich Clementz. II. Bd., Köln 1959 (Nachdruck der Ausgabe von 1899), 666f.

² Martin Hengel, Die Zeloten, Tübingen 2011, 306 f.

³ Zit. nach: Daniel Marguerat, in: Die Geschichte des Christentums I, Freiburg 2003, 216 f.

Auf der Gegenseite erhob *Bischof Melito von Sardes* um 160 n. Chr. den verhängnisvollen Vorwurf, die Juden hätten „Gott getötet“⁴. Dieser Gottesmordvorwurf verfestigte sich und wurde unbesehen als Tatsache tradiert. Im Zeitalter der Kreuzzüge führte diese Anschuldigung zur akuten Bedrohung des gesamten Judentums. Christliche Anführer des ersten Kreuzzugs rechtfertigten ihre Massaker an Judengemeinden auf ihrem Weg nach Jerusalem und in der Stadt selbst als Rache für den angeblichen Gottesmord der Juden. *Gottfried von Bouillon* schwor, „nicht die Heimat zu verlassen, ohne das Blut seines Gottes an dem Blut Israels zu rächen.“⁵ *Martin Luther* griff in seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) fast alle damaligen antijudaistischen Stereotype auf und verschärfte sie noch. Als Beleg für eine angeblich angeborene Mordlust der Juden an Christen behauptete er, sie hätten schon Jesus aus Hass und Neid verdammt und getötet.⁶ Noch heute vertreten katholische Traditionalisten wie die Piusbruderschaft die Gottesmordthese: „Die Juden unserer Tage [...] sind des Gottesmordes mitschuldig, solange sie sich nicht durch das Bekenntnis der Gottheit Christi und durch die Taufe von der Schuld ihrer Vorväter distanzieren.“⁷

Zur Ehrenrettung der Christen muss freilich erwähnt werden, dass die Pogrome „offiziell“ nicht gebilligt wurden. Papst *Innozenz III.* verbot Zwangstaufe, körperliche Angriffe und Synagogen-Schändung.⁸ Zahlreiche Bischöfe gewährten den Juden während der Kreuzzüge Schutz vor den marodierenden und mordenden Kreuzzugsheer-

ren.⁹ Die Juden wurden in ein eigenes, häufig von einer Mauer umgebenes Wohnviertel, das „Ghetto“, abgesondert. Das geschah auch, „damit sie nicht so leicht von der Unverschämtheit des minderen Volks beunruhigt werden.“¹⁰ Das Baseler Konzil 1434 bestätigte diese Anordnung. Diese Schutzmaßnahmen hinderten nicht daran, dass es nach den Verfolgungen während der Kreuzzüge zu weiteren Pogromen kam. Besonders schlimm waren diese während der Pestwelle in den Jahren 1348 bis 1353. Den Juden wurde vorgeworfen, die Brunnen vergiftet zu haben, um alle Christen zu ermorden. Dieser Glaube wurde dadurch befeuert, dass die Juden nicht in dem Maße von der Epidemie betroffen waren wie die übrige Bevölkerung; Grund dafür waren die von ihnen praktizierten, rituellen Reinheitsvorschriften. „Nach glaubwürdiger Schätzung“, so *Pinchas Lapide* in einem Aufsatz von 1964, „wurden bis zum Jahre 1900 an die sieben Millionen Juden von Christenhand getötet – mehr als Hitlers Schergen im Zweiten Weltkrieg umbrachten.“¹¹

Höhepunkte der Gewalt gegen Juden waren die planmäßige Vertreibung der Juden aus Deutschland nach den Novemberpogromen 1938 und der als Holocaust oder Shoah (griech. Holocaust = „vollständig verbrannt“, Brandopfer; hebr. Shoah = dieselbe Bedeutung) bezeichnete Genozid an mindestens 5,6 bis 6,3 Millionen Menschen zwischen 1941 und 1945. Nicht unerwähnt bleiben sollten auch das Massaker von Jedwabne am 10.7.1941 (250 bis 300 ermordete Juden¹²) und das Pogrom von Kielce am 4.7.1946 in Kielce, bei dem über 40 polnische Juden ermordet und weitere 80 verletzt wurden, nachdem ein Gerücht über die Entführung eines christlichen Jungen verbreitet worden war.¹³

⁴ Anonym, Melito von Sardes und der Gottesmordvorwurf. Studienarbeit; <http://www.grin.com/de/e-book/34964/melito-von-sardes-und-der-gottesmordvorwurf> (13.9.2017).

⁵ Walther Zimmerli, Die Schuld am Kreuz. In: Walther Zimmerli, Israel und die Christen, Neukirchen-Vluyn 1964, 19 f.; zit. nach: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gottesmord> (13.9.2017).

⁶ Noline Hartzitz, Die Sprache der Judenfeindschaft in der frühen Neuzeit (1450-1700). Untersuchungen zu Wortschatz, Text und Argumentation, Heidelberg 2005; zit. nach: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gottesmord> (13.9.2017).

⁷ Der deutsche Distriktobere Franz Schmidberger im Dezember 2008 an alle deutschen Bischöfe. Zit nach: Peter Wensierski, Problem für den Papst, in: Der Spiegel 4/2009, 32. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-63637421.html> (13.9.2017).

⁸ Päpstliche Bulle Licet perfidia judaeorum (1199); zit. nach: Thomas Brechenmacher, Der Vatikan und die Juden. Geschichte einer unheiligen Beziehung, München 2005, 21 f.

⁹ Rodney Stark, Gottes Krieger. Die Kreuzzüge in neuem Licht, Berlin 2013.

¹⁰ Markus J. Wenninger, Grenzen in der Stadt? Zu Lage und Abgrenzung mittelalterlicher deutscher Judenviertel; in: Aschkenas. Nr. 1, 2004, 9-29. Zit. nach: https://de.wikipedia.org/wiki/Ghetto#Etymologie_und_Geschichtliches (18.9.2017)

¹¹ Pinchas E. Lapide, Die Katholiken und der Juden-hass. Ein heikles Kapitel auf der Tagesordnung des Konzils (18.9.1964); <http://www.zeit.de/1964/38/die-katholiken-und-der-judenhass/komplettansicht> (14.9.2017).

¹² Neue Zürcher Zeitung v. 5.2.2003; <https://www.nzz.ch/article8NAIG-1.209108> (14.9.2017).

¹³ Gerhard Gnauck, Erschreckende Normalität Kielce und Jedwabne; in: Die Welt 4.7.2006;

Auch hier dürfen die vielen mutigen Frauen und Männer, Christen und Nichtchristen, nicht unerwähnt bleiben, die sich unter Lebensgefahr und nicht selten unter Aufopferung ihres eigenen Lebens in dieser Zeit für die Rettung jüdischer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt haben.

Zwar konnten die NS-Machthaber ihre Verbrechen an den Juden auf einem atmosphärisch-emotionalen Boden begehen, der durch einen Jahrhunderte langen Antijudaismus bereitet war. Doch der spezifische, ideologische Beweggrund war der rassistische Antisemitismus, wie er im 19. Jahrhundert entstanden war. Dieser ist zu unterscheiden von einem religiösen Antijudaismus in der Geschichte des Christentums. Das Verbrechen der Shoah hat immerhin langsam zur Besinnung und zum Umdenken in den Kirchen geführt.

Eine „Revolution“ im Verhältnis der katholischen Kirche zur jüdischen Religion¹⁴ bedeutete die auf Initiative Papst *Johannes' XXIII.* während des Zweiten Vatikanischen Konzils am 28.10.1965 verabschiedete „Erklärung über das Verhältnis zu den nicht-christlichen Religionen“ (Nostra aetate, Art. 4). Dort heißt es: „Die Kirche (kann) auch nicht vergessen, dass sie durch jenes Volk, mit dem Gott [...] den Alten Bund geschlossen hat, die Offenbarung des Alten Testaments empfing und genährt wird von der Wurzel des guten Ölbaums, in den die Heiden als wilde Schösslinge eingepropft sind. Denn die Kirche glaubt, dass Christus, unser Friede, Juden und Heiden durch das Kreuz versöhnt und beide in sich vereinigt hat.“ 50 Jahre später veröffentlichten jüdische Rabbiner ein Dokument, das mit einer theologischen Würdigung des Christentums ebenfalls einen Umdenkprozess bezeugt: „Nach fast zwei Jahrtausenden der Feindseligkeit und Entfremdung erkennen wir, orthodoxe Rabbiner, Leiter von Gemeinden, Institutionen und Seminaren in Israel, den Vereinigten Staaten und Europa, die sich uns anbietende historische Gelegenheit: Wir möchten den Willen unseres Vaters im Himmel tun, indem wir die uns angebotene Hand unserer christlichen Brüder und Schwestern ergreifen.

<https://www.welt.de/print-welt/article227010/Er-schreckende-Normalitaet.html> (14.9.2017).

¹⁴ So der Oberrabbiner von Rom, Elio Toaff; zit. nach <http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/wendepunkt-im-judisch-christlichen-verhaeltnis> (13.9.2017).

Juden und Christen müssen als Partner zusammenarbeiten, um den moralischen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen.“¹⁵ Auch eine Stellungnahme, die orthodoxe Rabbiner aus Europa und den USA am 15. August 2017 Papst *Franziskus* überreichten, bezeichnet die Katholiken als „Partner, enge Verbündete, Freunde und Brüder in unserem gemeinsamen Streben nach einer besseren Welt.“¹⁶

Judentum und Staat Israel

Das heutige religiöse Judentum ist einerseits naturgemäß nicht identisch mit dem biblischen Judentum, andererseits stellt es keine Einheit dar. Hier gibt es ultraorthodoxe, orthodoxe, konservative, liberale, Reformjuden und den Rekonstruktionismus, eine sich fortentwickelnde „religiöse Zivilisation“, die den Gottesglauben für entbehrlich hält. Und nicht zu vergessen die nicht wenigen humanistisch-atheistischen Juden. Das Judentum als Religion ist nicht gleichzusetzen mit dem Staat Israel. Nicht selten werden kritische Äußerungen zur Politik des Staates böswillig schon als „Antijudaismus“ oder „Antisemitismus“ ausgelegt. Doch „Kritik an der Politik Israels ist etwas absolut Legitimes ... auch aus Deutschland“, so *Josef Schuster*, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland.¹⁷ Der Jude *Rolf Verleger*, Mitglied des Vereins „Jüdische Stimme für gerechten Frieden“ grenzt deutlich ab: „Das Judentum war etwas und soll etwas sein, worauf wir Juden stolz sein können. Ein Staat, der auf jüdischen Grundwerten basiert, muss nach Gerechtigkeit streben. Er muss Leben, Besitz, Kultur und Würde all seiner Bewohner und Nachbarn achten. Israels Politik und Ideologie beschädigen das Judentum in seiner Substanz.“¹⁸ Der jüdische Verleger

¹⁵ Den Willen unseres Vaters im Himmel tun: Hin zu einer Partnerschaft zwischen Christen und Juden. 3. Dezember 2015; zit. nach http://www.jcrelations.net/Den_Willen_unseres_Vaters_im_Himmel_tun_Hin_zu_einer_Partnerschaft_zwischen_Jud.5227.0.html?L=2 (13.9.2017).

¹⁶ http://www.jcrelations.net/Zwischen_Jerusalem_und_Rom_Die_gemeinsame_Welt_und_die_respektierten_Besonderhe.5647.0.html?L=2 (29.10.2017).

¹⁷ Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg; <https://www.rnz.de/politik/hintergrund/artikel-josef-schuster-im-rnz-interview-man-darf-nicht-ueber-jedes-stoeckchen-der-afd-springen-arid,312263.html> (27.10.2017).

¹⁸ Rolf Verleger, Der 4D-Effekt; <http://www.theuropean.de/rolf-verleger/8986-israels-politik-beschadigt-das-judentum>; „Jüdische Stimme für gerechten Frieden“: https://de.wikipedia.org/wiki/Europaeen_Jews_for_a_Just_Peace#Deutsche_Sektion:_E2.

und Buchautor *Abraham (Abi) Melzer* verschärft noch: „Nicht die Kritik an Israel ist antisemitisch, sondern die Politik Israels selbst ist es. Sie hat den Ruf des Judentums als einer Religion der Vernunft und der Gerechtigkeit weltweit beschädigt.“¹⁹

So sehr es zutrifft, dass die heutige weltweite Judenheit nicht mit dem Staat Israel gleichgesetzt werden darf, so wichtig ist aber auch, dass dort spätestens seit 1967 eine erschreckende Neuauflage archaisch-israelitischer Religion im Gange ist, die sich leider allzu häufig über Völker- und Menschenrechte hinwegsetzt.²⁰ Hier steht ein ehrliches und unvoreingenommenes, nicht von falscher Scham geprägtes Gespräch von Christen mit Juden als dringende Aufgabe an.²¹

Der Staat Israel beruht auf der Ideologie des Zionismus, einer überwiegend säkular-nationalistischen Bewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden ist.²² Religiös-zionistische Juden, unter ihnen besonders die Siedler, glauben, dass das Land Israel (Eretz Israel) dauerhaft den Juden gehöre, weil es ihnen von Gott mit einem Schwur gegeben wurde (vgl. Gen 26,3; Ex 33,1; Jos 1,6). Sogar atheistische Juden berufen sich auf diese Stellen – nach dem Bonmot „Viele Juden glauben nicht an Gott, aber sie glauben, dass er ihnen das Land versprochen hat.“

Eine nicht unbedeutende, vor allem innerhalb des reformatorischen Christentums

80.9EJ.C3.BCdische_Stimme_f.C3.BCr_gerechten_Frieden_in_Nahost.E2.80.9C (17.9.2017).

¹⁹ Abi Melzer, Ab wann ist Kritik an Israels Politik antisemitisch?, in: DER SEMIT. die andere jüdische Stimme 24.9.2014; <http://der-semit.de/abwann-ist-kritik-an-israels-politik-antisemitisch/> (25.9.2017). Dazu ausführlich: Abraham Melzer, Die Antisemitenmacher. Wie die neue Rechte Kritik an der Politik Israels verhindert, Frankfurt (Westend Verlag), 2017.

²⁰ Peter Vonnahme: „Nach meiner Wahrnehmung ist Israel vom rechten Weg abgekommen (Vertreibungen, Besatzung, ... Mauerbau, Siedlungen, Grenzregime, Absperrungen, Land- und Wasserraub, ... Häuserzerstörungen, Freiheitsentziehungen, Tötung Unschuldiger, Sippenhaft, Missachtung des Völkerrechts“; <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18485> (17.10.2017). Ausführlich: Stéphane Hessel, Ulrike Bockelmann, Véronique de Keyser, Palästina: das Versagen Europas, Zürich (Rotpunktverlag) 2014. Liste der UN-Resolutionen, die Israel niemals eingehalten hat: <http://nahost-k.de/texte/resolutionen/uebersicht.pdf> (19.10.2017)

²¹ Vgl. hierzu das Buch des US-amerikanischen jüdischen Autors Mark Braverman, „Verhängnisvolle Scham – Israels Politik und das Schweigen der Christen“ Gütersloh 2011.

²² https://de.wikipedia.org/wiki/Religi%C3%B6ser_Zionismus (18.10.2017).

beheimatete Strömung fühlt sich dieser historisierenden, dem heutigen Stand der Exegese nicht entsprechenden Auslegung der alttestamentlichen Texte verpflichtet.²³ Diese meist „evangelikalen“ Christen sehen in der Gründung und Ausweitung des Staates Israel ein „Zeichen der Endzeit“. Was für sie überhaupt keine Rolle spielt, ist das Unrecht der Unterdrückung und Vertreibung der einheimischen Palästinenser, obwohl die Juden – ebenfalls nach der Tora – dazu verpflichtet wären, sie „nicht auszunutzen oder auszubeuten“ (Ex 22,20; 23,9).²⁴ Es beunruhigt sie offenbar nicht, dass es unter den Palästinensern auch Christen gibt.²⁵ Nach einer wechselvollen, von vielen Verwerfungen und Brüchen geprägten Geschichte hat das für Christen Gültigkeit und ist zu beachten, was Papst *Johannes Paul II.* am 13. April 1986 in der Synagoge von Rom sagte: „Die jüdische Religion ist für uns nicht etwas ‚Äußerliches‘, sondern gehört in gewisser Weise zum ‚Inneren‘ unserer Religion. Zu ihr haben wir somit Beziehungen wie zu keiner anderen Religion. Ihr seid unsere bevorzugten Brüder und, so könnte man gewissermaßen sagen, unsere älteren Brüder.“²⁶

Hermann Häring

Amoris Laetitia - ein Dokument des Übergangs

Eine Skizze in klärender Absicht

Das päpstliche Schreiben *Amoris Laetitia über die Liebe in der Familie (AL)* vom Ap-

²³ Vgl. <http://www.katholisches.info/2015/09/christlicher-zionismus/> (18.10.2017).

²⁴ Vgl. auch: Babylonischer Talmud Ketubbot 111a (Drei Schwüre);

²⁵ Vgl. Kairós Palästina - Die Stunde der Wahrheit. Ein Wort des Glaubens und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens der Palästinenser, Bethlehem 2009. Auch: Johannes Zang, Begegnungen mit Christen im Heiligen Land, Würzburg 2017.

²⁶ Zit. nach: <https://www.nostra-aetate.uni-bonn.de/kirchliche-dokumente/online-publikation-die-kirchen-und-das-judentum/i.-katholische-verlautbarungen-1/pdfs/pdf-201eunsere-aelteren-brueder-201c-johannes-paul-ii.-40-jahre-zweites-vatikani-sches-konzil-und-nostra-aetate> (13.9.2017)

ril 2016 hat weltweit intensive Diskussion ausgelöst. Unüberhörbar sind die begeisterten Reaktionen reformorientierter katholischer Kräfte. Sie verteidigen Buchstabe und Geist des Dokuments als ein Zeugnis der Barmherzigkeit. Endlich wage es ein Papst, den Dogmatismus und die rigide Moral der vergangenen Jahrzehnte zu durchbrechen. Doch ihnen steht die harsche und unveröhnliche Kritik streng konservativer Kräfte gegenüber, die dem Papst eine schlechte Dogmatik vorwerfen und den Widerruf seiner Häresien fordern.²⁷ Dies fordert wiederum die Verteidiger zu neuen Aktionen an. Im Oktober 2017 initiierten Paul M. Zulehner und Tomáš Halík die Initiative *Pro pope Francis*, der sich bislang über 70.000 Frauen und Männer angeschlossen haben: „Hochgeschätzter Papst Franziskus!“ schreiben sie, „Ihre pastoralen Initiativen und deren theologische Begründung werden derzeit von einer Gruppe in der Kirche scharf attackiert. Mit diesem öffentlichen Brief bringen wir zum Ausdruck, dass wir für Ihre mutige und theologisch wohl begründete Amtsführung dankbar sind.“ Um es gleich zu sagen: Auch ich habe die Initiative unterschrieben, denn ich halte die offene Amtsführung des Papstes für richtig, sein pastorales Anliegen für dringend geboten, die Argumentation seiner Kritiker für falsch und deren Aggressivität für inakzeptabel. Dennoch frage ich mich, warum die Papstkritiker einen so unerbittlichen Widerstand leisten und sehe selbstkritisch in AL drei Gründe. Ich profilieren sie hier vielleicht überdeutlich, um das Problem erkennbar zu machen: Die *Sachargumentation* zeigt wichtige Lücken, der *Anschluss* an zeitgemäße (anthropologische und theologische) Diskurse ist schwach und genau besehen kommt die neue Barmherzigkeit nur inkonsequent zur Geltung. So gesehen ist AL ein klassisches Übergangsdokument, das noch nicht ganz zu sich selbst gekommen ist. Die Klärung der genannten Fragen sollte der Erneuerung dienen, die Papst Franziskus nach Vermö-

²⁷ Bekannt wurden der Brief der Kardinäle W. Brandmüller, R. Burke, C. Caffarra und J. Meisner (19.09.2016), auf den der Papst nicht reagierte, ferner die *Correctio filialis de Haeresibus Propagatis* (11.08.2017) von 62 Priestern und katholischen Gelehrten. Dazu: Norbert Scholl, Die Dogmen, die „von der Treue zu Unserem Herrn Jesus Christus Bewegten“ und Papst Franziskus, In *Imprimatur*, Heft 4/2017.

gen vorantreibt. Dieser Beitrag konzentriert sich skizzenhaft auf einige Aspekte, deren genauere Untersuchung noch aussteht.

1. Gravierende Lücken

Die Argumente eines apostolischen Lehrschreibens sollten in sich stimmig sein, notfalls differenzieren und sich mit wichtigen Gegenargumenten auseinandersetzen. In AL ist das nicht immer der Fall. Viele *exegetische Ausführungen* sind global, harmonisierend oder lassen sich zu unkritisch von eingeschliffenen katholischen Interpretationen leiten.²⁸ Über das Leben der „Heiligen Familie“ in Nazareth wissen wir nahezu nichts [Nr. 30, 65] und vermutlich wird die Metapher von der Liebe Christi zur Kirche (Eph 5,21-23) ebenso überinterpretiert [63, 71] wie der Verweis auf die Hochzeit des Lammes [8, 63, 73]. Die Behauptung, Jesus habe „die Ehe zum sakramentalen Zeichen seiner Liebe erhoben (vgl. Mt 19,1-12; Mk 10,1-12; Eph 5,21-32)“ lässt sich kaum untermauern, ebenso der Folgesatz, die in Christus vereinte Familie stelle das Bild und Gleichnis der heiligsten Dreifaltigkeit wieder her [71]. Das gilt insbesondere für die Ausführungen zur *Unauflöslichkeit* der Ehe. Nach allgemeiner Überzeugung verkündete Jesus kein neues Gesetz, schon gar nicht eine kirchenrechtliche Bestimmung. Vielmehr verschärfte er mit Mt 19,6 eine moralische Sollensnorm, ein Zielgebot [62]. Er bespricht nicht die Frage, was juristisch gegebenenfalls bei einer faktisch zerbrochenen Ehe geschehen kann.²⁹ Umso mehr erstaunt es, dass AL die Ehescheidungsklausel des Matthäus (Mt 19,9; 5,32) verschweigt. Dasselbe gilt für die Anweisung von Paulus, der bei einem schwerwiegenden Partnerkonflikt in Glaubenssachen eine Trennung zugestand (1 Kor 7,15). Diese

²⁸ Vergleichbare Mängel wurden schon in der Rede von Walter Kard. Kasper vom 13. März 2014 vor dem Konsistorium der Kardinäle thematisiert: H. Häring, *Keine Christen zweiter Klasse. Wiederverheiratete Geschiedene - ein theologischer Zwischenruf*, Freiburg 2014.

²⁹ „Im Fall von *porneia* ist die Ehe zerstört oder nicht mehr bindend; eine zweite Heirat ist möglich.“ (Thomas Söding, In favorem Dei, in: Graulich/Seidmaier (Hg.), *Zwischen Jesu Wort und Norm*, Freiburg 2014, 48-81; zit. 63). Eindrucklich zur kirchenrechtlichen Gesamtproblematik: Sabine Demel, (K)ein Widerspruch? - Unauflöslichkeit der Ehe und Zulassung zu einer Zweitehe in: *Herderkorr.* 68 (2014) Heft 6, 303-307.

Mängel werfen auf das Dokument einen schweren Schatten.

Auch äußert sich AL nicht zu Verpflichtungsgrad und Umfang der ehelichen Unauflöslichkeit. Das muss überraschen, denn wie weithin bekannt, tat sich selbst das Konzil von Trient bei dieser These schwer⁵⁰, denn es wollte die orthodoxen Kirchensprengel, die dem Patriarchen von Venedig unterstellt waren, nicht ins Unrecht setzen.⁵¹ Deshalb verdammt Kanon 7 des Ehedekrets (DH 1807) nicht die orthodoxe Praxis der Zweitehe. Für sie bleibt ein Türspalt offen, weshalb der Kanon nur die *Lehre* vom unauflöselichen Eheband einen Irrtum nennt.⁵² Nach *Hans Jorissen* eröffnet das Konzil nach langen Diskussionen einen „Handlungsraum ... , der beides umschließt: die Sorge um den Bestand der Ehe und die pastorale Hilfe bei unheilbar zerbrochenen Ehen.“⁵³ Dieser Weg der Barmherzigkeit wird plötzlich blockiert.

Ohne nähere Differenzierungen führt AL die Ehe als ein *Sakrament* neben anderen Sakramenten ein. Auch diese Gleichsetzung blockiert einen sachgemäß barmherzigen Umgang mit den Folgefragen, etwa der Zulassung Wiederverheirateter zur Eucharistie. Wichtige Unterscheidungen werden übersehen. „Sakrament“ ist weder ein biblischer Begriff noch lässt sich behaupten, alle Sakramente seien von Jesus Christus eingesetzt. Der Ehe wurde schon früh eine religiöse Bedeutung zugemessen, doch erst seit dem 9. Jahrhundert sind kirchliche Eheschließungen bezeugt und noch zu Beginn des 14. Jahrhunderts werden sie vielfach vor der Kirche oder am Kirchenportal geschlossen. Erst 1184 taucht in Verona

⁵⁰ Siehe dazu den Brief (14. Nov. 2014) von Norbert Scholl und mir an den Präfekten der Glaubenskongregation, abgedruckt in *Imprimatur* 1 (2015), 17-26.

⁵¹ Zu nennen sind die Inseln Kreta, Zypern, Korfu, Zákynthos und Kefalonia, die damals zum Herrschaftsbereich Venedigs gehörten.

⁵² Das ist der Sinn des etwas kompliziert formulierten Kanon 7: „Wer sagt, die Kirche irre, wenn sie *lehrt und lehrt*, gemäß der Lehre des Evangeliums und des Apostels [vgl. Mt 5,32; 19,9; Mk 10,11f; Lk 16,18; 1 Kor 7,11] könnte das Band der Ehe wegen Ehebruchs eines der beiden Gatten nicht aufgelöst werden, ... sei mit dem Anathema belegt.“ (DH 1807) Zur Mehrbödigkeit des Kanons zählt die Tatsache, dass er die bedingte matthäische und paulinische Erlaubnis einer Ehescheidung nennt.

⁵³ H. Jorissen, Die Entscheidung des Konzils von Trient zu Ehescheidung und Wiederheirat und ihr Hintergrund, in: Th. Schneider (Hg.), *Geschichten – Wiederverheiratet – Abgewiesen*, Freiburg 1995, 112-126; zit. 126.

zum ersten Mal der offizielle Ehrentitel eines Sakramentes auf und erst 1274 legt Lyon II. zum ersten Mal die Siebenzahl fest.⁵⁴ W. Kasper hat deshalb recht: Das Konzil von Trient (16. Jdt.) hat den Bewusstseinsstand des 12. Jahrhunderts übernommen⁵⁵; allmählich wird er 900 Jahre alt. Bei solchen Diskrepanzen sind Eucharistie und Ehe kaum auf derselben Ebene anzusiedeln, aber daraus werden keine Konsequenzen gezogen [296-312]. Noch immer gilt das aktuelle Lehramt mit seinen unbarmherzigen Kriterien und von Schrift und Geschichte unbeirrt, als der Fixpunkt aller Überzeugungen.⁵⁶ Eine barmherzige Kirchenleitung kann sich dabei nicht beruhigen, sondern muss auch die Gültigkeit der Ausgangspunkte untersuchen, mit denen es sich vorschnell ihren Kritikern ausliefert.

2. Bruchlinien

Bislang fielen in der öffentlichen Diskussion diese Mängel kaum auf, weil sie nichts Neues zum Vorschein brachten. Nach wie vor blieben diese innertheologischen Ausgangspunkte in eine eigene Glaubenswelt eingebettet, die seit Jahrhunderten gewachsen ist und zum Teil antireformatorsche Züge trägt. Auch AL rüttelt nicht an ihr, obwohl Papst Franziskus sich auf einen neuen Diskurs einlässt. Wiederholt nimmt er die Wirklichkeit in den Blick, beschreibt die oft desolate Wirklichkeit von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen. Er weiß um das Glück, von denen Ehen getragen, und um die übermenschlichen Belastungen, denen Ehen und Familien oft ausgesetzt sind. [9-57] Diese Passagen gehören zu den eindrucklichsten des Briefes;

⁵⁴ Ich beziehe mich auf die historischen Überblicke von Henri Crouzel und Leendert Brink, *Ehe/Eherecht/Ehescheidung* V. Alte Kirche und VI. Mittelalter, in *Theologische Realenzyklopädie* IX, Berlin 1982, 325-330 und 330-336. Siehe ferner Urs Bauermann, *Die Ehe - ein Sakrament?*, Zürich 1988. Wichtig sind die Hinweise zur Bedeutungsgeschichte der Worte *mysterion* und *sacramentum* bei Augustinus, 180-205.

⁵⁵ Kasper „Das Trienter Konzil sah aufgrund einer erst im 12. Jahrhundert zum Abschluss gekommenen theologiegeschichtlichen Entwicklung [in Eph. 5,32] ... die Sakramentalität der Ehe angedeutet (DH 1799; vgl. DH 1327)“, ebd. 40f.

⁵⁶ Dies erinnert an einen „Traditionsbeweis“ aus dem Jahr 1952, der mit ungebrochenem Selbstbewusstsein erklärte: „Zur klaren wissenschaftlichen Erkenntnis gelangte die sakramentale Natur der Ehe erst in der Scholastik.“ Ludwig Ott, *Grundriss der katholischen Dogmatik*, Freiburg 1961, 551.

sie erinnern an die Wirklichkeitsnähe der Enzyklika *Laudato sí*. Doch anders als diese Enzyklika, die vorbehaltlos die Handschrift des Papstes trägt, bleibt AL in Sprache und Argumentationsstil von Bruchlinien durchzogen, da der Brief vorrangig Überlegungen aus den vorhergehenden Bischofssynoden übernimmt. Diese Passagen führen zu einer theologischen Überhöhung von Sexualität, Ehe und Familie, zu einer einseitig sakramentalen Privilegierung und - wie selbstverständlich - zu einer strengen Einbindung in das kirchliche Rechts- und Versorgungssystem.

Die *theologische Überhöhung* stellt sich schlagartig im 3. Kapitel [58-88] ein. Die dort entfaltete Theologie bleibt von den zuvor präsentierten Problemen merkwürdig unberührt. Es entsteht die erhabene Gegenwart von einer wiederhergestellten Ordnung [61-62], vom Abbild der Heiligsten Dreifaltigkeit [63] und dem Ideal der Heiligen Familie [65, 66]. Umfassend werden dann einschlägige Texte der vergangenen Päpste mit ihren bekannten restriktiven Aussagen zu Ehe- und Sexualmoral zitiert [67-70].³⁷ Gesprochen wird vom „bräutlichen Geheimnis“, und von der „geheilten geschlechtlichen Vereinigung“. Man erfährt, die „Naturehe“ sei (nur) „im Licht ihrer sakramentalen Vollendung voll zu erfassen“ [77].

Es geht nicht darum, den Sinn solcher Aussagen undifferenziert herabzustufen. Klar ist aber auch: sie spiegeln eine Denkwelt vergangener Jahrhunderte, teils antiker, mittelalterlicher und dualistischer Vorstellungen. Möglicherweise wirkt dieses Angebot eines heilen, in Christus wiederhergestellten Kosmos auf die trostlose Alltagswelt nicht wie ein stärkender Trost, sondern wie eine kraftlose Vertröstung. Man mag diese widerspenstige Denkwelt relativieren, denn in der öffentlichen Diskussion findet sie kaum Beachtung, auch viele Katholikinnen und Katholiken sind dagegen immunisiert. Doch von der inneren Struktur her gesehen bleiben es theologisch zentrale und für die Architektonik des Briefes wichtige, überdies unbarmherzige Bot-

schaften. Leider steuern sie (gemäß dem Willen der Bischofssynoden) die Logik des Dokuments und führen exakt bei den anstehenden Konfliktfragen (Ehescheidung, Wiederverheiratung, Zulassung zu den Sakramenten) zu unnötigen Problemen.

Allgemein wird anerkannt: Im Gegensatz durchbricht AL den traditionellen Moralismus in Sachen Sexualität und Ehe; die Kontrastmodelle zwischen hochstehender Moralität und schwerer Sünde werden ausdrücklich verabschiedet [305]. Zeuge dafür ist das Modell der abstufenden Gradualität, das die menschliche Sexualität als einen Wachstums- und Reifeprozess im Rahmen menschlicher Entwicklung versteht [293-395; 300]. Allgemein wird dieser Durchbruch anerkannt. Doch entgegen dieser anthropologischen Einsicht findet diese Gradualität, wie es scheint, nicht in einer gereiften und vorbehaltlosen Liebe ihren Höhepunkt, sondern in der christlichen, vom Sakrament geheiligten Ehe. Manche Aussagen bleiben doppeldeutig: Christus begegnet (nur?) den christlichen Eheleuten im Sakrament der Ehe [67] und durch göttliches (sakramentales?) Handeln werden sie ein Fleisch, um die „Vermählung des Gottessohnes mit der menschlichen Natur“ abzubilden [73]. So wird (nur?) die christliche Ehe „ein Weg des Wachstums im Leben der Gnade“ [74] und die „Naturehe“ ist (nur?) „im Licht ihrer sakramentalen Vollendung zu erfassen“ [75]. Erst das einfühlbare und lange Kapitel IV. über die Liebe in der Ehe [89-164] macht wieder klar, wie sehr uns schon die ganz menschliche Liebe dem göttlichen Geheimnis näherbringt. „Gott liebt das frohe Genießen seiner Kinder“ [147]. Doch miteinander abgeglichen sind diese Aussagereihen nicht.

Papst Franziskus hat AL mit einem großen Ziel geschrieben, für das er alle Anerkennung verdient: In Sachen Sexualität, Ehe und Familie soll die Kirche, soll vor allem die kirchliche Seelsorge zu einer mitfühlenden und barmherzigen Begleiterin werden. Diesem Ziel dienen Kapitel VI. über pastorale Perspektiven [199-258] und Kapitel VIII. [291-312], das sich mit dem Scheitern von Ehen und „irregulären“ Situationen auseinandersetzt. Doch selbst diese „Logik der pastoralen Barmherzigkeit, des Mitgefühls und der Liebe“ [307, 308, 312] zeitigt eine verwirrende Wirkung. Einerseits sollen Seelsorge und Gemeinden

³⁷ Genannt werden: *Casti connubii* (1930) [120]; *Evangelii nuntiandi* (1975) [68]; *Humanae Vitae* (1968) [82, 154, 222], *Familiaris consortio* (1981) [8, 64, 69, 122, 165, 196, 222, 223, 257, 298, 300], *Donum Vitae* (1988) [88], *Deus caritas est* (2005) [70, 147, 207] und der *Katechismus der Katholischen Kirche* [66, 222].

die (jungen oder gefährdeten) Ehepaare und Familien aufnehmen, begleiten und unterstützen; davon ist oft die Rede.³⁸ Andererseits führt die Fülle vorgeschlagener Maßnahmen zu einem neuen Netz kirchlicher Kontrolle, in der der Klerus eine wichtige Rolle spielt. Schließlich bleibt im Hintergrund die hierarchisch repräsentierte Kirche, die auf den strengen (auch unbarmherzigen Regeln) des katholischen Glaubens und seiner Moral achtet. Der Papst hat recht: „Wir stellen der Barmherzigkeit so viele Bedingungen, dass wir sie gleichsam aushöhlen und sie um ihren konkreten Sinn und ihre reale Bedeutung bringen, und das ist die übelste Weise, das Evangelium zu verflüssigen.“ [311] Dieser Entwicklung liegt aber ein tieferliegendes Problem zugrunde, über das bislang noch niemand nachdenkt. Seit der „Gregorianischen Reform“ im 11./12. Jahrhundert wurden die Kirchenstruktur massiv verrechtlicht und die Sakramente massiv einer kirchlichen Gesetzgebung unterworfen. Wer also die Aushöhlung der pastoralen Barmherzigkeit beklagt, muss dieses Kirchenmodell (von Gregor XII. bis zum 1. Vaticanum) grundlegend erneuern.

3. Grenzverlegender Paradigmenwechsel

Ob sich Papst Franziskus der gewaltigen Spannungen bewusst ist, an die sein Programm der Barmherzigkeit rührt? Vielleicht müssen wir die Barmherzigkeit radikaler denken, als es in AL geschieht. Die Logik der Barmherzigkeit darf nicht erst mit den Konsequenzen beginnen, auf die Papst Franziskus nachdrücklich hinweist. Sie muss erkennen, wie sehr die traditionell katholische Sakraments- und Ehelehre noch immer von unbarmherzigen Blickverengungen, rigiden Rechtsbestimmungen und exklusiven Heilsansprüchen durchzogen sind. Den Bischofssynoden ist keine konsequente Revision gelungen und Papst Franziskus hat dieses Erbe in synodaler Solidarität übernommen. Dazu gehören nicht nur die meines Erachtens problematischen Positionen zu Nichtigkeitsprozessen (244), der unverantwortliche Umgang mit Homosexuellen [250, 251] und die absurden Vorwürfe gegen die Gendertheorie [56], sondern auch - und vor allem - die biblisch,

³⁸ Siehe die Nummern 52, 78, 200, 207, 209, 216, 230, 232, 242, 253, 291, 293, 294, 300, 308, 312.

historisch und anthropologisch zu verantwortenden Grundlagen eines christlichen Verständnisses von Ehe und Sexualität. Zu Recht hat der päpstliche Brief seinem Autor viel Zustimmung eingebracht und viele hoffen, dass die Bischöfe endlich in konstruktiver Weise auf ihn reagieren. Dennoch hat er zu einer paradoxen Situation geführt, denn er enthält zugleich ein machtvolles Treuebekenntnis zur traditionellen, zu einer unbarmherzigen, dogmatisch und unfehlbar verbürgten Lehre von Ehe und Sexualität. Solange sich der Papst nicht zu dieser Inkonsequenz in den Substrukturen seiner Reformvorschläge äußert, sehen die massiven Kritiker keinen Grund, von ihrer unversöhnlichen Position abzuweichen, denn sie interpretieren die päpstlich eingeforderte Barmherzigkeit als Inkonsequenz. Natürlich würde sich dieser Widerstand verstärken, sollte der Papst an den definierten Grundlagen der römisch-katholischen Kirche rütteln, also die traditionelle römisch-katholische Unauflöslichkeitsthese revidieren.³⁹ Ich weiß nicht, ob er sich das leisten kann. Deshalb ist daran zu erinnern: Bis in die 1860er Jahre war in der katholischen Kirche immer ein doppeltes Lehramt anerkannt, das pastorale Lehramt der Bischöfe und das Lehramt der Theologen an der Universität.⁴⁰ Erst seit 1863 ist zum ersten Mal vom (einen) „ordentlichen Lehramt“ (magisterium ordinarium) die Rede.⁴¹ Neben den Bischöfen ist es also das Recht und die Pflicht der Theologie, in kritischen Augenblicken zu intervenieren und - auf der Ebene sauberer Argumentation - Konflikte zu klären. Die aktuelle Situation scheint mir nur für eine Übergangszeit hinnehmbar. Denn irgendwann werden wieder ökumenische Fragen zur Geltung kommen und die Betroffenen erkennen, wie brüchig die aktuelle römisch-katholische Ehepraxis ist. Man wird sie, gerade deren barmherzige Ausgestaltungen, als Demütigung empfinden. Darf sich die römische Kirche wirklich als

³⁹ Dazu Hans Küng, *Sieben Päpste, wie ich sie erlebt habe*, München 2015, 341-343; Hubert Wolf, „Wahr ist, was gelehrt wird“ statt „Gelehrt wird, was wahr ist“? Zur „Erfindung“ des „ordentlichen“ Lehramts, in: Thomas Schmeller u. a. (Hg.), *Neutestamentliche Ämtermodelle im Kontext* (Quaestiones disputatae; 239), Freiburg 2010, S. 236-259.

⁴⁰ Dazu Küng, ebd., 349-352.

⁴¹ Brief *Tuas libenter* an den Erzbischof von München-Freising vom 21. Dez. 1863 (DH 2875-2880; bes. 2879).

die barmherzige Mutter präsentieren [308], die die unbarmherzigen Aspekte eines von Christus eingesetzten Sakraments [125, 178] abmildert. Diese Unterstellung, auch wenn sie sich nur unterschwellig zeigt, wirkt geradezu blasphemisch. Jetzt ist die Stunde verantwortlich denkender Theologinnen und Theologen. Sie sollten ihre alten Rechte und Pflichten wieder in Anspruch nehmen und werden von Papst Franziskus sicher gehört. In Gelassenheit und Geduld können sie die Fehlentwicklungen der vergangenen gut 150 Jahre zurechtrücken, die Brüche des aktuellen Diskussionsstands korrigieren und mithelfen, dass der päpstliche Brief mit den nötigen Richtigstellungen zu einem strahlenden Neubeginn werden kann. Andernfalls wird langfristig auch dieser Brief mit der katastrophalen Kirchenkrise unserer Tage untergehen. Das gilt es mit vereinten Kräften zu verhindern.

(07.02.18)

Horst Hohmann

Bischöflicher Amtsmissbrauch – und keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus

Als Papst Franziskus 2014 den katholischen Militärbischof Juan Barros zum Bischof des kleinen, südchilenischen Bistums Osorno ernannte und inmitten allgemeiner heftiger Proteste auch eine Gruppe chilenischer Jesuiten ihren Mitbruder händeringend bat, die „skandalöse Entscheidung“ schnellstmöglich rückgängig zu machen, muss der Argentinier zum ersten Mal geahnt haben, dass ihm mit der Ernennung von Barros unter Umständen ein ganz, ganz böser Fehler unterlaufen sein könnte. Immerhin stand gegen Juan Barros sowie gegen drei weitere Bischöfe die schwere Anklage im Raum, dass sie in der renommierten Priesterausbildungsstätte „El Bosque“, im Parkgürtel der chilenischen Hauptstadt Santiago, über Jahrzehnte hinweg Zeugen des Psychoterrors und der abscheulichen,

an Seminaristen verübten Sexualverbrechen von Fernando Karadima, des im Ruf der Heiligkeit stehenden und ganz im Stil eines Sektengurus operierenden charismatischen Chefs der Kleriker-Kaderschmiede, gewesen seien, ohne jemals Anzeige erstattet zu haben – weder bei einer kirchlichen noch bei einer staatlichen Strafverfolgungsbehörde.

Für die drei Ex-Seminaristen Juan Carlos Cruz (Journalist), James Hamilton (Arzt) und Andrés Murillo (Pädagoge), deren eidesstattliche Aussagen gegen ihren pervertierten Peiniger 2011 zu einer kirchlichen Verurteilung Karadimas in Rom führte (die zivilen Richter in Chile konnten aus Verjährungsgründen kein rechtskräftiges Urteil mehr verkünden) steht zweifelsfrei fest, dass Juan Barros und andere Bischöfe, Mitglieder des „harten Kerns der Karadima-Sekte“ von ihrem Guru auf mafiose Weise zu „eisernem Schweigen“ verpflichtet wurden.

Als der Journalist Juan Carlos Cruz im Namen der drei einen Brief an den päpstlichen Nuntius Ivo Scapolo schrieb und darin Barros der „Mitwisserschaft“ beschuldigte, hatte dieses Schreiben weder seitens der chilenischen noch seitens der römischen Kirchenbehörden irgendwelche disziplinarischen Schritte zur Folge.

Im Gegenteil: Cruz und die anderen Opfer wurden in Rom und in Chile als „Schlangen“ diffamiert, deren Aussagen mit allergrößter Vorsicht zu genießen seien. Im Vatikan bediente Kardinal Francisco Errázuri, seit 2013 Mitglied der 9-er Beratergruppe von Papst Franziskus, die Gerüchteküche mit verleumderischen Versionen. In Santiago de Chile goss Kardinal Ricardo Ezzati je nach Bedarf Öl ins Feuer. Sowohl Ezzati, der dem Orden der Salesianer angehört, als auch Errázuri haben sich im Fall Karadima und in anderen, aktenkundig gewordenen Missbrauchsfällen schwerer Amtspflichtverletzungen schuldig gemacht. Cruz, Hamilton und Murillo haben die beiden Kardinäle in unzähligen Zeitungsinterviews und Fernsehdebatten der Lüge und des Rufmords bezichtigt und dabei immer ihr totales Unverständnis dafür zum Ausdruck gebracht, dass beide Kirchenmänner in großem Stil Karriere machen konnten und bei Papst Franziskus offensichtlich volles Vertrauen genießen.

Doch dieses einvernehmliche Verhältnis könnte schon sehr bald der Vergangenheit angehören.

Groteskerweise war Papst Franziskus im Januar 2018 während seines Besuches in Chile und Peru – wohl in einem letzten Aufbäumen gegen die eigene naive Gutgläubigkeit – beim Journalisten-Pressing unbedacht herausgerutscht, dass er Barros nach wie vor für „unschuldig“ halte.

Und die drei Ex-Seminaristen? Lügner, die sich - aus welchem gottverdammten Grund auch immer – am armen Barros einfach nur rächen wollen?

Viele, und unter ihnen auch der Bostoner Kardinal Sean O'Malley, Chef der vom Argentinier 2014 ins Leben gerufenen vatikanischen Kinderschutzkommission, reagierten fassungslos und konnten nicht verstehen, wieso in aller Welt Papst Franziskus den Opfern „Verleumdungs“-Absichten unterstellt und an ihrer Aufrichtigkeit gezweifelt hatte.

Für den Schlag ins Gesicht der Opfer hat sich Papst Franziskus dankenswerterweise prompt entschuldigt.

Noch wichtiger war jedoch, dass er gleich nach seiner Rückkehr nach Rom in der entschlossenen Absicht, „reinen Tisch“ zu machen, den Erzbischof von Malta, Charles J. Scicluna, beauftragte, sich die „Akte Fernando Karadima“ und vor allem die „Akte Juan Barros“ noch mal vorzunehmen, um endlich mit der vom Vatikan praktizierten „Freispruchs-Justiz“ Schluss zu machen und auch Bischöfe und Ordensobere, die sich im Zusammenhang mit den gegen Minderjährige begangenen psychischen und sexuellen Gewaltverbrechen des schweren Amtsmissbrauchs schuldig gemacht haben, unbarmherzig zur Rechenschaft zu ziehen und mit Null-Toleranz abzuurteilen.

Weil wir natürlich mit dem alten Römer Pontius Pilatus unweigerlich fragen müssen, gegen welches Kirchengesetz konkret ein des Amtsmissbrauchs verdächtigter Bischof verstieß und nach welchem Gesetz er verurteilt werden soll, werden uns so gescheite Leute wie Charles J. Scicluna, die sich im Zivilrecht genauso gut auskennen wie im Kirchenrecht, beschämt und Schulter zuckend nur taurig erklären können: „Wir haben diese Gesetze noch nicht!“
Schöne Bescherung, nicht wahr?!

Da der gerade amtierende Papst nach allen mir zur Verfügung stehenden Informationen Oberster Gesetzgeber in der Kirche ist

und nach alter monarchistischer Tradition sozusagen ruckzuck ein paar neue Paragraphen strafrechtlicher Art in den Codex Iuris Canonici (CIC) einbauen (lassen) könnte, scheint es mir angesichts des gegenwärtigen Mangels an Unrechtsbewusstseins, an Transparenz und folglich auch an einer genauen Beschreibung aller möglichen Straftatbestände – in einem ersten Schritt – zunächst unumgänglich, an Hand der von Whistleblowers und Schutzorgansisationen wie dem weltweit aktiven SNAP (Survivors Network of those Abused by Priests) gesammelten Informationen für die Schreiber der neuen, den Missbrauch betreffenden Kirchenrechts-Paragraphen eine detaillierte Liste anzufertigen.

Ich nenne nachfolgend nur einige der von Bischöfen und Ordensoberen en masse begangenen Delikte, um bei unseren werten LeserInnen alle Zweifel an der Schwere der Verbrechen auszuräumen.

Meiner Liste voransetzen möchte ich den Hinweis des US-amerikanischen Dominikaners Thomas Doyle, welcher auf Grund seines fast 40-jährigen Einsatzes für Missbrauchsoffer eigentlich in der Sache der ideale Berater für Papst Franziskus wäre (aber in der Kurie als Nestbeschmutzer gilt, weil er zu den in den Psalmen so hoch gepriesenen Leuten gehört, welche „die Wahrheit von Herzen sprechen“). Doyle sagt: „Ich kenne keinen Bischof, der sich für seine Komplizenschaft bei den Missbrauchsoffern und deren Familien entschuldigt hätte!“ Warum wohl? Sehr einfach: die Bitte um Verzeihung käme einem Schuldgeständnis gleich. Schuld wird jedoch abgestritten. Und widersprüchliches Verhalten wird mit dem angeblich „so bedauerlichen Umstand“ begründet, „schlecht beraten“ gewesen zu sein (Kardinal Francisco Erázuri). Nun aber zur Liste der häufigsten Delikte von Bischöfen und Ordensoberen: Erstens, sie haben belastendes Archiv-Material vernichtet, um die Strafverfolgung klerikaler Triebtäter sowie hoher Kirchenfunktionäre zu verhindern.

Zweitens, sie haben gelogen, dass sich „die Balken der Justiz bogen“, und haben vor Gericht Meineide geschworen, wofür der ehemalige Erzbischof von Los Angeles, Kardinal Roger Mahony ein beredtes Beispiel ist.

Drittens, sie haben Schmiergelder gezahlt oder versprochen, um Zeugen zum Schweigen zu bringen, wo uns diesmal der ehema-

lige Erzbischof von Melbourne, Kardinal George Pell gezeigt hat, wie so was geht. Viertens, sie sind mit ihren Anwälten über Opfer und deren Familien hergefallen, haben sie als Kirchenfeinde beschimpft und eingeschüchtert und ihnen mit saftigen Schadensersatzklagen gedroht. Fünftens, statt Wiederholungstäter aus dem Verkehr zu ziehen und sie bei kirchlichen oder staatlichen Strafverfolgungsbehörden zur Anzeige zu bringen, haben sie die Verbrecher gewissenlos immer und immer wieder in andere Pfarreien versetzt und dadurch direkt und indirekt erneut die Lebensträume Tausender von jungen Menschen zerstört. Abschreckende Beispiele dafür: Der im Dezember 2017 in Rom verstorbene Kardinal Bernard Law, bis 2002 Erzbischof von Boston, sowie der 2012 verstorbene Erzbischof von Philadelphia, Kardinal Anthony Bevilacqua. Sechstens, sie haben durch ihr kriminelles Verhalten Hunderttausende skandalisierter Katholiken aus der Kirche getrieben und mit der von ihnen verursachten Prozessflut sowie mit den folgenden Entschädigungsforderungen der Opfer vielen Bistümern rund um den Globus Milliarden-Schäden verursacht. Siebtens, sie haben ganze Welten von Vertrauen zerstört – ein Verbrechen, das schon Jesus von Nazareth für so schwerwiegend hielt, dass er den Tätern einen „Mühlstein an den Hals“ wünschte und empfahl, sie damit im Meer zu versenken! Auf das Ergebnis der Untersuchungen von Erzbischof Charles J. Scicluna in Chile bin ich besonders deshalb gespannt, weil der Name „Barros“ längst zum Inbegriff eines fortdauernden, schweren Skandals geworden ist, bei dem Bischöfe über Bischöfe „zu Gericht sitzen“ und hinter verschlossenen Türen ein ums andere Mal den Nachweis liefern, dass „keine Krähe der anderen ein Auge auskratzt“. Wie lange noch? Scicluna hat Recht, wenn er in einer viel beachteten Rede an der Päpstlichen Universität Gregoriana (Februar 2012) sagt, dass eine Strategie zur Missbrauchsbe-kämpfung nur erfolgreich sein kann, wenn dabei Täter und Komplizen gleichermaßen ins Visier genommen werden. Die Vernichtung von Beweisen und das bewusste Leugnen von Fakten (durch Bischöfe und kirchliche Behörden), so Scicluna, sei eine Form der „Omertá“, jener von Mafia-Organisationen praktizierten, geheim-

bündlerischen Verschwiegenheit, welche letztlich einer kriminellen Verschwörung gegen die Missbrauchsopfer und deren Familien gleichkomme. Dem ist nichts hinzuzufügen außer der Feststellung, dass auf Papst Franziskus wieder mal Schwerstarbeit zukommt! Denn innerhalb und außerhalb der Kurie gibt es ganze Heerscharen hoher Kirchenfunktionäre, die verhindern möchten, dass es künftig auch Mitgliedern der Hohen Geistlichkeit „an deren bischöflichen Kragen gehen kann“.

Paul Glotter

HimmelHerrgottSakrament – eine bunte Nachlese

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass Papst Paul VI. (1897-1978) zum feierlichen Abschluss der Weltjugendsynode, die vom 3. bis 28. Oktober 2018 in Rom stattfindet, heiliggesprochen wird. Das zweite, dafür notwendige Wunder, hatte der Montini-Papst (freundlicherweise!) gleich nach seiner Seligsprechung während der Familiensynode 2014 aus dem Jenseits nachgeliefert. Während ich Heiligsprechungen (ähnlich wie unser Redaktionsmitglied Horst Hohmann, der sich in Heft 1/2017 bereits mit dem Thema beschäftigte) so unnötig wie einen Kropf und die für Heiligsprechungsprozesse hingeblätternen Summen sowieso für zum Fenster hinausgeschmissenes Geld halte, finde ich es auf jeden Fall empfehlenswert, bei so großartigen Figuren wie dem Montini-Papst gründlich und sehr bescheiden hinzuschauen, um eventuell zu entdecken, wo ich mir bei ihm ein „Scheibchen“ abschneiden kann. Schlecht wär´s doch beispielsweise bestimmt nicht, wenn ich öfter an seine historische, 1965 vor der UNO-Vollversammlung gehaltene mutige Rede und an seine darin erhobene Forderung „Nie wieder Krieg!“ dächte. Schaden könnte es mir und uns allen weiß Gott wohl auch nicht, würden wir aus der 1967 veröffentlichten, fantastischen Sozialenzyklika „Populorum Progressio“ die The- sen verinnerlichen, dass „Privateigentum

keinen absoluten Wert darstellt“ und dass „Entwicklung der neue Name für Frieden“ ist.

Ja, und wäre es sodann nicht mal wieder an der Zeit, mich für das von Paul VI. in seiner legendären Enzyklika „Evangelii nunciandi“ (1975) vorgetragene Anliegen stark zu machen, die tiefen „Gräben zwischen Kirche und zeitgenössischer Kultur“ überwinden zu helfen?

Natürlich ist da auch noch die weltweit umstrittene Enzyklika „Humanae Vitae“ (HV), welche Paul VI. auf Betreiben einer militanten, hinterhältig operierenden Kurien-Clique vor 50 Jahren schrieb und in der die Benutzung künstlicher Verhütungsmittel für die Geburtenkontrolle strikt verboten und als „schwere Sünde“ definiert wurde.

Ich werde es nie vergessen, wie der Ratzinger-Freund und damalige Erzbischof von Bologna, Kardinal Giacomo Biffi, uns Journalisten, die sich kritisch mit HV auseinandergesetzt hatten, „Ungeziefer“ nannte, und wie derselbe Biffi zusammen mit seinem Nachfolger Caffarra und anderen „aus dem Häuschen geratenen“ Kurienmitgliedern aufrechte katholische Eheleute, die beschlossen hatten, in Geburtenkontrollfragen ihrem eigenen Gewissen zu folgen, als „Mörder“ und „Wegbereiter einer Kultur des Todes“ beschimpfte.

War es deshalb nicht eine Unverschämtheit und ein Schlag ins Gesicht all dieser Leute, als Papst Franziskus am 5. März 2014 in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ den bevorstehenden Aufstieg des Montini-Papstes zu den „Ehren der Altäre“ folgendermaßen rechtfertigte: „Seine Genialität war prophetisch. Er hatte den Mut, sich gegen die Mehrheit zu stellen, die moralische Disziplin zu verteidigen und eine kulturelle Bremse zu ziehen.“ Muss man hier den Argentinier nicht sehr nachdrücklich fragen, ob man dann (der verquerten Logik seines Satzes folgend) nicht konsequenterweise alle 92 Prozent der Katholiken, die das Verbot von HV einfach ignorieren, als „gewissenloses Gesindel“ bezeichnen müsste?!

HV ist kirchenintern seit 50 Jahren ein probater „Kriegsschauplatz“, auf dem man, wann immer wünschenswert, aufeinander losgehen und die „Spreu vom Weizen“ trennen bzw. lauthals verkünden kann, wer die Guten und wer die Bösen sind. Und um das uns allen erneut ins Gedächtnis zu rufen,

scheuen sich die HV-Propagandisten nicht, auf gotteslästerliche Art die Heiligspredigung von Paul VI. für ihre Zwecke zu missbrauchen.

*

Heute möchte ich einmal ganz herzliche Grüße an Berthold Starzinger und sein Team von der kirchenkritischen Zeitschrift „Pipeline“ in Regensburg schicken und unseren Glückwunsch zu seiner vorzüglichen Arbeit übermitteln. Starzingers Pipeline-„Introitus“ aus Heft 2/2017 verdanke ich den aufschlussreichen Hinweis, welchen ich unseren LeserInnen auf keinen Fall vorenthalten will, dass Regensburgs Bischof Rudolf Voderholzer noch in diesem Jahre einen zum Katholizismus konvertierten, verheirateten evangelischen Pastor zum Priester weihen wird.

Als vor wenigen Wochen ein Papst Franziskus nahestehender Kurienkardinal meinte, dass man aus konkretem Anlass gelegentlich ruhig über mögliche Reformen in Sachen Pflichtzölibat nachdenken dürfe, hatte die ultra-konservative Nachrichtenagentur kath.net noch entsetzt gefragt, ob das nicht einer „Aufweichung des Pflichtzölibats“ gleichkomme.

Könnte es sein, dass die Absicht Voderholzers unseren kath.net-Kollegen noch nicht zu Ohren gekommen ist? Oder schweigt man, um in einem sogenannten „Relegationsspiel“ um Himmels willen ja kein „Eigentor“ zu schießen? So wie die Dinge stehen, folgt man halt der alten, kircheninternen seit Jahrhunderten befolgten Regel: was nicht passt, wird passend gemacht! Und ansonsten bleibt alles beim Alten!

*

Als dieser Tage in einem Mail-Austausch mit einem befreundeten Theologen der Name des bekannten argentinischen Bibelwissenschaftlers Ariel Alvarez fiel, erinnerte ich mich, wie noch zu Zeiten des Glaubenswächters Joseph Ratzinger dessen Vize Tarcisio Bertone den Argentinier bis aufs Blut verfolgt und alles daran gesetzt hatte, dem hochintelligenten Landsmann von Papst Franziskus ein dem kirchlichen Lehramt „passendes“ Korsett anzulegen. Erst 2009, als ihm der Vatikan nahelegte, öffentlich die Unwahrheit zu sagen und zu erklären, dass er aus freien Stücken bereit sei zu widerrufen und nicht weil Rom ihn dazu gezwungen habe, zog Alvarez einen Schlusstrich und ließ sich laisieren. Er wollte nicht nur gegenüber seinem Bischof

in Santiago del Estero, sondern auch gegenüber der Glaubenskongregation deutlich machen, dass er nicht bereit ist, sein Gewissen und seine „Treue zur Wahrheit“ von irgendjemandem manipulieren zu lassen! „Hut ab!“ hab` ich mir da gedacht und im stillen Kämmerlein bedauert, dass es von der Sorte des Ariel Alvarez immer weniger Spitzenleute in unserer Kirche gibt, durch deren kritische Bibelexegese man in seinem Glauben nicht erschüttert, sondern bestärkt wird!

*

Aus Kreuzworträtseln kennen wir die Frage: Fluss durch Eichstätt? Die Antwort lautet: Altmühl. Wir liegen darum zumindest in diesem geografischen Detail richtig, wenn wir vermuten, dass voraussichtlich noch viel Wasser die Altmühl runterkommt, bevor auch bei Bischof Gregor Maria Hanke „der Groschen“ so richtig gefallen sein wird. Runde 60 Millionen Euro Schaden hat ein alter Bekannter aus Plankstetter Zeiten (wo Hanke Benediktinerabt war), durch kriminelle Immobiliengeschäfte in den USA dem Bistum verursacht, weil der Bischof dem zum Vize-Finanzdirektor der Diözese gemachten alten Spezi „blind“ vertraut hatte.

Da Tote nie zurückkommen, war leider auch nicht damit zu rechnen, dass der ehemalige Bischof von Trier, Hermann-Josef Spital, unserem Eichstätter Freund in die Arme fallen würde, um laut und vernehmlich zu rufen: „Hanke, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

Immerhin wäre Spital als „gebranntes Kind“ gewissermaßen prädestiniert gewesen, seinen Kollegen im Altmühltal vorzeitig zu warnen. 1999 hatte es ja bekanntlich – damals sozusagen eine vorgezogene Kopie des Eichstätter Kriminalstücks – die berühmte Doerfert-Affäre gegeben, als der damalige Chef der Caritas-Trägergesellschaft Trier (cct), Hans-Joachim Doerfert, durch seine krummen Geschäfte mit der Immobilienschwägerin (!) der Bayerischen Beamten Versicherung über 100 Millionen DM in den Sand setzte.

Da es ja während der letzten Jahre in beinahe allen bundesdeutschen Ordinariaten von Beratern wimmelt und die Herren in „Schwarz“ vielerorts schon ihr eigenes Büro haben (zumal sie niemals nur einen einzigen Vertrag, sondern immer gleich auch „Folgeverträge“ aushandeln und so halt schon richtig zur Diözesanfamilie gehö-

ren!), fragt sich unsereins jetzt immer öfter, für was solche „Berater“ gut sind.

Als der vor kurzem allzu früh verstorbene SWR-Chefreporter Thomas Leif 2008 sein großartiges Buch „Beraten und Verkauft“ (Goldmann) veröffentlichte, gab er uns bereits damals den deprimierenden Hinweis, dass Berater leider fast überall hauptsächlich dazu dienen, „unpopuläre Entscheidungen gegen den eigenen Apparat durchzusetzen“. Generalvikar Dr. Dr. Peter Beer im Münchener Ordinariat, genauso wie sein Chef Reinhard Marx ein „Verwaltungsfreak der Sonderklasse“, könnte da unter Umständen mit vielen wertvollen und ernüchternden Details dienen.

*

Ich wusste natürlich schon immer, dass es in der römischen Kurie genauso wie in jeder anderen größeren Organisation neben den freundlichen auch die weniger freundlichen Chefs gibt, nur hatte ich den irischstämmigen Kevin Farrell bisher nie zu Letzteren gerechnet. Kardinal Kevin Farrell ist Präfekt der relativ neuen Kurien-Kongregation für „Laien, Familie und Leben“. Ende Januar sorgte er – völlig unerwartet – für einen Eklat, als er von der Rednerliste eines Symposiums der katholischen Frauenorganisation „Voices of Faith“, das am 8. März 2018, am Internationalen Tag der Frau, im Vatikan stattfinden sollte, kurzerhand drei Namen strich und damit knurrig kundtat, dass die drei „personae non gratae“ für die kirchlichen Sittenwächter sind. Bei den drei Frauen handelt es sich um die ehemalige irische Staatspräsidentin Mary McAleese, deren Sohn Justin schwul ist und die darum seit vielen Jahren gegen die Homophobie in der katholischen Kirche ankämpft. Die Uganderin Ssenfuka Juanita Warren, eine bekennende Lesbierin. Sowie die polnische Theologin Suzanna Radzik, Expertin für christlich-jüdische Beziehungen.

Die Veranstalterinnen bedauerten, dass entgegen anderslautenden, jüngeren Erklärungen von Papst Franziskus („Jeder muss in der Kirche das Recht haben, sein Meinung frei zu sagen!“) jetzt vom Vatikan ein de-facto- Redeverbot ausgesprochen wurde, und verlegten ihr Treffen mit freundlicher Genehmigung des venezolanischen Generaloberen der Jesuiten, Arturo Sosa (seit 2016 im Amt), in die Aula der Jesuiten-Kurie außerhalb der vatikanischen Mauern.

Die Entscheidung Farrells ist aus mehreren Gründen skandalös. Sie ist u.a. skandalös, weil sie für viele homophobe Fanatiker (in und außerhalb der Kirche) vielerorts in der Welt mal wieder zur Rechtfertigung ihrer Gewalt gegen Schwule und Lesben hergenommen wird.

Sie ist skandalös, weil sie von beispielloser Gefühlskälte zeugt, und man dort, wo der anwaltschaftliche Umgang mit Fragen der „Familie“ und des „Lebens“ oberste Priorität haben sollte, offensichtlich nicht in der Lage ist, sich in die Situation einer Mutter hineinzusetzen, der die Sicherheit ihres schwulen Sohnes am Herzen liegt, oder in die Situation einer ugandischen Lesbierin, die ihr Leben (bis auf weiteres) vermutlich nur der Tatsache verdankt, dass das radikale, ugandische Anti-Schwulen-Gesetz derzeit wegen eines „Formfehlers“ außer Kraft ist. Wie würde man im Vatikan reagieren, wenn die irische Regierung im August 2018 sowohl Kardinal Kevin Farrell als auch Papst Franziskus die Einreise verweigert, um – wie vorgesehen – an der Familienkonferenz in Dublin teilzunehmen?

*

Fast hätte ich es vergessen. Ich habe dieser Tage mal neugierig in die neue Website unseres Freundes und langjährigen Mitarbeiters, des emeritierten Tübinger Theologen Hermann Häring (www.hjhaering.de) reingeschaut und bin dort an Betrachtungen hängen geblieben, welche Häring im Anschluss an eine Netz-Debatte über ein SWR-Interview (22. 8.1917) mit dem neuen Mainzer Bischof Peter Kohlgraf angestellt hatte. Lesenswert, sehr lesenswert! Pikanterweise hält Häring fest, dass Kohlgraf einerseits fordert, niemand für dümmer zu halten als sich selbst. Dass er aber andererseits das Gespräch über „heiße Eisen“ mit der fulminanten Bemerkung beendet: „Wir werden uns nicht verstehen, weil wir von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen!“

In Mainz, wo man ja auch nicht das ganze Jahr über „singt und lacht“, wird der Satz des Neuen bestimmt manchem im Hals stecken geblieben sein!

*

Weil der Vatikan schon seit Jahren hinter verschlossenen Türen mit der abtrünnigen Pius-Bruderschaft „die Bauklötzchen hin und her schiebt“ und es nicht nur Benedikt XVI., sondern inzwischen auch Papst Fran-

ziskus ein Herzensanliegen ist, die ins Konzils-Abseits weggetrifteten rund 100.000 Anhänger der Protestbewegung baldmöglichst wieder in den „Schoß von Mutter Kirche“ zurückzuholen, sollten wir uns nicht wundern, wenn es noch dieses Jahr zu einem feierlichen „Versöhnungs-Event“ kommt.

Auch wenn die Pius-Brüder nach Friedensschluss die Erlaubnis erhalten, weiterhin ausschließlich im alten lateinischen Ritus die Messe zu feiern, stört mich das absolut nicht, solange ich mir künftig von ihnen nicht mehr unentwegt sagen lassen muss, was ich doch für ein „hundsmiserabler Katholik“ bin.

Ich werde mit niemandem eine Wette eingehen. Aber sagen möchte ich hier trotzdem, dass ich meine Zweifel habe, ob dieser „Waffenstillstand“ von Dauer sein wird. Denn die Pius-Brüder gehören nun schon seit über einem halben Jahrhundert zu jenen Gruppen von Glaubensfanatikern, für die jeder Dialog mit Angehörigen anderer Religionen „Sünde gegen den Heiligen Geist“ ist.

Wenn du ihnen den kleinen Finger reichst, greifen sie sofort nach der ganzen Hand.

Vom 06.-09.12.17 fand an der Universität Osnabrück ein ökumenischer Kongress „Frauen in kirchlichen Ämtern. Reformbewegungen in der Ökumene“ statt. Als Zielsetzung wird auf dem Einladungsflyer angegeben: „Gerade aus katholisch-theologischer Perspektive ist es notwendig, Diskussionsräume im Blick auf einen Zugang von Frauen zum Amt offen zu halten. Dafür wird das ökumenische Symposium einen wichtigen Beitrag leisten.“

Ida Raming

Ökumenischer Kongress zum Thema „Frauen in kirchlichen Ämtern“ setzt neue Maßstäbe

„Nicht der Zugang von Frauen zu den kirchlichen Diensten und Ämtern ist begründungspflichtig, sondern deren Aus-

schluss“ - Dies ist eine der 7 grundlegenden Thesen, die auf dem Ökumenischen Kongress in Osnabrück im Dezember 2017 formuliert wurden und mehrheitliche Zustimmung der Teilnehmenden erhielten – eine weitere These (Nr. 1) lautet: „*Das erklärte Ziel der oekumenischen Bewegung, die sichtbare Einheit der Kirchen, ist nicht zu erreichen ohne eine Verständigung über die Präsenz von Frauen in allen kirchlichen Ämtern*“.

Es war ein bedeutsames Ereignis, zumal dieser Kongress erstmalig in ökumenischer Kooperation stattfand, unter Beteiligung der Universitäten Osnabrück, Münster und Oldenburg sowie von Frauenverbänden aus beiden christlichen Kirchen. Etwa 200 Personen nahmen an dieser zukunftsweisen- den Versammlung teil. Zahlreiche Personen: Theologinnen und einige Theologen, Amtsträger/Innen aus beiden Kirchen kamen zu Wort und beleuchteten die kirchliche Gesamtlage in Bezug auf Frauen in kirchlichen Ämtern aus verschiedenen Perspektiven (biblisch, dogmatisch, kirchenhistorisch, soziologisch, ...).

Sowohl die Berichte aus der evangelischen als auch aus der katholischen Kirche bezeugten anhand von eindrucklichen Beispielen, dass „über die Frage des Zugangs von Frauen zu kirchlichen Diensten und Ämtern ... viele Wunden in allen christlichen Traditionen geschlagen“ wurden und „bis heute schmerzen“. Jüngstes Beispiel: Lettland, wo die Frauenordination in der evangelischen Kirche rückgängig gemacht wurde!

Im Hinblick auf das Apostolische Schreiben von Papst Johannes Paul II.: *Ordinatio Sacerdotalis* (1994) wurde betont, dass „bis in unsere Tage hinein“ ... „Ängste vor drohenden Sanktionen die Thematisierung“ der Frauenordination „begleiten“! Dennoch schreckten mehrere Referentinnen nicht vor der Anfechtung und Zurückweisung dieses angeblich „endgültigen“ Schreibens (OS) zurück. Dies geschah von kirchenrechtlicher Seite (Prof. S. Demel) anhand mehrerer Kanones aus dem CIC, und Frau Prof. S. Wendel wies in drastischer Form die – nicht zuletzt von etlichen Bischöfen – ständig wiederholte „Argumentation“ zurück: „*Jesus war ein Mann – und nur Männer können ihn daher im ordinierten Amt repräsentieren*“, sie zeigte auf, dass solche Redeweise auf einer sehr primitiven, statischen Vorstellung vom menschlichen Geschlecht basiert, die überdies die grund-

legende Wahrheit ignoriert, dass dem biologischen „Geschlecht“ im religiösen Bereich keine Bedeutung (im Sinne von Wertmaßstab) zukommt.

Als einziger Bischof war *Dr. Franz Josef Bode* (Diözese Osnabrück) auf der Konferenz vertreten, hat den Vorträgen zugehört und sich der Diskussion gestellt. Er hat die Leitung der Pastorkommission in der deutschen Bischofskonferenz inne sowie den Vorsitz der Unterkommission 'Frauen in Kirche und Gesellschaft'. Er betonte: „*Die Kirche muss sich mit den Ergebnissen des Kongresses auseinandersetzen.*“ Er wolle die Frage des Zugangs von Frauen zu kirchlichen Ämtern und Diensten in Form einer Arbeitsgruppe in die Bischofskonferenz hineinbringen; auch die römische Glaubenskongregation könne sich durchaus damit befassen.

Bei diesem Unternehmen wird er voraussichtlich auf starke Widerstände stoßen; denn allzu viele Bischöfe wollen an der gegenwärtigen Struktur nicht rühren, die ihnen eine große Vormachtstellung verleiht, - sie weisen die Frauen mit primitiven Argumenten ab, ohne das Vermächtnis Jesu: „*Bei euch soll es nicht so sein...!*“ (Mt 20, 25-28) zu beherzigen sowie die Ergebnisse der historisch-kritischen Bibel-Exegese überhaupt zu berücksichtigen.

Als „roter Faden“ zog sich durch viele Beiträge die grundlegende Botschaft aus dem Brief des Apostel Paulus an die Galatische Gemeinde: „*Ihr alle seid ja in Christus Jesus Söhne und Töchter Gottes durch den Glauben. Denn da ihr in Christus hineingetauft seid, habt ihr Christus angezogen. Da gilt nicht mehr 'Jude oder Grieche', nicht mehr 'Sklave oder Freier', nicht mehr 'männlich und weiblich'; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus*“ (Gal 3,26-28).

Diese Zusage ist bekanntlich bis heute in den Strukturen der römisch-katholischen Kirche nicht verwirklicht! - Auch die Erinnerung an die große Jüngerin *Maria aus Magdala, 'Apostola Apostolorum'*, war in den Beiträgen des Kongresses sehr präsent. Ihr Zeugnis vom auferstandenen Christus wird Bestand haben – gegen den Un-Geist des patriarchalischen Machterhalts und der Frauenunterdrückung.

Im Hinblick auf die Situation der römisch-katholischen Kirche, der andauernden Verweigerung notwendiger Reformschritte, wurde an das „prophetische“ Wort *Michael*

Gorbatschows erinnert: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“

Ausdrücklich verabschiedeten sich Vertreterinnen der katholischen Frauenverbände (KDFB u. Kfd) daher von der bisherigen einseitigen Festlegung auf die Forderung nach dem weiblichen Diakonot. Vielmehr wurde der Zugang von Frauen zu allen kirchlichen Diensten und Ämtern gefordert; für die TeilnehmerInnen an dem Kongress war spürbar: die Geduld der Frauen ist längst überstrapaziert.

Einige Teilnehmerinnen sprachen sich daher mit Nachdruck für „deutliche Zeichen des Widerstands“, für „kämpferische, prophetische Schritte“ auf dem Weg zur endgültigen Anerkennung der Personwürde der Frauen in der katholischen Kirche aus. Damit wurde auch das Vorgehen der sieben 'Donaupriesterinnen' gegen das ungerechte Gesetz des Ausschlusses der Frauen von der Ordination (c. 1024 CIC) ausdrücklich gewürdigt.

Rudolf Uertz

Das christliche Menschenbild, die Kirchen und die „nichtchristlichen Parteien“ (1945–1969)

Von ihrer Gründung an sah sich die CDU vor allem in der politischen Agitation der „nichtchristlichen Parteien“ vielfältiger Kritik ausgesetzt.⁴³ Grund war die religiöse Konnotation ihrer Programmatik und das „C“ im Parteinamen. Der reformierte Schweizer Theologe Karl Barth, auf dessen theologischen Ansatz die berühmte *Barmer Theologische Erklärung* (1934) der Bekennernden Kirche gegen die nationalsozialisti-

⁴³ Vgl. R. Uertz: Das christliche Menschenbild in der Programmatik der CDU (1945–2010), in: J.-D. Gauger/H. J. Küsters/R. Uertz (Hrsg.): Das Christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatik der CDU, Freiburg i. Br. 2013, S. 149–187; Th. M. Gauly: Das „C“ auf dem Weg zur Randerscheinung in unserer politischen Kultur?, in: Eichholzbrief. Zeitschrift zur politischen Bildung, 33 (1996), S. 86–93.

sche Staatsallmacht zurückgeht, riet den Protestanten, sich nicht mit den „Römischen“, den Katholiken, in einer interkonfessionellen Partei zusammenzuschließen.⁴³ Einer der Gründe war Barths offenbarungstheologische Infragestellung des Naturrechts und sein lebenslanger Kampf gegen jegliche Form einer „natürlichen Theologie“.⁴⁴ Auch die vor allem von Protestanten vertretene „Politik aus dem Glauben“ lehnte naturrechtliche Begründungen mehr oder weniger deutlich ab.⁴⁵

Klerikalismus in der deutschen Politik

Ein weiterer prononcierter Kritiker einer Verbindung von kirchlichen Interessen und Parteipolitik war der Politikwissenschaftler Thomas Ellwein. In den „weltanschaulichen Streitigkeiten und konfessionellen Ansprüchen“ der Unionsparteien sah er eine Belastung für den „allmähliche(n) Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung“. Dabei kritisierte er vor allem die Art und Weise, wie das ‚Christliche‘ in der Politik von den beiden Kirchen instrumentalisiert und für ihre Interessen nutzbar gemacht werde; er sah darin eine Gefahr für das ‚Klima der Freiheit‘.

Was Ellwein, der aus einem evangelischen Pfarrhaus in Franken stammt, in seiner Streitschrift *Klerikalismus in der deutschen Politik*⁴⁶ besonders herausstellte, war der „Machtwille“ des Klerus, „direkt oder indirekt über die Gläubigen politischen Einfluss auszuüben“. Als prominente Beispiele nannte er die Fälle aktiver kirchlicher Wahlpropaganda in Form von Hirtenbriefen und kirchlichen Verlautbarungen im Rahmen von Predigten, Gottesdiensten, Gemeindearbeit und Religionsunterricht sowie von Kirchenzeitungen. „Durch das Entstehen der ‚christlichen‘ Partei und der häufig naiven Gleichsetzung von CDU, CSU und Kirchen oder einer Kirche, durch die teilweise enge Verbindung beider und ihre mannigfache gemeinsame Repräsentanz ergeben sich“, so Ellwein, „unzählige Mög-

⁴³ Vgl. H. G. Fischer: Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945, Lübeck 1970, S. 72 ff.

⁴⁴ Vgl. G. Söhngen: Natürliche Theologie, in: Lexikon für Theologie und Kirche 7 (1962/86), Sp. 81–816.

⁴⁵ Vgl. R. Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981, S. 40 ff.

⁴⁶ Th. Ellwein: Klerikalismus in der deutschen Politik, München 1955, S. 7.

lichkeiten, im Sinne des politischen Klerikalismus Einzelentscheidungen des Staates zu beeinflussen“. Diese Entscheidungen betrafen vor allem den Kultur- und Schulbereich, insbesondere die damals vornehmlich konfessionellen Volksschulen, Lehrerseminare und Pädagogischen Hochschulen in der Bundesrepublik. Wesentlich gefährlicher als der Protestantismus sei diesbezüglich die katholische Kirche mit ihrem ausgeklügelten moraltheologisch-naturrechtlichen System. Dabei zeichnet der Politologe ein Bild, das eine beträchtliche Abhängigkeit der Union von den Kirchen unterstellt. Diese würden im Gegenzug von der Wahlunterstützung der CDU profitieren.

Als Belege für seine Thesen zitierte Ellwein die Enzykliken Papst Pius' XII., die die unbedingten Gehorsamsforderungen der Katholiken gegenüber den kirchlichen Weisungen und bischöflichen Verlautbarungen zum Inhalt haben, Grundsätze, die in der Tat in einem starken Kontrast zur Gewissensfreiheit und der Verantwortung des Politikers und Bürgers im säkularen politischen Gemeinwesen stehen.⁴⁷ Der Politikwissenschaftler konnte für seine Thesen eine Fülle von Belegen aus kirchlichen Quellen auflisten, die zumeist unverblümete Wahlempfehlungen zugunsten von CDU und CSU enthielten.

Der Machtwille des Klerus

So hieß es im Wahlhirtenbrief der deutschen Bischöfe zu den Bundestagswahlen 1961:

„Es ist aber klar, dass die Stimme des Gewissens jedem aufrichtigen Katholiken befiehlt, seine Stimme den Kandidaten oder der Liste zu geben, die gemäß dem Gesetze Gottes und der christlichen Sittenlehre wirklich hinreichende Garantien bieten für den Schutz der Rechte Gottes, der Familie und der Gesellschaft.“ Wie sehr die kirchlich-pastorale Unterstützung der Unionsparteien sogar in den Sündenregistern der kirchlichen Bußbücher ihren Niederschlag gefunden hatte, zeigt der Beichtspiegel für Erwachsene. So wird der Pönitent im Abschnitt „Gewissenserforschung“ des Gebet- und Gesangbuchs der Diözese Trier (1955) im vierten Gebotskreis „Familie und Gemeinschaft“ gefragt: „Habe ich als Staatsbürger und als Glied der Kirche meine Pflichten nicht erfüllt? (...) – nicht

⁴⁷ Vgl. Enzyklika *Humani generis* Pius' XII. (1950), in: Heilslehre der Kirche, hrsg. v. A. Rohrbasser, Freiburg i. Ue. 1953, 466-526.

die geeigneten Vertreter der christlichen Weltanschauung gewählt?“⁴⁸

Es ist unzweifelhaft, dass viele Katholiken in Politik, Gesellschaft und Kultur im Sinne der christlichen Gewissensfreiheit verantwortungsethisch handelten. Das Dilemma der katholischen Moraltheologie und Sozialethik bestand jedoch darin, dass das kirchliche Lehramt in Folge des Jurisdiktionsprimats und der Unfehlbarkeit des Papstes das Naturrecht an die lehramtlichen Interpretationen und Auslegungskriterien gebunden hat.⁴⁹ Ein kirchlich angeleitetes Naturrecht ist aber ein Widerspruch in sich. Genau auf diese Aporien zielt die Kritik Ellweins.

Wie weit der „Machtwille“ des Klerus⁵⁰ reichte und wieweit die katholische Staatslehre Papst Leos XIII. (1878–1903) noch hinter den Grundsätzen und Leitideen des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates hinterherhinkte, zeigen unter anderem die Eingaben des Vorsitzenden der Deutschen bzw. Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Frings, an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag in den 1950er Jahren.

Gottesrecht bricht Menschenrecht

Die Eingabe betraf die dem Gesetzgeber gemäß Art. 117 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 aufgegebenen Pflicht, die noch bestehenden Benachteiligungen hinsichtlich der „Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau“ bis zum 31. März 1953 zu beseitigen. Entsprechend musste der sogenannte „Stichentscheid“ des Ehemannes, der die Letztentscheidung in Eheangelegenheiten hatte, aufgehoben werden.

Für den Moraltheologen Johannes Hirschmann SJ war die Nivellierung des Autoritätsstatus des Mannes und Vaters in Ehe und Familie theologisch in keiner Weise zu rechtfertigen. Der Kirchenrechtler Klaus Mörsdorf sah gemäß der kanonistischen Rechtslage „in der hierarchischen Zuord-

⁴⁸ Vgl. R. Uertz: Christliche Parteien und kirchliche Disziplin. CDU und CVP im Kampf um das Saarstatut 1955, in: Gesellschaft-Region-Politik, hrsg. v. J. Hentzschel-Fröhlings/G. Hitze/F. Speer Norderstedt 2006, S. 415–440.

⁴⁹ Vgl. R. Uertz: Vom Dekalog bis zu Papst Franziskus. Die Entwicklung der jesuanisch-christlichen Ethik und der kirchlich-kasuistischen Moraldoktrin – im Kontext von Gebots-, Tugend- und Verantwortungsethik, in: *imprimatur* 50. (2017), H. 4, S. 278-292.286.

⁵⁰ Vgl. Th. M. Gauly: Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust, Bonn 1991.

nung der Gatten ein göttliches Grundgesetz der Ehe, das weder durch menschliche Gesetze noch durch Abreden der Vertragspartner abgeschafft oder geändert werden kann“. In einem gemeinsamen Hirtenwort vom 30. Januar 1953 erklärten die deutschen Bischöfe „in aller Eindringlichkeit“, dass der Staat die „gottgegebenen Ordnungen vorfinde“. Die Gleichheit an Würde und Freiheit der Person sei zwar unstrittig. Diese recht verstandene „Gleichberechtigung“ schließe aber nicht aus, „dass rechtliche Unterschiede in der Stellung von Mann und Frau in Ehe und Familie bestehen. Solche Unterschiede sind in den natürlichen Wesenseigenschaften von Mann und Frau begründet“. Selbstverständlich bedürfe jede Gemeinschaft einer Autorität. Wer daher „grundsätzlich die Verantwortung des Mannes und Vaters als Haupt der Ehefrau und der Familie leugnet, stellt sich in Gegensatz zum Evangelium und zur Lehre der Kirche. Die Lehre von der Autorität des Mannes entspricht der Schöpfungsordnung und „ist in Gottes Wort klar bezeugt“.⁵¹ Als Bundeskanzler hat Konrad Adenauer keinen Zweifel daran gelassen, dass er unangemessene politische und rechtliche Forderungen der Kirchen – wie diese gegen die Gleichberechtigung – entschieden ablehnte. Als Parteivorsitzender jedoch hat Adenauer die gebotsethischen Weisungen der katholischen Kirche – so etwa im Falle der Wahlhilfen bei Bundestagswahlen – ganz selbstverständlich gutgeheißen. Das zeigen Adenauers Reaktionen auf die öffentliche Tagung der Katholischen Akademie in München zum Thema *Christentum und demokratischer Sozialismus* (1958). Teilnehmer dieser Veranstaltung waren von Seiten der Kirche die Professoren für christliche Gesellschaftslehre, die Jesuiten Oswald von Nell-Breuning (Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main) und Gustav Gundlach (Päpstliche Universität Gregoriana, Rom). Die führenden Diskussionspartner von Seiten der Sozialdemokratie waren die Politiker Carlo Schmid, Adolf Arndt, Willi Eichler und Gerhard Weisser.⁵²

⁵¹ Vgl. Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln 93 (1953), S. 92-101; Zitate nach Wilhelm Korff: Wie kann der Mensch glücken. Perspektiven der Ethik, München 1985, S. 166 f.

⁵² Vgl. Christentum und demokratischer Sozialismus, hrsg. v. K. Forster, München, 1958.

Christentum und demokratischer Sozialismus

Für die Sozialdemokraten, unter ihnen der Vorsitzende W. Eichler sowie weitere Mitglieder der SPD-Grundsatzprogrammkommission, war die Münchener Tagung wohl eine Art Vorbereitung für ihr Godesberger Grundsatzprogramm (1959). Nach der verlorenen Bundestagswahl 1957, bei der die CDU und CSU mit 50,2 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen erzielten, musste sich die SPD, die fast 20 Prozentpunkte hinter den Unionsparteien lag, in wesentlichen Grundsatzfragen und Politikfeldern um- und neuorientieren. Unter anderem hieß das, dass die SPD von ihrem sozialistischen Grundkurs abrücken und an die erfolgreiche Politik und Programmatik der Sozialen Marktwirtschaft der CDU herandrücken musste. Zum anderen mussten die Sozialdemokraten, um mehrheitsfähig zu werden, künftig verstärkt auch Katholiken und die bürgerliche Mitte ansprechen.⁵³

Die Soziale Marktwirtschaft als das erfolgreiche Werbe- und Integrationsprogramm der Unionsparteien basierte im Wesentlichen auf zwei Quellen: der christlichen Soziallehre und dem Ordoliberalismus.⁵⁴ Entsprechend wollten die Sozialdemokraten grundsätzlich an bestimmte Positionen der christlichen Sozialethik herandrücken. Die Einladung der SPD-Spitze zur Münchener Tagung mit den führenden Vertretern der katholischen Soziallehre durch den Gründungsdirektor der Katholischen Akademie in Bayern, Karl Forster, kam für die SPD wie gerufen.

Die Gespräche führender kirchlicher Vertreter mit den SPD-Politikern galten nach den fast über ein Jahrhundert währenden Kontroversen und Feindschaften zwischen katholischer Kirche und den Sozialisten als „Sensation“. Für die Sozialdemokratie galt lange Zeit das Verdikt von August Bebel von

⁵³ Vgl. R. Uertz: Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD, in: Historisch-Politische Mitteilungen 13 (2006), S. 93-120.

⁵⁴ Vgl. K. Biedenkopf: Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus, Bonn 1973, S. 5. – Der Ordoliberalismus ist eine marktwirtschaftliche Konzeption, der gemäß der Staat den Ordnungsrahmen für den ökonomischen Wettbewerb schafft, um die „individuelle Freiheit in Gesellschaft und Wirtschaft zu sichern. Das Ziel ist die Steigerung des Wohlstands im Rahmen einer dynamisch wachsenden Wirtschaft und sozialer Sicherheit.“ (H. G. Schachtschabel: Wirtschaftspolitische Konzeptionen, Stuttgart 1970, S. 79 ff.).

1873 „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“.⁵⁵ Die Enzyklika *Quadragesimo anno* Papst Pius' XI. (1931) dagegen, deren Entwurf von Grundlach und Nell-Breuning stammt,⁵⁶ konstatiert zwar die Auseinanderentwicklung beziehungsweise Spaltung der beiden sich „leidenschaftlich bekämpfende(n) Hauptrichtungen“ des Sozialismus, das heißt des Kommunismus einerseits und des demokratischen Sozialismus andererseits. Dem letzteren gesteht das ordnungspolitisch relevante Sozialdokument der Kirche zu, dass der demokratische Sozialismus auf dem Weg sei, seine Einstellung zum Klassenkampf und seine Eigentumsfeindlichkeit zu mildern. Doch glaubt der Papst nicht, dass sich in allen sozialistischen Kreisen bereits eine Einsicht zum Besseren vollzogen habe. Die Ausführungen von *Quadragesimo anno* (1931) zum Kapitel Sozialismus schließen mit der Feststellung: „Der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar.“⁵⁷

Überwindung alter Feindbilder

Die Kontroversen zwischen Christen und Sozialisten überschatteten nicht zuletzt auch das Verhältnis von CDU- und SPD-Gewerkschaftern im DGB. Dessen sozialdemokratische Mitglieder hatten ihren Kollegen in den CDU-Sozialausschüssen „Verrat“ an den Prinzipien des sozialreformerischen Gedankenguts der deutschen Arbeiterschaft vorgeworfen.⁵⁸ Der Grund war der programmatische Umschwung der Union von ihrem sozialreformerischen *Ahlerer Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone* (1947) zur Sozialen Marktwirtschaft in den *Düsseldorfer Leitsätzen* (1949), dem erfolgreichen Wahlprogramm für den Ersten Deutschen Bundes-

⁵⁵ Vgl. Brigitte Seebacher-Brandt: *Bebel. Kündler und Kärner im Kaiserreich*, Berlin 1988.

⁵⁶ Den beiden Jesuiten war bezüglich ihrer Mitwirkung an der päpstlichen Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* bis Anfang der 1970er Jahre strengste Schweigepflicht auferlegt.

⁵⁷ *Quadragesimo anno* Pius' XI. (1931), 116 f., zit. nach Texte zur katholischen Soziallehre. Mit einer Einführung von O. v. Nell-Breuning, Kvelaer 1975, S. 133 f.; vgl. Gustav Radbruch: *Staat und Verfassung*, hrsg. v. H.-P. Schneider, Heidelberg 2002, S. 208 f.

⁵⁸ Vgl. R. Uertz: *Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft und der DGB*, in: *Königswinterer Notizen* 3 (2011) S. 5–29.

tag.⁵⁹ Überdies hatten sich die Kontroversen zwischen christlichen Demokraten und Sozialdemokraten hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage insofern zugespitzt, als Teile der CDU-Gewerkschafter 1955 dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) den Rücken kehrten und die Christlichen Gewerkschaften gründeten. Wohl verblieb der größte Teil der in den Sozialausschüssen beheimateten CDU-Gewerkschafter im DGB, doch votierten die deutschen Bischöfe – mit Ausnahme von Bischof Wilhelm Kempf (Limburg) – zugunsten der Christlichen Gewerkschaften. Oswald von Nell-Breuning, Berater des DGB und der IG-Metall, widersetzte sich den Voten der Mehrheit der Bischöfe und stärkte den Mitgliedern der CDU-Sozialausschüsse im DGB den Rücken. In der Münchener Tagung der Katholischen Akademie in Bayern vom 10. bis 12. Januar 1958 standen sich die Repräsentanten von Kirche und demokratischem Sozialismus dennoch in durchaus entspannter Atmosphäre gegenüber. Man suchte nach Wegen der Annäherung. Diese erste offizielle Begegnung von ranghohen Vertretern der Katholischen Kirche und der christlichen Soziallehre mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fand ein großes Medieninteresse.

Konrad Adenauer: „Dazu sind die Kirchen nicht da“

Nur wenige Tage nach der Münchener Akademietagung kam es in der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 17. Januar in Bonn zu einer äußerst lebhaften Aussprache. Wichtigster Tagesordnungspunkt war eben die Tagung der Münchner Katholischen Akademie in Bayern zum Thema „Christentum und Demokratischer Sozialismus“. Das Protokoll der Bundesvorstandssitzung der CDU lässt die Erregung der CDU-Spitze, insbesondere ihres Vorsitzenden Konrad Adenauer, deutlich erkennen. Adenauer war über diese Tagung äußerst erbost, weil er in ihr „einen Missbrauch des kirchlichen Auftrags“ sah. So unterstellte er dem Leiter der Akademie Karl

⁵⁹ Das Ahlener Programm, das wesentlich von der katholischen Soziallehre beeinflusst ist, stand unter der Leitidee: „Die CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus“; vgl. R. Uertz: *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1973 und ihre Vorbereitungen*, in: *Die politische Meinung* 446 (2007) S. 47–52.

Forster, dieser wolle mit der Tagung die SPD für Katholiken „hoffähig“ machen.⁶⁰ Der Generalsekretär der CSU Friedrich Zimmermann war zur Vorstandssitzung der Schwesterpartei aus München angereist, als „Berichterstatter“, wie das Protokoll vermerkt. Zimmermann leitete seine Ausführungen mit einer theologischen Bemerkung ein: „Ich habe als Generalsekretär der bayerischen CSU die Vorbereitung der Münchener Tagung und ihre Durchführung aus nächster Nähe miterlebt. Vielleicht interessieren Sie deshalb ein paar Bemerkungen. Der Missionsanspruch der Kirchen ist selbstverständlich nicht zu bestreiten; er richtet sich auf das Einzelindividuum, aber nicht an ein Kollektiv. Er richtet sich nicht an die deutsche Sozialdemokratie, die sich zu Teilen jetzt propagandistisch umorientiert. Dahin richtet sich der Anspruch also nicht, und so darf er nicht verstanden werden.“ Eugen Gerstenmaier, Bundestagspräsident und stellvertretender CDU-Vorsitzender, widersprach sogleich seinem CSU-Kollegen, indem er „als Theologe“ betonte: Der „Missionsbefehl“ richte sich sehr wohl an ein Kollektiv, nämlich an „alle Völker“. Zimmermann fuhr fort: „Der Direktor dieser Akademie ist ein neunundzwanzigjähriger, sehr vielversprechender Geistlicher, ein gescheiter, ein energischer und ein sehr ehrgeiziger Mann. Als diese Akademie vor wenigen Monaten gegründet worden ist, hat er sich zum Ziel gesetzt, mit einem Schlag die große Publizität, die die Evangelische Akademie in den letzten Jahren angesammelt hat, mit einer Sensationsvorstellung zu übertrumpfen. Mir ist nur schleierhaft, wieso das Münchener Kapitel und der Kardinal Wendel hier mitgegangen sind. Wir haben gesehen, was für eine Sensation schon in der Ankündigung der gesamten deutschen Presse dieser Tag gewesen ist. Wir haben in den letzten Tagen noch versucht, Herrn Professor Gundlach zu überreden, dass er krank werden solle, damit die Tagung – weil der wichtigste Redner fehlt – nicht zustande käme. Das ist uns aber nicht gelungen. Nun haben wir gesehen, dass die SPD ihre gesamte erste Garnitur aus dem Bundestag und aus den Länderparlamenten nach München gebracht

⁶⁰ Protokoll der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 17.01.1958, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, bearbeitet von G. Buchstab, Düsseldorf 1994, S. 73 ff.

hat. (...) Wenn diese Tagung wiederholt wird, dann wird das verheerende Folgen für die Union haben. Darüber ist gar kein Zweifel! Carlo Schmid und Arndt waren so geschickt und verführerisch im Gebrauch der Akzente, dass jeder unbefangene Beobachter und sogar die Journalisten (...) beeindruckt sein mussten von den Ausführungen dieser führenden deutschen Sozialdemokraten. Man muss dafür sorgen, dass es eine einmalige Sache bleibt. Der Herr Bundeskanzler wird sich persönlich bemühen müssen. Dann wird diese Sache in Vergessenheit geraten.“

Das Protokoll fährt fort: Adenauer: „(...) deswegen bedaure ich es außerordentlich, dass man sich in München von katholischer Seite dazu hergegeben hat. Und dabei bleibe ich auch. Dafür sind die Kirchen nicht da! (...) ich beabsichtige, bei den katholischen Bischöfen entschieden Protest dagegen einzulegen (...). Aber Herr Gerstenmaier sagt: das war eine missionarische Tätigkeit, die können Sie nicht inhibieren (...) Es war eine politische Aktion (...).“ Gerstenmaier: „(...) Das geht zu weit. (...) Ich bleibe dabei – und zwar gebietet uns das der Respekt vor den Kirchen aller Konfessionen –, dass wir ihre Motive respektieren und anerkennen müssen.“ – „Adenauer: Ein neunundzwanzigjähriger Geistlicher: Diese jungen Leute wissen gar nicht, wozu sie sich mißbrauchen lassen, gerade von der sehr gerissenen SPD. Die sind geradezu vom Heiligen Geist verlassen.“ Tatsächlich hat Adenauer nicht nur bei Kardinal Wendel, sondern auch bei Papst Pius XII. (1939–1958) Beschwerde eingelegt.

Kirchlicher Aufbruch und politischer Umbruch

Die legendäre Münchener Tagung katholischer Theologen und sozialdemokratischer Politiker geriet natürlich nicht in Vergessenheit. Vielmehr war sie im kirchen- und zeitgeschichtlichen Kontext betrachtet Ausdruck des sich bereits ankündigenden politisch-gesellschaftlichen und kirchlichen Wandels, das heißt insbesondere der gesellschaftlichen und politischen Öffnung der katholischen Kirche. Noch im selben Jahr starb Papst Pius XII., ihm folgte Johannes XXIII. Im Januar 1959 kündigte der neue Papst das II. Vatikanische Konzil an, dessen Vorbereitungen Mitte 1960 begannen. Mit seiner Sozialenzyklika *Mater et magistra* (1961) führte Papst Johannes die per-

sonalistische Ethik ein;⁶¹ die neuscholastische Naturrechtsinterpretation wurde damit als Argumentationslinie der kirchlich-lehramtlichen Soziallehre suspendiert. In seinem Rundschreiben *Pacem in terris* (1963) inkorporierte der Papst die *Menschenrechte* in die katholische Soziallehre.⁶² Kaum ein Theologe und Sozialwissenschaftler erkannte so klar wie Nell-Breuning den eigentlichen Bruch der kirchlich-lehramtlichen Soziallehre in *Pacem in terris* mit der kirchlich-lehramtlichen Tradition. Denn anders als die *Allgemeine Erklärung über die Religionsfreiheit* des II. Vatikanischen Konzils 1965, das die Gewissensfreiheit nur für den Christen als Staatsbürger, nicht jedoch auch für die Individual- und Beziehungsethik des Katholiken anerkennt,⁶³ konzidiert *Pacem in terris*, dass die Religions-, Gewissens- und Grundfreiheiten selbstverständlich in der Version der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UNO-Vollversammlung vom 10. Dezember 1948 angenommen werden.⁶⁴ Um dies zu unterstreichen und die Grundannahmen des Papstes zu untermauern, verweist Oswald von Nell-Breuning darauf, dass sowohl das Menschenbild in *Mater et magistra* (1961) und noch deutlicher in *Pacem in terris* (1963) ganz selbstverständlich von der Gewissensfreiheit als anthropologischer Grundkonstante ausgeht, so dass es der offenbarungstheologischen Untermauerung der sozial- und rechtsphilosophischen Begründungen nicht unbedingt bedürfe.

Zu schließen sei dies daraus, dass die Adressaten der genannten Enzykliken „alle Menschen guten Willens“ seien. Dabei werde deutlich, dass das Menschenbild der Enzyklika „die natürliche Gottebenbildlichkeit“ unterstellt, so dass „die Erkenntnis der transzendenten Dimension nicht als unerlässliches Erfordernis für die Erkenntnis des natürlichen Sittengesetzes“ bezeich-

⁶¹ *Mater et magistra* Johannes' XXIII. (1961), in: Texte zur katholischen Soziallehre, S. 201 ff.

⁶² Vgl. O. v. Nell-Breuning: Soziallehre der Kirche. Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente, 3. Aufl. Wien 1983, S. 74 ff., 101 ff.

⁶³ Vgl. K. Rahner/H. Vorgrimler: Kleines Konzilskompendium, Freiburg i. Br. 1972, S. 656.

⁶⁴ Enzyklika *Pacem in terris* Johannes' XXIII. (1963), Nr. 142–145 in: Texte zur katholischen Soziallehre, S. 310 f.

net werden könne, diese Frage in *Pacem in terris* zumindest offen gelassen werde.⁶⁵

Neues Kirche-Welt-Verhältnis und Menschenrechte

Nell-Breuning ist sich sehr wohl bewusst, dass der Vorzug der anthropologischen Begründungen der Würde und Vernunftausstattung des Menschen und die dezente Zurücksetzung offenbarungstheologischer Herleitungen in *Pacem in terris* eine Zäsur innerhalb der Soziallehre der Kirche bedeutet.⁶⁶ So wünscht sich der Jesuit in seinem Kommentar zu *Pacem in terris* angesichts der vielfältigen Irrtümer, Verstrickungen und Fehleinschätzungen kirchlich-lehramtlicher Äußerungen in politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten kluge Zurückhaltung, wenn er bemerkt: „Man mag es bedauern, dass zu der Frage, wie weit es der Erkenntnis und der Anerkennung der transzendenten Dimension bedarf, um die Gesetze, die das Zusammenleben der Menschen in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit regeln, aus der ‚Natur des Menschen‘ ablesen zu können, keine verbindliche Aussage des kirchlichen Lehramts vorliegt; solange das kirchliche Lehramt nicht gesprochen hat, muss es jedem freistehen, nach seiner eigenen besten Einsicht sich eine Meinung darüber zu bilden oder die Frage offenzulassen, ohne deswegen verketzert zu werden.“

Christliche Soziallehre und SPD-Programmatik

Schon die Dokumentation der Münchener Akademietagung 1958 lässt erkennen, dass Nell-Breuning in seinem Referat ebenso wie in den Diskussionen mit den sozialdemokratischen Politikern und Programmtheoretikern sich von der enzyklikenorientierten kirchlichen Sozialdoktrin abhebt. Das konzidierten auch die sozialdemokratischen Diskussionspartner, wenn sie bemerkten, dass die katholische Soziallehre „kein ‚monolithischer Block‘, kein geschlossenes System sei, das der Katholik im

⁶⁵ O. v. Nell-Breuning: Soziallehre der Kirche, Wien 1983, S. 103 f.; vgl. Ders.: Gerechtigkeit und Freiheit, Wien 1980, S. 267.

⁶⁶ Vgl. auch F.-X. Kaufmann: Wissenssoziologische Überlegungen zu Renaissance und Niedergang des katholischen Naturrechtsdenkens im 19. Und 20. Jahrhundert, in: F. Böckle/E. W. Böckenförde (Hrsg.): Naturrecht in der Kritik, Mainz 1973, S. 133.

Glaubensgehorsam anzunehmen“ habe. Umgekehrt hatten die Sozialdemokraten Carlo Schmid und Adolf Arndt gegenüber ihren theologischen Gesprächspartnern signalisiert, dass sie von dem weltanschaulichen Hintergrund des Marxismus Abstand genommen hätten. Sie sähen Demokratie und Sozialismus nicht (mehr) als Selbstwert, sondern vielmehr in seiner Ausrichtung „auf ein humanes Ziel“, „um des Menschen willen“. ⁶⁷

Nell-Breuning hat im Rahmen der Vorbereitung des SPD-Reformprogramms von Bad Godesberg 1959 mit Willi Eichler, dem Vorsitzenden der Programmkommission, zahlreiche Gespräche geführt, die sich um die sozialetischen Grundsätze und Leitbilder von demokratischem Sozialismus und katholischer Soziallehre drehten. ⁶⁸ Zwar lag es Nell-Breuning fern, Anspruch auf Mitautorenschaft am Godesberger Programm zu erheben, doch sieht er in diesem so viel sozialphilosophische und sozialetische Substanz, dass er in seiner Bilanzierung der katholischen Soziallehre konzidiert, „im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ zu erkennen. ⁶⁹

Bestätigt konnte sich Nell-Breuning von der Soziallehre Johannes' XXIII. sehen. Dessen Rundschreiben *Mater et magistra* wirkte wie ein Fanal. Sie bestärkte die Sozialdemokratie in der Erkenntnis, dass sich die katholische Soziallehre von dem Anspruch löst, „so etwas wie eine Parteidoktrin (...) mit ausgebildetem Aktionsprogramm“ für die Unionsparteien zu sein. Entsprechend wurde die Enzyklika „von der SPD sehr positiv aufgenommen und offensiv genutzt zur öffentlichen Darlegung einer Annäherung von katholischer Kirche und Sozialdemokratie“. ⁷⁰

⁶⁷ Vgl. den Diskussionsbericht von K. Forster in: Ders. (Hrsg.): Christentum und demokratischer Sozialismus, München 1958, S. 263 ff.

⁶⁸ O. v. Nell-Breuning in Gesprächen mit dem Verfasser in Frankfurt-St. Georgen, 20.07.1976, und in München, Redaktion der Stimmen der Zeit, am 02.12.1977.

⁶⁹ Oswald von Nell-Breuning: Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre, Düsseldorf 1972, S. 95.

⁷⁰ B. Haunhorst: Katholizismus und Sozialdemokratie, in: W. Thierse (Hrsg.): Religion ist keine Privatsache, Düsseldorf 2000, S. 16–28.21; vgl. W. Eichler: Demokratischer Sozialismus und die En-

Resümee

Der Paradigmenwechsel in der kirchlichen Soziallehre in den 1960er Jahren, der die bis dahin neuscholastisch geprägten Argumentationslinien zurückdrängte, kam nicht zuletzt dem Wunsch der Sozialdemokraten nach einem neuen Verhältnis zum Christentum und zu den Kirchen entgegen. Umgekehrt mussten auch Bischöfe und Klerus wahrnehmen, dass es auch in der SPD (und der FDP) ⁷¹ praktizierende Christen gibt. Und auch diese verfochten humanistische Ziele. ⁷² Nell-Breuning hatte dies in München auf seine Art kundgetan, als er sagte: „Ich möchte wünschen, dass unsere katholischen Politiker in katholischer Soziallehre so beschlagen wären, wie Herr Dr. Arndt in evangelischer Theologie. Dann wären wir sehr weit.“ Papst Paul VI. und auch der deutsche Episkopat förderten die Bestrebungen einer Annäherung von Katholizismus und Sozialdemokratie. Die katholische Kirche änderte mit den Sozialenzykliken Johannes' XXIII. und den Lehren des II. Vatikanischen Konzils ihr Verhältnis zum säkularen Bereich und zur Eigenverantwortung der Laien in Staat, Gesellschaft und Kultur. Das bedeutete: Gleich großer Abstand zwischen Kirche und Parteien. ⁷³ Zweifellos profitierte die SPD am stärksten vom allgemeinen gesellschaftlichen Wandel sowie von den sozialetischen und pastoraltheologischen Neuorientierungen von Katholiken, die sich von traditionellen kirchlichen Vorgaben im Zuge des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) emanzipierten. Der Zuwachs an katholischen Wählerstimmen, vor allem von Jungwählern

zyklika „Mater et magistra“, in: Geist und Tat, Sonderdruck März 1963; kritisch hierzu H. Reichel SJ: Mater et magistra kein SPD-Alibi, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 9 (1962), S. 141 ff.

⁷¹ Vgl. das Pendant zur Münchener Tagung von 1958, K. Forster (Hrsg.): Christentum und Liberalismus, München 1960.

⁷² Paul Mikat: „C“-Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 14.05.2003 in Sankt Augustin (unveröffentlichtes Protokoll) konstatiert, dass die CDU das „C“ zunächst „relativ unproblematisch genommen“ habe. Erst 1953 habe sich die Union mit Professor Alfons Auer und Prälat Bernhard Hansler theologischen Rat geholt. Es seien vor allem Walter Dirks und die Frankfurter Hefte gewesen, die das „C“ in der Programmatik und im Parteinamen „zunehmend ‚kritisch‘“ gedeutet hätten (vgl. auch B. Uhl: Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland, Mainz 1975, S. 93 ff.).

⁷³ Vgl. K. Forster: Kirche und Politik. Zur Frage der Äquidistanz zwischen Kirche und Parteien, Köln 1974.

und Stadtbevölkerung, sicherte der SPD und FDP bei den Bundestagswahlen 1969 eine hauchdünne Mehrheit.⁷⁴ Die sozialliberale Koalition beendete nach zwanzig Jahren die Herrschaft der Unionsparteien.

Professorin Krzystyna Pawłowicz an Kardinal Kazimierz Nycz

eingel. u. übers. von Theo Mechtenberg

Seit einiger Zeit sprechen sich Polens Bischöfe vermehrt und immer deutlicher für eine Aufnahme von Flüchtlingen aus. Als bisheriger Höhepunkt ihrer Bemühungen kann der 14. Januar, der Welttag des Flüchtlings und Migranten, gelten. Für diesen Tag hatten sie die Priester aller Diözesen aufgefordert, zum Sonntagsgottesdienst das Messformular für Migranten und Vertriebene zu nutzen und ihre Predigt im Geiste der Botschaft von Papst Franziskus zu halten. Mit dieser Initiative sollte offenbar unter den Gläubigen ein Mentalitätswechsel bewirkt werden, stehen doch 80% von ihnen unter dem islamfeindlichen Einfluss der PiS-Regierung und lehnen wie diese die Aufnahme von Flüchtlingen rigoros ab. Ein solcher Mentalitätswechsel würde einer Abwendung eines Großteils der Wählerschaft von der von PiS verfolgten Politik gleichkommen und könnte ihre Wiederwahl in knapp zwei Jahren gefährden. Angesichts dieser Sachlage sah sich Krzystyna Pawłowicz, Professorin und PiS-Abgeordnete, unmittelbar nach dem 14. Januar genötigt, eine von ihr auf Facebook veröffentlichte, einer Verbalattacke gleichkommende Botschaft voller Verdrehungen zu übermitteln: „Ich bitte Sie, Herr Kardinal, gegen uns Polen keine hartnäckige moralische Gewalt anzuwenden, und dies unter Nutzung einer solchen Interpretation unseres Glaubens, dass wir entgegen dem klaren Gebot seiner Verteidigung, entgegen unserer instinkthaf-

ten Ablehnung und entgegen der berechtigten Angst um unser Leben und unsere Sicherheit Migranten und Flüchtlinge aus Afrika, Asien und dem Mittleren Osten in unser christliches Land lassen, ein Land, das sich gerade jetzt anschickt, sich gegen eine linke kulturelle Aggression zu verteidigen. Die Gleichsetzung Christi mit einem fremden islamischen Flüchtling ist dem Glauben wie uns gegenüber ein Missbrauch. Wie sollen wir sie integrieren, wenn das erste religiöse Ziel dieser Gäste in der Bekehrung zum Islam besteht, und dies häufig durch Angstmacherei und Terror? Christus gebietet uns den Glauben zu verteidigen. Christus lehrte nicht den Islam. Christus war weder ein Moslem noch ein Flüchtling oder Migrant in der gegenwärtigen bedrohlichen und abstoßenden Bedeutung sowie im heutigen historischen, allem Christlichen gegenüber feindlichen Kontext. Die Gleichsetzung Christi mit einem fremden islamischen Flüchtling, einem terroristischen Migranten einen gastlichen Platz zu verschaffen, ist – wie ich meine – uns und unserem Glauben gegenüber ein Missbrauch. Ich ersuche Sie, Herr Kardinal, nicht proislamisch zu agitieren und uns wegen der Nichtaufnahme von Christus gleichgesetzten Flüchtlingen nicht zu beschämen. Denken wir an das Gebot des Dekalogs – du sollst keine fremden Götter neben mir haben!

Im Übrigen sind die Polen die Nation, die trotz der Opfer verschiedener Kriege proportional zu ihren Möglichkeiten am meisten hilft. Wir haben in Polen bereits etliche Millionen Flüchtlinge aus benachbarten und fernen Ländern aufgenommen. Wir haben einen Minister, der gemäß dem Willen der Polen polnische Hilfe vor Ort und in Nachbarländern organisiert, ohne die Menschen unnötig nach Polen zu holen, ohne dass wir uns mit ihnen unter Zwang und Angst integrieren müssten.

Ich habe die Hoffnung, Herr Kardinal, dass Sie sich nicht wegen der im Namen und im Interesse – wie Untersuchungen belegen – der Mehrheit der Polen vorgetragenen Ansicht über mich erzürnen. Heute verteidigen wir Polen vor dem Ansturm gottloser Strömungen, und wir werden Polen vor der antichristlichen Aggression des Islam verteidigen, der sich jetzt in Europa breitmacht, was wir schließlich alle mit Entsetzen beobachten.

⁷⁴ Vgl. *Willi Brandt und die Katholiken* in: Th. M. Gauly: *Katholiken*, S. 225 ff.

In diesem Sinn, Herr Kardinal, bitte ich um Ihre Unterstützung und Ihren Segen.“

Quelle: <https://www.fronda.pl/prof.krzystyna-pawlowicz-do-kardinala>

Australien: Schlussbericht der Missbrauchs- Kommission

Nach fünf Jahren gründlicher Nachforschungen hat die sogenannte „Königliche Kommission“ Ende 2017 ihren Abschlussbericht über die Misshandlung von Kindern und Jugendlichen vorgelegt. Laut Bericht wurden in der Zeit zwischen 1950 und 2015 in Australien Zehntausende von jungen Menschen Opfer sexueller Gewalt. Mindestens 60.000 von ihnen könnten nach wie vor u.a. auch gegenüber Einrichtungen der katholischen Kirche Entschädigungsforderungen stellen. Durchschnittlich sollen sich im erfassten Zeitraum sieben Prozent der katholischen Priester an Minderjährigen vergangen haben. Im Krankenhausorden der „Brüder des hl. Johannes von Gott“, so der Bericht, liege die Täterquote unter den Mitgliedern bei 50 Prozent. In den Einrichtungen der Brüder hätten vor allem auch Behinderte zu den Opfern gehört.

Kongo: Hilfe für ehemalige Kinder- soldaten

Das Hilfswerk Caritas International hat nach eigenen Angaben seit 2004 in den von Bandenkriegen erschütterten östlichen Regionen der Demokratischen Republik Kongo fast 10.000 ehemalige Kindersoldaten wieder in die Gesellschaft inte-

grieren können. In fünf Caritas-Zentren erhielten die als Soldaten missbrauchten Kinder und Jugendlichen nach Ablieferung ihrer Waffen medizinisch-psychologische Hilfe, teilte das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg mit. Zu den REHA-Maßnahmen zählen Trauma-Therapien für die Minderjährigen, Alphabetisierungskurse, Berufsausbildung und vielerorts auch Versöhnungsgespräche mit den Familien und Dorfgemeinschaften der Betroffenen.

Im Ostkongo kämpfen seit nahezu drei Jahrzehnten rund 50 bewaffnete Gruppierungen um Land und Bodenschätze. Morde, Vertreibungen, Geiselnahmen und Vergewaltigungen seien an der Tagesordnung, so Caritas International.

Hongkong: Neue Kritik an der China- Politik des Papstes

In einem offenen Brief an die Katholischen Bischofskonferenzen in aller Welt haben sich zu Beginn dieses Jahres nahezu 1.200 katholische Wissenschaftler, Anwälte und Menschenrechtler aus Hongkong, Großbritannien und den USA der Forderung des emeritierten, ehemaligen Erzbischofs von Hongkong, Kardinal Joseph Zen, angeschlossen, die China-Politik neu zu überdenken und die derzeitigen Verhandlungen mit den kommunistischen Machthabern in Peking bis auf weiteres zu stornieren.

In ihrem Schreiben warnen die Unterzeichner vor irreparablen Schäden, welche durch eine vertragliche Einigung zwischen dem Vatikan und China sowie durch eine damit verbundene eventuelle Anerkennung von sieben sogenannten "patriotischen", d.h. regimehörigen Bischöfen durch den Papst entstehen könnten.

Zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik China bestehen seit 1957 keine diplomatischen Beziehungen mehr. Die jetzigen Gespräche zwischen dem Vatikan und Peking begannen vor knapp vier Jahren.

Österreich: Rüffel für Weihbischof Laun

In scharfer Form haben sich sowohl Kardinal Christoph Schönborn von Wien als auch der Salzburger Erzbischof Franz Lackner von Erklärungen des ehemaligen Weihbischofs von Salzburg, Andreas Laun, distanziert, welche dieser im Nachrichtendienst von kath.net zur Diskussion um die „Segnung von Schwulen-Ehen“ abgegeben hatte. Dort hatte Laun u.a. behauptet, dass eine derartige Segnung genauso skandalös wäre, wie die „Einweihung eines Bordells oder eines KZs“ oder wie die „Segnung von Waffen, welche nicht ausschließlich für die Jagd oder zur legitimen Selbstverteidigung dienen“. Zur Begründung der „Brüderlichen Zurechtweisung“ sagte Lackner: "Es ist und

bleibt unverständlich, wie man systematische Verbrechen gegen die Menschheit in irgendeiner Weise in Zusammenhang mit gleichgeschlechtlichen Lebensformen bringen kann".

Kuba: Priester fordern freie Wahlen

In einem Offenen Brief, welcher auch im vatikanischen Staatssekretariat für Papst Franziskus hinterlegt wurde, haben zu Beginn dieses Jahres die drei kubanischen Priester Castor Alvarez, José Rodrigues und Roque Morales von Staatspräsident Raul Castro „Freie Wahlen für Kuba“ gefordert. Die kubanische Revolution vor sechs Jahrzehnten sei notwendig gewesen, so erklären die Geistlichen. Unannehmbar sei jedoch die Tatsache, dass im Zuge der Institutionalisierung der Kommunistischen Partei als einzige zugelassene politische Kraft jeder politische Diskurs unterdrückt werde. Der totalitäre Regierungsstil laste auf allen Schichten der Gesellschaft. Die Kubaner trauten sich nicht mehr, ihre Stimme zu erheben. Eingeschuchterte Bürger seien nur noch selten bereit, offen zu sagen, was sie denken und fühlen.

Staatspräsident Raul Castro (86) hat angekündigt, dass er nach Ende seiner Amtszeit nicht mehr kandidieren werde. Die kubanische Nationalversammlung wählt am 19. April 2018 den Staatsrat, der wiederum Castros Nachfolger bestimmen wird. Die offiziell verbotene Opposition wird im kommunistischen Ein-Parteien-Staat voraussichtlich keinen Ein-

fluss auf die Wahlen nehmen können.

Peru: Erneut schwerer Skandal um Sodalitium-Sekte

Während seines Besuches in Peru Anfang dieses Jahres gab Papst Franziskus bekannt, dass die Laienorganisation „Sodalitium Christianae Vitae“ auf seine Anordnung hin unter kommissarische Leitung gestellt worden sei, und dass ein vatikanisches Gericht Luis Fernando Figari, den Gründer des Werkes, wegen schwerer, an Abhängigen verubter Sexualverbrechen sowie auch wegen des durch ihn innerhalb der Organisation praktizierten Psychoterrors verurteilt habe. Das „Sodalitium“ war 1971 in Peru als Gegenbewegung zur Theologie der Befreiung gegründet worden und gewann innerhalb und außerhalb der katholischen Kirche rasch an Einfluss. 1997 wurde die Laienorganisation unter Johannes Paul II. vom Vatikan als „Familie des gottgeweihten Lebens“ anerkannt.

Figaris Stellvertreter, German Doig, der 2001 plötzlich verstorben war, stand während seiner Zugehörigkeit zu „Sodalitium“ im Ruf eines „vorbildlichen Christen“. Darum wurde schon bald nach seinem Tod in Rom eine Selig- und Heiligsprechungsakte über ihn eröffnet. Kurz bevor er kirchenoffiziell zu den „Ehrender Altäre“ erhoben wurde, stellte sich heraus, dass er ein Doppelleben als Kindererschander geführt hatte.

Kardinal Woelki: Keine gemeinsame Abendmahlfeier

Zwischen Katholiken und Protestanten fehle die Basis für ein gemeinsames Abendmahl, „hier stimmen die Konfessionen in zentralen Fragen nicht überein.“ Diese Auffassung vertrat der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki in einem Gespräch mit dem „Kölner Express“. Nach katholischem Verständnis lade Christus nicht nur zu einem gemeinsamen Mahl ein. Vielmehr sei es für Katholiken eine unumstößliche Gewissheit, dass Christus in den verwandelten Gaben von Brot und Wein gegenwärtig sei. Es könne keine gemeinsame Abendmahlsfeier geben, solange es diese Unterschiede im Bekenntnis und Verständnis der Eucharistie gebe.

Besonders betroffen von dem Verbot sind die schätzungsweise 4,7 Millionen Frauen und Männer, die in sogenannten „Mischehen“ leben, sowie wenigsten genauso viele Kinder und Jugendliche, deren Eltern unterschiedlichen Konfessionen angehören.

Alarmierendes Bevölkerungswachstum in Afrika

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF geht davon aus, dass sich die Bevölkerung Afrikas bis zum Jahr 2050 auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln wird. Bereits 2030, so der Ende letzten Jahres vorgelegte UNICEF-Bericht „Generation Afrika 2030“, werde es in Afrika 750 Millionen

Kinder und Jugendliche geben, rund 170 Millionen mehr als derzeit.

"Wir sind in einer kritischen Phase für die Kinder Afrikas", sagte Leila Pakkala, Unicef-Regionaldirektorin für das östliche und südliche Afrika. Der Kontinent müsse dringend mehr in Bildung und Gesundheitsfürsorge investieren. Wichtig sei zudem die Förderung von Frauenrechten.

Bis zum Jahr 2030 müssten 4,2 Millionen neue Mitarbeiter im Gesundheitssektor sowie 5,8 Millionen neue Lehrer ausgebildet werden, um Mindeststandards einzuhalten. "Gelingt uns das, schaffen wir die Grundlage für eine demografische Dividende, die Hunderte Millionen aus extremer Armut holen und zu Wachstum, Stabilität und Frieden beitragen kann", so Pakkala.

Friedensstifter in der Sahelzone

Das Politmagazin "The Africa Report" zählt den zentralafrikanischen Kardinal Dieudonne Nzapalainga zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der sogenannten Sahelzone. In einer Liste der Afrikaner, die das Jahr 2018 maßgeblich beeinflussen werden, lobt die Zeitschrift den Erzbischof von Bangui als Friedensbringer in dem Bürgerkriegsland. "Nzapalainga erinnert die Regierung regelmäßig an ihre Pflicht, alle Zentralafrikaner zu schützen. Seit Ausbruch des Konflikts im Jahr 2013 nützt er sein Amt, um für Frieden einzutreten", so das Blatt.

Nzapalainga (50) wurde 2012 zum Erzbischof von Bangui ernannt. Seit 2016 ist er der jüngste Kardinal

der katholischen Kirche. In der Zentralafrikanischen Republik, die seit dem Sturz von Präsident Francois Bozize 2013 Schauplatz eines religiös motivierten Bürgerkriegs ist, setzt sich Nzapalainga gemeinsam mit muslimischen Glaubensführern für einen Dialog ein, der grenzüberschreitend auch Nachbarländer wie Nigeria, den Tschad und den Sudan mit einbezieht.

Bolivien: Präsident lässt umstrittenes Gesetz fallen

Aufatmen in Boliviens Kirchen: Präsident Evo Morales hat das angekündigte neue Strafgesetz, gegen das in den vergangenen Wochen die Bischöfe, Laienbewegungen und zahlreiche Gewerkschaften und Berufsgruppen im Land protestiert hatten, wieder fallen gelassen. Er habe den Kongress um ein Abrücken von dem Gesetzeswerk in der geplanten Form gebeten, um den „rechtsgerichteten Kreisen im Land nicht Anlass für eine politische Verschwörung“ gegen ihn zu geben, sagte er im Staatsfernsehen. An der Verfassungsänderung, die ihm eine vierte Amtszeit ermöglichen soll, hielt er allerdings fest. Morales ist seit genau 12 Jahren Präsident.

Sieben bis zwölf Jahre Gefängnis hätten laut dem geplanten Gesetz in Bolivien künftig dem gedroht, der selbst oder über beauftragte „Mittelsmänner“ Personen rekrutiert, transportiert, überstellt, ihrer Freiheit beraubt, beherbergt oder empfängt, damit diese an bewaffneten Konflikten oder an religiösen oder kultischen

Veranstaltungen teilnehmen", heißt es im Paragraph 88 der nun verhinderten Reform des Regelwerks. Mit Guerilla-Verbänden oder auch mit Menschenhändlern gleichgesetzt worden wären damit nicht nur Akteure von Proselytismus (Glaubensabwerbung), sondern auch religiöse Ordensgemeinschaften und deren Berufungspastoral, oder je nach Auslegung sogar alle traditionellen Pfarreien. Auch zahlreiche weitere Strafverschärfungen waren heftig umstritten und hätten laut Kritiker u.a. die Demonstrations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit beschnitten.

Hilfswerk Misereor feiert 60. Geburtstag

Das weltgrößte katholische Entwicklungshilfswerk ist Misereor. Es feiert 2018 seinen 60. Geburtstag und bittet aus diesem Anlass „statt Glückwunschkarten um kräftige Spenden“. Misereor wurde 1958 von den deutschen katholischen Bischöfen als Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt gegründet. Der Name bezieht sich auf das im Markus-Evangelium überlieferte Jesuswort "Misereor super turbam" ("Mich erbarmt des Volkes"). Zusammen mit Partnern in Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika will Misereor Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Seit seiner Gründung hat das Hilfswerk laut eigenen Angaben rund 107.000 Projekte mit mehr als 7,2 Milliarden Euro unterstützt.

Pakistan trauert um Asma Jahangir

Eine der bekanntesten pakistanischen Menschenrechtsaktivistinnen ist tot. In der im nordöstlichen Teil Pakistans gelegenen Millionentadt Lahore starb Asma Jahangir (66) nach einem Herzstillstand.

Jahangir, selbst Muslimin, wurde in ihrer Heimat immer wieder „anti-islamischer Umtriebe“ beschuldigt und galt insbesondere während der Militärdiktatur von General Muhammad Zia-ul-Haq als „Staatsfeind Nr. 1“.

Katholischerseits haben die Bischofskonferenz des Landes sowie Vertreter mehrerer caritativer Einrichtungen ihr „tiefempfundenes Beileid“ gegenüber der Familie der Verstorbenen ausgesprochen. Jahangir sei eine Freundin und sehr oft auch eine „Helferin in höchster Not“ gewesen. Erinnerung wurde in den Kondolenzschreiben an den Einsatz der Aktivistin gegen das von der Regierung besonders gegen Christen angewandte „Blasphemie-Gesetz“ und an die von der Anwältin landesweit angeführte Kampagne für das Recht pakistanischer Frauen, ihre Ehepartner frei wählen zu dürfen.

Kardinal Müller warnt vor Kirche als NGO

Bei einem Vortrag in der slowakischen Hauptstadt Bratislava bedauerte Kardinal Gerhard Müller die Trennung von Dogmatik und Morallehre. Er sprach von einer servilen „Umwandlung der Kirche in eine NGO“ mit dem Ziel der Verbesserung innerweltlicher Lebensbedingungen. Dabei handle es sich aller-

dings um eine „suizidale Modernisierung“, mit der man die Menschen um die Wahrheit Gottes betrüge. Das Christentum, so der Dogmatiker, müsse als theozentrischer Humanismus verstanden werden.

Müller äußerte sich anlässlich der Würdigung der vor 25 Jahren veröffentlichten Enzyklika „Veritatis splendor“ (VS) von Papst Johannes Paul II. durch die Slowakische Bischofskonferenz und die Comenius-Universität in Bratislava.

Bezüglich der Ehe- und Familien-Enzyklika „Amoris laetitia“ von Papst Franziskus sagte der frühere Präfekt der Glaubenskongregation, dass er über die unterschiedlichen Interpretationen durch einige Bischofskonferenzen keineswegs glücklich sei. In dogmatischen Fragen könne es keine Pluralität geben, weil es nur ein Lehramt gebe. Bischofskonferenzen könnten nur pastorale Fragen beantworten.

Bischöfe Südafrikas begrüßen Rücktritt Zumas

Die Katholische Bischofskonferenz Südafrikas brachte in einer Öffentlichen Erklärung ihre Zufriedenheit über den am 14. Februar 2018 erfolgten Amtsverzicht von Präsident Jacob Zuma zum Ausdruck. Während seiner Präsidentschaft habe der Vorsitzende der Regierungspartei, des African National Congress (ANC), so die Bischöfe, nicht nur dem Ansehen des ANC, sondern auch der jungen Republik durch seine Korruptionsgeschäfte immensen Schaden zugefügt.

Zuma war seit 2007 Vorsitzender des ANC und seit 2009 Präsident der Republik Südafrika. Der Ältestenrat des ANC, welcher Zuma ebenfalls wiederholt zum Rücktritt aufgefordert hatte, ließ mitteilen, dass der Ex-Präsidenten durch seine skandalöse Amtsführung das neue Südafrika verraten habe, von welchem Nelson Mandela solange geträumt und welches er schließlich 1994 in die Unabhängigkeit geführt hatte.

Schaden hätten insbesondere „die Ärmsten der Armen“ genommen.

Als neuer Präsident wurde der bisherige Vize, Cyril Ramaphosa, vereidigt. Er wird das Amt bis zu den allgemeinen Wahlen im nächsten Jahr inne haben.

Die Bischöfe appellierten in ihrem Statement an die politischen Führer Südafrikas, sich künftig wieder ausschließlich dem Wohl und dem Fortschritt Südafrikas und seiner Bürger zu widmen. Der Staat sei kein „Selbstbedienungsladen“.

Gnade für „Donum Vitae“?

In einem Brief an das Präsidium des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK) brachte Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Frauen und Männer, die in der Schwangerenkonfliktberatung von „Donum Vitae“ tätig sind, schon in naher Zukunft ohne arbeitsrechtliche Probleme auch in Einrichtungen kirchlicher Beratungsdienste übernommen werden können. Marx unterstrich, dass „Donum Vi-

tae“ während der vergangenen 19 Jahre Zigtausende von Menschenleben in seinen Beratungsstellen retten half, weil dort schwangere Frauen in langwierigen Gesprächen überzeugt worden seien, ihre Schwangerschaft zu einem glücklichen Ende zu bringen.

Sowohl Kardinal Rainer Maria Woelki aus Köln als auch Bischof Rudolf Voderholzer aus Regensburg lehnten ein Entgegenkommen ab.

Eine Sprecherin von „Donum vitae“ bedauerte, dass innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz vorerst noch kein Konsens für eine „Politik der ausgestreckten Hand“ gefunden werden konnte.

Studie über Gründe für Kirchenaustritt

Nach einer im Auftrag des Bistums Essen durchgeführ-

trittsgründen das Frauenbild der Kirche sowie ihre Haltung zu Homosexualität, zur Frage der wiederverheirateten Geschiedenen und zum Zölibat. Jeder zehnte Befragte nannte die Missbrauchsfälle oder die 2013 bekannt gewordene Finanzaffäre um das Bischofshaus in Limburg als Motiv. Für viele Kirchenmitglieder seien Erfahrungen bei besonderen Gottesdiensten wie Taufen, Trauungen oder Beerdigungen ein wichtiges Kriterium. Wenn etwa eine Erstkommunionfeier durch schwerwiegende Enttäuschungen getrübt werde, sei oft ein Austritt die Folge.

Iran: Hohe Auszeichnung für „Plattitüden“

Unter dem Titel „Ärgerliche

2/2017 das Buch von Klaus von Stosch „Herausforderung Islam. Christliche Annäherungen“ (Verlag Ferdinand Schöningh; Paderborn 2016) besprochen und war zu dem Schluss gekommen, dass das Buch – wissenschaftlich gesehen – wertlos ist. Die Begründung des Rezensenten: „Alles wird mit einem Wortschwall bedacht, mit Überzeichnungen, mit Bezügen zu legendarischen Sachverhalten, die affirmiert, aber bei Bedarf – wo es schwierig wird – mit historisch-kritischen Argumenten bestritten werden.“

Jetzt hat die Islamische Republik Iran das Werk zum „Buch des Jahres“ erklärt und dem Autor einen mit 8.200 Euro dotierten Preis verliehen.

ten Studie zählen zu den am häufigsten genannten Aus-Theo Mechtenberg

Die Andersartigkeit der „polnischen“ Kirche

Anfang Januar 2018 legte das Statistische Institut der katholischen Kirche Polens (ISKK) die neusten Daten für das Jahr 2016 vor. Grundlage war die Zählung der Gottesdienstteilnehmer und Kommunikanten am 16. Oktober in sämtlichen der über 10 000 Pfarreien. Aufgrund dieser Erhebung zeigt sich ein Rückgang der sonntäglichen Teilnahme am Gottesdienst um 3,1% und liegt gegenwärtig bei 36,7%. Sie ist – in absoluten Zahlen – erstmals unter 10 Millionen gesunken. Beim Kommunionempfang beträgt der Rückgang 1%; damit

Plattitüden“ hatte „impri-matur“ in der Ausgabe

geht weniger als die Hälfte (16%) von ihnen zur Kommunion. Allerdings gibt es bedeutsame Unterschieden zwischen den einzelnen Diözesen.

Positiv zu verzeichnen ist dagegen eine Zunahme an Taufen, kirchlichen Eheschließungen sowie der Zahl der Erstkommunionkinder. Die Verbundenheit mit dem Katholizismus ist über die letzten 5 Jahre stabil. Die Zahl an Priestern beträgt 25.000, die der Ordensschwestern 18.000. Erstmals wurde die Präsenz der Pfarreien im Internet erfragt. Sie liegt im Landesdurchschnitt bei 50%.

Besonders stark ist der Rückgang religiöser Praxis in Warschau. Nur jeder vierte Warschauer geht zur Kirche; in der Erzdiözese Warschau 26%, in Warschau-Praga 30,9%. Auch der Kommunionempfang liegt unter dem Landesdurchschnitt: Erzdiözese Warschau 13%, Warschau-Praga 14%. Bei diesen Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass viele in Warschau nicht heimi-

sche Katholiken die Wochenenden in ihren Heimatpfarreien verbringen.

An Priestern besteht offenbar in Warschau kein Mangel. Die beiden Diözesen verfügen insgesamt über 1.346 Geistliche. Auch das Priesterseminar überdurchschnittlich gut besetzt.

Damit dürfte trotz eines Rückgangs religiöser Praxis Polen das am meisten katholisch geprägte europäische Land sein. Über die innere Verfassung der polnischen Kirche sind diese Angaben allerdings nur von geringem Aussagewert.

Dazu sind Daten von Bedeutung, die vom European Social Survey, dem Center for Applied Science in The Apostolate sowie von polnischen Religionssoziologen erhoben wurden.

Anders als im Westen

Die Untersuchungen belegen eine große Verschiedenheit der Religiosität polnischer Katholiken zu Gläubigen in der westlichen Welt. Während 50% westlicher Katholiken nicht mehr am religiösen Leben teilnehmen, sind dies in Polen lediglich 5%. Allerdings pflegen nur 27% das tägliche Gebet. Ein weiteres Spezifikum der polnischen Kirche ist ihr öffentlicher Charakter praktizierter Religiosität als Bekenntnis zum Polentum. In diesem Sinne äußerte sich auch Jarosław Kaczyński, der Chef der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), der in der Teilnahme an religiösen Riten eine nationale Verpflichtung sieht, der auch ein Pole ohne sonstige Bindung an die Kirche nachzukommen habe. Diese enge Verbindung der „polnischen“ Kirche mit der Nation ist angesichts der Geschichte Polens nicht verwunderlich, hat sich doch in Zeiten der Unterdrückung und Verfolgung die Kirche als schützender Hort der Nation erwiesen – in der über ein Jahrhundert währenden Phase, als Polen unter den drei Monarchien Österreich, Preußen und Russland aufgeteilt war sowie im Zweiten Weltkrieg und unter kommunistischer Herrschaft. Der auch heute deutliche nationale Charakter des polnischen Katholizismus hat hier seine geschichtliche Wurzel.

Eine stark moralisch ausgerichtete Pastoral

Während in Westeuropa die Beichtstühle leer bleiben oder gar aus den Kirchen ver-

schwunden sind, gehen immerhin 68% der Polen mindestens einmal im Jahr zur Beichte. Auch herrscht die Überzeugung vor, ohne vorherige Beichte könne man nicht zur Kommunion gehen. Das erklärt, warum im Unterschied zum Westen weniger als die Hälfte der Gottesdienstbesucher die Kommunion empfangen. Grund dafür ist ein weiteres Spezifikum der „polnischen“ Kirche - ihre stark moralisch ausgerichteten Pastoral, die vor allem die Einhaltung religiöser Pflichten betont. So wird den Gläubigen nach wie vor das Verbot von Verhütungsmitteln eingeschärft, während dies in den westlichen Kirchen kaum ein Thema ist. Selbst die Verpflichtung, am Freitag kein Fleisch zu essen, wird von den polnischen Bischöfen aufrechterhalten. Dieser in Polen vorherrschende Legalismus ist den westlichen Kirchen fremd. Damit ist freilich nicht gesagt, Moral würde für westliche Katholiken keine Rolle spielen. Ihr Moralverhalten orientiert sich weniger an äußeren Kirchengeboten, sondern ist Ausdruck einer freien Gewissensentscheidung.

Auch Verständnis und Feier der Eucharistie sind von diesem Unterschied betroffen: In Polen herrscht immer noch der Opfergedanke vor, und Zutritt zum Tisch des Herrn gilt als besonderes Gnadenmittel persönlicher Frömmigkeit. Im westlichen Verständnis steht als sozialer Aspekt der Mahlcharakter der Eucharistie im Vordergrund, der die Gemeinschaft der Glaubenden in Christus eint und zu einer umfassenden Nächstenliebe verpflichtet.

Die Flüchtlingsfrage

Die westlichen Kirchen zeigen eine große Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen. Nicht nur die Bischöfe äußern sich in diesem Sinn. Es gibt auf allen kirchlichen Ebenen, bis hin zu den Pfarreien, ein beeindruckendes Engagement von Christen beider Konfessionen in der Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen. In Polen ist das anders. Zwar sprechen sich auch dort die Bischöfe für die Aufnahme von Flüchtlingen aus. Doch ihre Anregung, über einen „humanitären Korridor“ einige von ihnen ins Land zu holen, stößt nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei vielen Priestern und Gläubigen auf taube Ohren. Auch die deutlichen Worte von Papst Franziskus zeigen bei ihnen kaum

eine Wirkung. Zwar akzeptieren nach einer Befragung Krakauer Kleriker 70% von ihnen die Autorität des Papstes, doch mit seiner Bitte, jede Pfarrei möge eine Familie aufnehmen, erklären sich nur 30% einverstanden.

Ambivalente Einstellung zu Papst Franziskus

Das unterschiedliche Verständnis der Eucharistie hat auch Konsequenzen für die Einstellung zu Papst Franziskus und seiner Entscheidung, Wiederverheirateten grundsätzlich den Zugang zur vollen Teilnahme an der Eucharistie zu ermöglichen. Doch Polens Bischöfe zeigen keine Neigung, ihm auf diesem Weg zu folgen. Nach ihrer Einstellung zu Papst Franziskus befragt, gaben polnische Katholiken widersprüchliche Antworten. Einerseits wird seine Autorität respektiert, andererseits findet seine Stimme wenig Gehör. Das Apostolische Schreiben „Evangelii gaudium“ und die Umweltenzyklika „Laudato si“ stießen in nationalkatholischen Kreisen auf Widerspruch. In ihrer Presse gibt es häufig sehr kritische Beiträge, in denen dem Papst sogar vorgeworfen wird, „die Lehre Christi zu negieren“. Nach diesen Traditionalisten, die innerhalb der „polnischen“ Kirche keineswegs eine Minderheit bilden, ist „Polen die letzte Bastion des Katholizismus, während andere Länder wegen ihres Liberalismus und ihrer Säkularisierung von der Tradition der einen Kirche Christi abweichen; ja, von dieser Tradition weicht selbst der Papst ab, und über kurz oder lang wird man den wahren Katholizismus nur noch in polnischen, traditionellen Pfarreien suchen müssen.“

Quelle: Jarema Piekutowicz, Jeden, tradyczyni, zbiorowy, niepapieski (Eine, traditionelle, kollektive, nicht päpstliche), Tygodnik Powszechny v. 14.01.2018.

Theo Mechtenberg

Die folgenschwere polnische Justizreform

Gut zwei Jahre nach Übernahme der Regierungsverantwortung hat die Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) mit der Verwirklichung ihrer Justizreform eines ihrer Hauptziele fast erreicht. Was noch fehlt, ist eine neue Verfassung als Gründungsurkunde der von ihr angestrebten IV. Republik.

Begonnen hatte diese Entwicklung mit der Personalunion von Justizminister und Generalstaatsanwalt, die es Zbigniew Ziobro, dem derzeitigen Inhaber beider Ämter, erlaubt, das Gerichtswesen in seinem Sinne zu beeinflussen, eine Machtfülle, durch die bereits die für eine demokratische Gesellschaft fundamentale Gewaltenteilung nicht mehr gewährleistet ist. Dann folgte der Anschlag auf das Verfassungsgericht, das mit PiS loyalen Richtern besetzt wurde, wodurch es der ohnehin schwachen Opposition praktisch nicht mehr möglich ist, Gesetzesvorhaben der Regierung zu stoppen.

Als PiS ihre Kontrolle auch über das Oberste Gericht und den Landesjustizrat ausweiten wollte, gab es mit dem Veto von Präsident Andrej Duda ein retardierendes Moment. Es war der Zeitpunkt, als die landesweiten Proteste gegen die Justizreform ihren Höhepunkt erreicht hatten. Kritiker sahen allerdings im Veto des Präsidenten lediglich ein taktisches Manöver, das auf eine Beruhigung der Lage abzielte. Und sie sollten Recht behalten. Nach einigen rein kosmetischen Veränderungen unterzeichnete Präsident Duda die zuvor von ihm gestoppten Gesetze; und dies, gleichsam provokativ, ausgerechnet an dem Tag, an dem das Sanktionsverfahren der Europäischen Kommission gegen Polen eingeleitet wurde. Inzwischen waren auf allen Ebenen des Justizapparates eine Vielzahl an Richtern versetzt oder entlassen und durch PiS genehme Personen ersetzt worden.

Die Reaktion der europäischen Institutionen

Nach den 1993 vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs beschlossenen Kopenhagener Kriterien ist eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung die Grundvoraussetzung für die Aufnahme eines Staates in die Europäische Union. Was aber ist zu tun, wenn – wie im Falle Polens – die Regierung eines Mitgliedstaates

durch Aufhebung der Gewaltenteilung die Rechtsstaatlichkeit ernstlich verletzt?

Als erstes wird die für „Demokratie durch Recht“ zuständige Venedig-Kommission des Europarates aktiv. Ihr gehören angesehene Verfassungsrechtler aus 60 Ländern an, darunter auch aus Polen. Diese hat sehr aufmerksam die Entwicklung in Polen verfolgt und mehrfach die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien angemahnt, ohne bei der PiS-Regierung Gehör zu finden. Am 8. Dezember 2017 hat sie dann ihr Ergebnis in zwei Gutachten vorgelegt. Das erste befasst sich mit der Justizreform. Die Verfasser kommen zu dem Schluss, dass durch die in diesem Rahmen beschlossenen Gesetze die Unabhängigkeit der polnischen Justiz ernstlich gefährdet ist.

In ihrem zweiten Gutachten besteht die Venedig-Kommission darauf, dass die Ämter des Justizministers und des Generalstaatsanwalts wieder getrennt werden. Auf Grundlage beider Gutachten hat die Europäische Kommission am 20.12.2017 nach Artikel 7 des EU-Vertrages ein Verfahren gegen Polen eröffnet. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Europäischen Union, dass dies geschehen ist. Doch ehe Sanktionen beschlossen werden können, sind zwei Klippen zu überwinden. Zunächst muss der Europäische Rat mit Vierfünftel der Stimmen der Staats- und Regierungschefs das Ergebnis der Venedig-Kommission bestätigen und seinerseits feststellen, dass tatsächlich eine schwerwiegende Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit vorliegt. Doch diese Feststellung genügt allein nicht, um Sanktionen zu verhängen. Dazu ist ein erneuter, dieses Mal einstimmiger Beschluss des Rates erforderlich, mit dem dieser feststellt, dass nicht nur die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, sondern die Verletzung als solche zweifelsfrei gegeben ist. Erst dann kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, Polen etwa das Stimmrecht im Rat zu entziehen.

Wie zu sehen ist, sind auf dem Weg zu einer Sanktionierung eines Mitgliedstaates der EU erhebliche Hürden zu überwinden. Entsprechend gelassen sieht denn auch Polens Regierung diesem Prozess entgegen. Um das Verfahren bereits im Ansatz zu stoppen, müsste Polen fünf weitere EU-Mitgliedstaaten für eine Ablehnung gewinnen. Doch selbst wenn ihr dies trotz derzeitiger

Bemühungen hinter den Kulissen nicht gelingen sollte, besteht für Sanktionen keine Gefahr. Schon jetzt ist sicher, dass Ungarn angesichts der am Ende erforderlichen Einstimmigkeit gegen die Feststellung einer tatsächlich vorliegenden schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die polnische Justizreform stimmen wird, so dass kein Beschluss zur Sanktionierung Polens gefasst werden kann. Am Ende könnte sich der Artikel 7 als stumpfes Schwert erweisen und die Krisensituation in der EU weiter verschärfen.

Mögliche innenpolitische Auswirkungen der Justizreform

Der Evangelist Matthäus berichtet, dass Pilatus der Forderung des Hohen Rates, Jesus zu kreuzigen, eigentlich nicht nachkommen wollte. Als er versuchte, sich der Entscheidung zu entziehen und sie auf den Hohen Rat zu übertragen, kam es vor seinem Palast zu einem immer größer werdenden Tumult. Daraufhin ließ Pilatus „Wasser bringen, wusch sich vor allen Leuten die Hände und sagte: Ich bin unschuldig am Blute dieses Menschen.“ Dann befahl er, Jesus zu geißeln und zu kreuzigen (Mt 27, 24).

Die politische Macht fürchtet Tumulte. Daher das Bestreben der Machthaber, diese möglichst zu vermeiden, indem sie versuchen, anderen Entscheidungen aufzubürden, die zu gesellschaftlichen Unruhen führen könnten. Dieser Sachverhalt ist ein wichtiger Aspekt der polnischen Justizreform. Darauf verweist der an der Warschauer Universität lehrende Juraprofessor Marcin Matczak. Als Beispiel nennt er die Reprivatisierung des in der kommunistischen Zeit konfiszierten Eigentums. Hier kommt es zwischen dem grundsätzlichen Recht auf Reprivatisierung und den gegenwärtigen Nutzern des konfiszierten Eigentums zum Konflikt. „Eine eindeutige Entscheidung in diesem Streit durch die Politiker aufgrund des geltenden Rechts ist politisch riskant, weil diese immer für eine der Seiten schmerzlich ist. Besser ist es somit, sich die Hände zu waschen und die Initiative den Gerichten zu überlassen.“¹

¹ Marcin Matczak, PiS na drodze do ostatecznej skuteczności (PiS auf dem Wege zu einer letzten Effektivität), Tygodnik Powszechny v. 1./7. 01. 2018, S. 28.

Andererseits gibt die politische Macht die Entscheidungsgewalt ungern aus der Hand. Man möchte gleichsam den Kuchen verteilen und doch für sich behalten. Die Justizreform machte dies möglich, indem sie der PiS-Regierung die totale Kontrolle über das Gerichtswesen sichert. Als die Kaczyński-Partei bald nach Regierungsübernahme mit ihrer absoluten Parlamentsmehrheit versuchte, ein verschärftes Abtreibungsgesetz zu verabschieden und es im ganzen Land zu Massenprotesten kam, verzichtete man vorerst auf einen Beschluss und verwies das Gesetzesprojekt an das Verfassungsgericht, das PiS durch eine entsprechende Neubesetzung zuvor unter ihre Kontrolle gebracht hatte. So konnte man sicher sein, dass es in ihrem Sinne entscheiden würde.

Doch es geht der politischen Macht nicht nur darum, negative Emotionen zu neutralisieren; sie möchte auch in der Bevölkerung positive Emotionen wecken; etwa durch eine Gesetzgebung, die vornehmlich der eigenen Wählerschaft zugutekommt. Dem dient vor allem das Sozialprogramm von PiS. Umfragen belegen, dass ihr hoher Zustimmungswert vor allem auf die Zahlungen bei Geburt eines Kindes, die Absenkung des Renteneintrittsalters, kostenlose Medikamente für Rentner sowie auf den geplanten sozialen Wohnungsbau zurückzuführen ist. Dieses Sozialprogramm kann, auch wenn es durch die Absicht des Machterhalts bedingt ist, schwerlich kritisiert werden.

Anders verhält es sich mit den Konsequenzen, die sich aus der politischen Einflussnahme auf die Gerichte ergeben, die den potentiellen Wählern von PiS entweder nicht bekannt oder egal zu sein scheinen. Sie ist bereits dadurch gegeben, dass mit der Justizreform eine umfassende Neubesetzung der Gerichte mit eigenen Gefolgsleuten erfolgt ist. Die Loyalität der neuerannten Richter gegenüber der Regierung zeigt sich bereits in der Rechtsprechung, die in Ausnutzung des bei der Urteilsfindung stets gegebenen Spielraums in manchen Fällen dem entspricht, was politisch opportun ist. „Auf diese Weise sind Einstellungen leichter zu formen und über die Gerichte das aktuelle Wertesystem zu vermitteln, z. B. dass die öffentliche Verbrennung einer einen Juden darstellenden Puppe eine milde Strafe nach sich zieht,

dagegen eine harte für einen nicht genehmigen Protest gegen diese Verbrennung.“² Die politische Einflussnahme aufgrund der Justizreform nimmt zuweilen Formen der Zensur an. Dazu ein Beispiel: Unlängst erschien ein Buch, das sich mit den nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten, unter polnischer Verwaltung stehenden Lagern befasst und diese bereits auf dem Buchdeckel als „polnische Konzentrationslager“ ausweist. Dieser Terminus rief die Reduta Dobrego Iminenia (Reduta des guten Namens) auf den Plan, eine Stiftung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Würde der polnischen Nation angeblich verletzende Informationen aufzuspüren und ihre Richtigstellung vor Gericht zu erstreiten. Sie stellte wegen seiner Verwendung Strafantrag, zwar nicht gegen das Erscheinen des Buches, wohl aber gegen eine im polnischen Newsweek erschienene Rezension. Das Gericht entsprach diesem Antrag und verlangt von Newsweek eine Richtigstellung.

Ein äußerst bedenkliches Gerichtsurteil, machte sich doch das Gericht zum Schiedsrichter in einer Historiker betreffenden Frage und berücksichtigte nicht die Erkenntnisse der historischen Forschung, durch die sowohl belegt ist, dass die Einrichtung solcher Internierungslager durch die Lubliner Regierung noch vor Kriegsende beschlossen wurde und es zumindest ein Dokument des mit dieser Aufgabe betrauten Ministerium für Nationale Sicherheit gibt, das den Begriff „polnische Konzentrationslager“ verwendet. Zudem handelt es sich in der polnischen Rechtsprechung um das erste Urteil dieser Art, konnten doch bislang nur von einer angeblich beleidigenden Falschmeldung direkt Betroffene Klage erheben. Mit diesem Urteil ist – wie Reduta triumphierend feststellt – die Bahn frei für jeden patriotischen Polen, Klage einzureichen, sobald er etwas feststellt, was nach seiner Meinung geeignet ist, den guten Namen Polens öffentlich zu verunglimpfen.

Eine weitere durch den „guten Wandel“ der Justizreform gegebene und bereits praktizierte Möglichkeit besteht in der selektiven Anwendung des Rechts. Auch dazu ein Beispiel: Aufsehen erregte unlängst, zumal in der amerikanischen Presse, eine

² Ebd., S. 28.

Strafe in Höhe von 1,5 Millionen Zł, die von dem für Fernsehen und Radio zuständigen Landesrat KRRiT gegen den im amerikanischen Besitz befindlichen Sender TVN verhängt wurde. Er hatte über die zeitweise Besetzung des Sejm durch die Opposition berichtet, womit diese ihren Protest gegen die von PiS vorangetriebene, die Grundprinzipien der Demokratie verletzende Justizreform zum Ausdruck gebracht hatte. Für den KRRiT war dies ein Grund, gegen den Sender juristisch vorzugehen. Er berief sich dabei auf den Art. 18.1 und 3, der die Propagierung von Handlungen, die gegen das Gesetz verstoßen und die Sicherheit bedrohen, unter Strafe stellen. Ein Gummiparagraph, der sich vorzüglich dazu eignet, eine kritische Berichterstattung zu unterbinden. Nicht allein die strafrechtliche Anwendung des Artikels 18 als solche ist zu kritisieren, sondern vor allem das Faktum, dass hier das Recht selektiv angewandt wird. Denn anderenfalls müsste der Landesrat für Radio und Fernsehen angesichts der vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen betriebenen fremdenfeindlichen Propaganda, der Gleichsetzung von Flüchtlingen mit Terroristen oder wegen des gegen die Opposition erhobenen unberechtigten Vorwurfs eines geplanten Putsches längst gegen den Sender tätig geworden sein. Doch eben dies geschieht nicht. Die selektive Anwendung des Rechts könnte sich für PiS im Kampf um den Erhalt der Macht als schärfste Waffe erweisen. Eindrucksvolles Vorbild ist Russland, wo Oligarchen, die sich von Putin abgewandt hatten und die Opposition unterstützten, wegen Korruption und Veruntreuung von Geldern zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nicht die Frage, ob sie im Sinne der Anklage schuldig waren, sondern dass allein gegen sie, nicht aber gegen kremltreue Oligarchen vorgegangen wurde, denen man leicht in gleicher Weise den Prozess hätte machen können. Der Effekt einer solchen selektiven Anwendung des Rechts ist enorm. Sie ist ein warnendes Signal, durch das oppositionelle Kräfte im Sinne des Systems diszipliniert werden. Und zusätzlich kann man sich des Beifalls der eigenen Wählerschaft gewiss sein, die solch hartes Vorgehen „gegen die Feinde der Nation“ in der Regel begrüßen werden.

Die Möglichkeit für eine vergleichbare Situation besteht jedenfalls aufgrund der Justizreform auch in Polen: Der Justizminister kann in seiner Eigenschaft als Generalstaatsanwalt ohne Angabe von Gründen die Staatsanwaltschaft zu entsprechenden Untersuchungen beauftragen, und der Geheimdienst ist ohne Gerichtsurteil dazu berechtigt, jeden Bürger zu überwachen und eine dem System missliebige Person abzuhören, wobei das auf diese Weise gewonnene Material zu ihrer Diskreditierung staatstreuen Medien zugespielt und von diesen veröffentlicht werden kann. Ob es zu einer solchen Entwicklung kommen wird, bleibt abzuwarten.

Theo Mechtenberg

Unabhängigkeitstag und die polnischen Nationalisten

Am 11. November ruht in Polen die Arbeit. Es ist der Tag der Unabhängigkeit. Als Nationalfeiertag wurde er 1937 im Gedenken an die staatliche Neugeburt nach dem Ersten Weltkrieg, mit der eine über 100 Jahre währende Phase der Aufteilung Polens durch die österreichischen, preußischen bzw. deutschen und zaristischen Monarchien ein Ende fand, erstmals offiziell begangen.

Doch die zurück gewonnene Eigenstaatlichkeit war von kurzer Dauer. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs begann im Herbst 1939 wiederum eine opfervolle Zeit der Unterdrückung und Fremdherrschaft – im westlichen Landesteil durch Nazideutschland, im Osten durch die Sowjetunion. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Polen zwar von deutscher Zwangsherrschaft befreit, doch von einer Wiedergewinnung einer echten Unabhängigkeit konnte keine Rede sein. Der von den Sowjets besetzte Osten des Landes blieb verloren. Die

polnische Bevölkerung wurde „repatriert“ und in den Polen zugesprochenen deutschen Ostgebieten angesiedelt. Kommunisten übernahmen die Macht. Es entstand für vier Jahrzehnte ein der nationalen Tradition entfremdetes, von der Sowjetunion abhängiges Polen, in dem konsequenterweise der 11. November kein Nationalfeiertag war.

Die Wahl des „polnischen“ Papstes (1979) und die Gründung der Solidarność weckten erneut die Hoffnung auf wahre Unabhängigkeit, die mit den halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 ihre Erfüllung fand. Und der 11. November kehrte als Tag der Unabhängigkeit in den Kalender nationaler Gedenktage zurück.

Der 11. November – Tag der polnischen Nationalisten

Seit einer Generation leben die Polen nunmehr in einem freien, unabhängigen Staat. Man sollte meinen, sie würden ihren Unabhängigkeitstag in festlicher Freude begehen – mit Dankgottesdiensten, Tanz und Musik, fröhlichen Spielen und Luftballons für die Kinder ... Doch nichts dergleichen. Der 11. November gehört vor allem den Nationalisten. Tausende ziehen in dem von ihnen organisierten „Marsch der Unabhängigkeit“ durch Warschaus Straßen. Mit Fahnen, Plakaten und markigen Sprüchen. Vor zwei Jahren lautete ihr Motto „Polen den Polen“. Teilnehmer trugen T-Shirts mit dem Aufdruck „Tod den Feinden Polens“. Damals fragten sich ausländische Studenten, ob sie in Polen noch willkommen, ja ihres Lebens überhaupt sicher seien, zumal sich Meldungen über Anpöbelungen und tätliche Angriffe häuften. Und manchem ausländischen Studenten war durch seine Botschaft geraten worden, an diesem Tag das Haus besser nicht zu verlassen.

Der „Marsch der Unabhängigkeit“ ist eine Demonstration des polnischen Nationalismus und entlarvt ihn zugleich. So deckt der Semantiker und Kulturphilosoph Marcin Napiórkowski den falschen Patriotismus der Nationalisten auf: „Hass und Gewalt, selbst wenn sie sich unter Phrasen verbergen, finden sich mitten im Herzen eures Patriotismus. Er ist durch Hass vergiftet, denn ihr definiert Polen als etwas,

das andere sich nehmen, vernichten, zertreten wollen.“³

Bei der Einstellung der polnischen Nationalisten mag die geschichtliche Erfahrung mit der Unabhängigkeit, verloren, wiedergewonnen, erneut verloren und zurückgewonnen, eine Rolle spielen. Es ist ihrer Meinung nach eine Unabhängigkeit, die stets bedroht ist, und um die man immerzu kämpfen muss. Auf manchen T-Shirts war denn auch der Anker, das Symbol des Kampfes um Freiheit und Unabhängigkeit, zu sehen. Es ist ein P verbunden mit einem W als Zeichen für „Polska walcząca“ (kämpfendes Polen), das in den 1980er Jahren an den Mauern zu lesen war. Das hatte damals seinen Sinn. Doch heute? Ist Polen wirklich bedroht? Durch die Deutschen, die, wie man glaubt, mit Hilfe der EU über Polen eine Vorherrschaft anstreben? Durch Russland, das die Krim annektierte und in der Ostukraine Krieg führt? Durch die muslimischen Flüchtlinge, die Europa angeblich überschwemmen und denen man daher im eigene Land die Aufnahme rigoros verweigert?

So steht denn der Marsch am 11. November im Zeichen geschichtlicher Erfahrung und Analogie. Napiórkowski schreibt: „Selbst wenn ihr vom Heute sprecht, seht ihr es nur durch das Prisma geschichtlicher Analogie.“ Und mit dieser Analogie verbindet sich eine negative Weltsicht, wobei man sich selbst im Besitz der zu verteidigenden wahren Werte weiß. Napiórkowski zitiert den Hauptorganisator des Marsches 2017: „In einer Zeit des Niedergangs der Sitten, in einer Zeit der Diktatur der political correctness, in einer Zeit eines erbarmungslosen Kampfes gegen Gott, in einer Zeit einer ganz Europa erfassenden Utopie – wollen wir Polen uns auf die Werte berufen, die das Fundament unserer Identität, unserer Nation, den Kern Europas und den Halt in einer fortschreitenden Destruktion der lateinischen Christenheit bilden.“⁴ Und in Anspielung auf die Abwehr einer angeblich drohenden Islamisierung sowie in Erinnerung an das „Wunder an der Weichsel“ heißt es bei ihm weiter: „Heute wollen wir sein wie unsere Ahnen

³ Marcin Napiórkowski, Do przyjaciół patriotów (An die patriotischen Freunde) Tygodnik Powszechny v. 12. 11. 2017, S. 12.

⁴ Ebd., S. 13.

vor Wien, wie im Kampf gegen die bolschewistische Flut im Jahr 1920.“

Nationalistisches Gottesverständnis

2017 lautete das Motto des Marsches „Wir wollen Gott“. Auch hier verband sich die Losung mit der Angst vor Bedrohung. „Willst du Gott nicht, wirst du Allah haben“ – hieß es auf den Plakaten. In diesem Sinn beteten am 7. Oktober rund 150.000 Gläubige in einer Menschenkette an Polens Grenzen den Rosenkranz. „Das Gebet, selbst das Gebet um Frieden, das im Nächsten nur den potentiellen Feind wahrnimmt, ist durch und durch unchristlich. Ein gegen irgendwen gebeteter Rosenkranz – aus Angst, aus einem Gefühl der Bedrohung – wird zu einem Stacheldraht, mit dem wir Polen umgeben.“⁵

Piotr Sikora, zuständig für Glaubensfragen in der Redaktion des Tygodnik Powszechny, sieht in den von den Nationalisten auf ihrem Marsch „skandierten Rufen nach Gott das Verlangen, Gott möge seine nationale Schar persönlich anführen und seine Blitze auf alle Feinde schleudern, die den Lebensraum des ihm treuen Volkes bedrohen.“⁶

Die Losung „Wir wollen Gott“ erweist sich als eine Instrumentalisierung des Glaubens. Sie wird gleichsam zu einem politischen Schlachtruf im Kampf gegen imaginäre nationale Feinde. Das geht auch, wenngleich in abgeschwächter Form, aus der Aussage des Sejmabgeordneten Robert Winnicki, Mitorganisator des Marsches, hervor: „Ohne Bezug zum personalen Gott im öffentlichen Leben kann man keine wahre Ordnung errichten, noch unser Vaterland politische, ökonomische und kulturelle Souveränität sichern, um die es beim Marsch der Unabhängigkeit geht.“⁷

Unabhängigkeitstag und Inthronisation

Ob zufällig oder gewollt, das Motto des Marsches der Unabhängigkeit 2017 steht in einem Zusammenhang mit den wenig später geplanten kirchlichen Feiern aus Anlass des ersten Jahrestages des „Aktes der Annahme Jesu Christi als König und

Herr“.⁸ Die Inthronisation wurde gegen den anfänglichen Widerstand der Bischöfe auf Druck verschiedener kirchlicher Gruppen am 19. November 2016 vollzogen. Auch wenn in dem Akt Jesus Christus nicht, wie diese es wollten, ausdrücklich zum König Polens erklärt wurde, so wird er doch in diesem Sinn von ihnen verstanden. Und auch der Ruf der Nationalisten nach Gott ist in enger Verbindung zur der vollzogenen Inthronisation zu verstehen. Für Sikora ist dies der Anlass, das Königtum Christi theologisch näher zu bestimmen, wobei seine Aussagen keine Begründung des von den polnischen Bischöfen vollzogenen Aktes enthalten. Er beruft sich auf den emeritierten Neutestamentler Joachim Gnilka und seine Untersuchungen zum Reich Gottes. Bei diesem neutestamentlichen Begriff handele es nicht um einen durch Grenzen bestimmten Raum, sondern um das auf den konkreten Menschen zielende dynamische Wirken Gottes. „In der Lehre Jesu über das Königtum bzw. die Herrschaft Gottes geht es weder um die ‚Kennzeichnung‘ eines öffentlichen Raumes durch religiöse Symbole, noch um eine institutionelle soziale Ordnung und erst recht nicht um ein auf diese Weise ausgegliedertes Fragment einer kulturellen Wirklichkeit, ja überhaupt um kein Territorium.“⁹ Damit entzieht Sikora, auch wenn er dies nicht ausdrücklich formuliert, einer Inthronisation Jesu Christi als König Polens die Grundlage.

Das dynamische, unserem menschlichen Verlangen entsprechende Handeln Gottes sei auf das gerichtet, was für uns das Wesentlichste ist – auf die Liebe. Unter Verwendung einiger Zitate aus dem 1. Johannesbrief zeigt Sikora, dass Jesus als der inkarnierte Sohn Gottes „das wahre Wissen um das besitzt, was ‚im Herzen Gottes‘ ist. Er ist das Abbild seiner absoluten, erbarmungsvollen Liebe, der jeglicher Wille nach Bestrafung fern liegt.“¹⁰

Was dem Reich Gottes, seiner Königsherrschaft im Wege stehe, sei die Angst, die zwanghafte Suche nach äußerer Sicherheit der eigenen Identität. Die Angst trübe zudem den Blick für die Realität, sehe in ihr

⁵ Ebd.

⁶ Piotr Sikora, Bóg na tronie (Gott auf den Thron), Tygodnik Powszechny v. 26. 11. 2017, S. 12.

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. meinen Beitrag „Streit in der polnischen Kirche um eine Inthronisation Jesu Christi“, in: imprimatur 2/2016.

⁹ Piotr Sikora, a.a.O.

¹⁰ Ebd., S. 13.

nur Gefahren. Die Welt würde dadurch zu einer „Arena des Kampfes“. Mit der aus der Angst resultierenden Aggression wende man sich dann gegen all diejenigen, welche man für Feinde halte.

Mit einem deutlichen Bezug zur gegenwärtigen politischen Situation in Polen kommt Sikora zu folgendem Schluss: „Jeder Versuch, die Königsherrschaft Gottes einzuführen, bei dem wir uns irgendeiner anderen Kraft bedienen als der Liebe – eine Beugung des Rechts [...], ein aggressives Muskelspielen mit tätowiertem ‚katholisches Großpolen‘ – steht im Widerspruch zur Gottesherrschaft. [...] Heute die Gottesherrschaft in Polen einführen heißt, bereit zu sein, Flüchtlinge und Immigranten aufzunehmen – auch muslimische, und dies selbst dann, wenn damit eine Verschlechterung bisheriger Lebensbedingungen und Integrationsprobleme mit Menschen anderer Kulturen verbunden sind.“¹¹

Theo Mechtenberg

Die Flüchtlingsfrage – Kriterium wahren Christseins

Dass Polen sich weigert, die von der Europäischen Union beschlossene Quotenregelung zu akzeptieren, nach der das Land 7.000 Flüchtlinge aufnehmen soll, ist allgemein bekannt. Mehr noch: Die Regierung der Kaczyński-Partei, die sich mit dem Namen des biblischen Begriffspaares „Recht und Gerechtigkeit“ schmückt und deren führende Persönlichkeiten bei kirchlichen Feiern die ersten Plätze einnehmen, verkündet stolz, keinen einzigen Flüchtling aus dem arabischen Raum ins Land zu lassen, um auf diese Weise Polen vor einer drohenden Islamisierung zu bewahren. Zugleich brüstet man sich, „vor Ort“ zu helfen. 46 Millionen Zł habe man bislang

aufgebracht, eine Summe, die der Erstellung eines Kilometers Autobahn entspricht. Dabei hat Polen allein 2016 aus dem Strukturfonds der EU 240 Millionen Zł erhalten.

Immerhin gibt es in der Flüchtlingsfrage zwischen Kirche und Staat einen Dissens. Die Polnische Bischofskonferenz hat sich für einen „humanitären Korridor“ ausgesprochen, um auf diesem Wege eine bestimmte Zahl an Kriegsflüchtlingen aufzunehmen. Doch die Regierung lehnt selbst diesen Plan ab. Auch einzelne, wenngleich nur wenige Bischöfe sehen in der Aufnahme von Flüchtlingen eine christliche Pflicht, der man sich nicht entziehen dürfe. So ist von Erzbischof Wojciech Polak, dem Polnischen Primas, das Wort überliefert: „wir sind berufen, in den Flüchtlingen das Antlitz Christi zu erkennen.“ Und der Warschauer Kardinal Kazimierz Nycz sagte: „Den Flüchtlingen zu helfen, das ist deine große Probe und ein Test unseres Glaubens.“

Am deutlichsten äußerte sich der Dominikaner Ludwik Wiśniewski: „Es ist schon verwunderlich, dass die Herausforderung des Evangeliums, sich um Kranke, Hungernde und Obdachlose zu kümmern, viele am Rand der Kirche und außerhalb ihrer lebende Menschen verstehen, nicht aber viele Katholiken, Priester und Bischöfe. Im Namen der Sorge um das Wohl der Nation, um die Existenz der Kirche, um die Verteidigung unseres Glaubens vor einer Flut des Islam das polnische Haus vor den Flüchtlingen zu verschließen, das ist die Vernichtung der Wurzel des Katholizismus in Polen mit eigenen Händen.“

Besonders bedenklich ist die Einstellung zur Flüchtlingsfrage unter den Klerikern in den Priesterseminaren. Untersuchungen zeigen, dass sie mehrheitlich nicht die offizielle Auffassung der Bischofskonferenz teilen, sondern dem Einfluss der von der Kaczyński-Partei vertretenen Devise unterliegen. Dies ist das Ergebnis einer Befragung in den Seminaren von Krakau, Katowitz, Danzig und Peplin: „Nur 30% der Befragten stimmten der Bitte von Papst Franziskus zu, jede Pfarrei möge eine Familie aufnehmen. 72% meinten, dass Flüchtlinge eine Bedrohung der Sicherheit sind, und 50% sahen in ihnen eine Gefährdung der Gesundheit. 13% der Kleriker haben nichts gegen eine Beteiligung

¹¹ Ebd.

von Priestern an antiislamistischen Manifestationen, und 44% sind der Auffassung, man solle den Islam in Polen verbieten.“ Dieses erschreckende Ergebnis erklärt sich teilweise aus der Tatsache, dass nach dieser Befragung 83% der Seminaristen ihre Informationen aus rechtsnationalen Medien beziehen, die durch ihre Aggressivität und Unterstützung einer nationalistischen Politik bekannt sind.

Wenn man bedenkt, dass diese Kleriker in naher Zukunft in die Pfarreien entsandt werden, um dort ihren priesterlichen Dienst auszuüben, dann erhalten die Worte von Pater Wiśniewski eine zusätzliche Dramatik.

Quellen: Szymon Hołownia, Większość to nie „naród” (Die Mehrheit ist nicht die Nation) Tygodnik Powszechny v. 28. 05. 2017; Ludwik Wiśniewski, Polska, dom zamknięty (Polen, das verschlossene Haus), ebd., Alfred Marek Wierzbicki, Nacjonalistyczny smog nad Polską (Nationalistischer Smog über Polen) ebd. v. 03. 12. 2017.

Horst Hohmann

Thailand: Balsam für verletzte Seelen

Wenn Jo Maier seine Wohnung im berüchtigten „Schlachthof“-Viertel von Bangkok verlässt und mit dem Auto vorne am Container-Hafen in die Hauptstraße Richtung Zentrum einbiegt, begrüßt fast immer eine sonore Männerstimme mit einem freundlichen „Hallo, Pater!“

„Früher“, so der amerikanische Ordenspriester, „hat der fette Ronny nur hämisch gegrinst, wenn ich hier an seiner Kneipe vorbeifuhr. Jetzt ist der Barbesitzer und Zuhälter die Liebenswürdigkeit in Person“. Grund für den Stimmungswandel: ein in bestem Ganoven-Thai geführtes Gespräch unter vier Augen. „Damals, vor fünf Jahren“ erzählt Jo Maier, „hab ich dem widerlichen Typen geschworen, dass die Frauen des Viertels Gehacktes aus ihm machen,

falls er weiterhin minderjährige Mädchen und Jungens für seine schmutzigen Sex-Geschäfte anheuert!“

Er bete zwar jeden Tag um Weisheit und einen guten Schuss Humor, sagt der Priester schmunzelnd, doch manchmal scheine er damit beim lieben Gott auf taube Ohren zu stoßen: „Aber vielleicht ist’s ja dem Chef da oben ganz recht, wenn mir gelegentlich der Kragen platzt!“

Wer auf Kosten der Armen im „Schlachthof“ Profit machen will, hat bei dem Amerikaner grundsätzlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Vertreter der Bangkoker Drogenmafia mussten aus dem Slum wiederholt den Rückzug antreten. Kapital-kräftige Kaufleute, die gewagt hatten, den Händlern des Viertels Konkurrenz zu machen, wurden in die Flucht geschlagen. Und selbst gegen die häufige Polizeiwilkkür organisierte Jo Maier mit den Frauen der Siedlung lautstarke Protestmärsche.

Vorsicht sei jedoch bei solchen Einsätzen für Recht und Ordnung immer nötig, gesteht er, und man müsse sich vor allem hüten, bei den Mächtigen des Rotlicht-Milieus mit allzu häufigen Moral-Appellen den „Verhandlungs-Poker“ zu überreizen! „Ich habe oft versucht, bei stadtbekanntem Kiez-Größen zugunsten von Kinder-Prostituierten zu intervenieren, doch vergeblich“, stellt der Amerikaner bedauernd fest. „Die haben mir nur gesagt, halte dich da raus, Pater! Du bewegst dich hier auf einem sehr gefährlichen Pflaster!“ Auch befreundete Politiker hätten ihn zwischendurch immer wieder gewarnt, sich um Himmels willen nicht zu weit aus dem Fenster zu lehnen, weil leider auch viele „ehrenwerte Männer“ aus der Gesellschaft am Straßenstrich und an den zahlreichen Bordellen mitverdienten!

Weil Jo Maier vor seiner Haustür im „Schlachthof“ über viele Jahre hinweg erlebt hat, wie bisweilen ein kleiner, unbedachter Schritt genügt, um über die Klippe in den Abgrund zu rutschen, gründete er in den späten 1980-er Jahren – gleich um die Ecke – das „Mercy-Center“: eine Zufluchtstätte für Minderjährige, die den Fängen der Drogenhändler und Zuhälter entkommen wollten.

Straßenkinder, so der Amerikaner, wie zum Beispiel die Gruppe unten in dem kleinen Park an der Kreuzung beim Hauptbahnhof von Bangkok, seien am

meisten gefährdet. „Viele von denen sind mit fünf oder sechs schon zum ersten Mal vergewaltigt worden“, sagt er. „Und 60 Prozent der Kinder in diesem Alter haben durch den ständigen Ehekrach ihrer Eltern längst den Glauben an eine harmonische Lebensgemeinschaft verloren.“

Jo Maier trifft an diesem Vormittag fast alle Kinder und Jugendliche, die hier von den Streetworkern des Mercy-Centers regelmäßig betreut werden. King (16) liegt oben auf der Kanalmauer und schläft seinen Rausch aus. Letzte Nacht, bei einer Geburtstagsfeier, habe es jede Menge Schnaps „Marke 25“ gegeben, verrät der 12-jährige Sam, während er an den Resten seines „Slum-Coctails“ schnüffelt - einer Tüte mit gelblichem Kleber. Der Priester nimmt Sam und Vingchai zur Seite, um den 17-jährigen Anführer der Gruppe an seine Verantwortung für die Jüngeren sowie an einige andere „Spielregeln“ zu erinnern. Künftig will es der Priester absolut nicht mehr dulden, dass die Jugendlichen bei ihren Festen Geld auf den Kopf hauen, das für Krankentransporte und für den Kauf von Lebensmitteln bestimmt ist. „Der Weg zum Mercy-Center und von dort dann zurück ins normale Leben“, erläutert der Amerikaner, „ist langwierig und mühsam, und immer wieder mit herben Enttäuschungen gepflastert.“

„Manche Beobachter“, sagt Maier, „mögen es als vergebene Liebesmühe betrachten, wenn wir den unter Brücken und in Abwasserkanälen einquartierten jungen Leuten regelmäßig Zeitschriften und Bücher mitbringen! Irgendwann wecken wir damit aber die Lust auf einen geregelten Unterricht und auf eine Lehrstelle in einer der Einrichtungen, die dem Mercy-Center angeschlossen sind.“

Im Mercy-Center, betont der zum Orden der Redemptoristen gehörende Missionar, sei niemand einfach nur eine Nummer oder ein Lumpen, an dem man sich seine schmutzigen Schuhe abstreift. Im Mercy-Center erlebten vielmehr die meisten Kinder und Jugendliche zum ersten Mal wieder seit vielen Jahren eine „richtige Familie“: mit einem Dach überm Kopf. Mit einem richtigen Bett. Mit funktionierenden Duschen und Toiletten. Mit häuslichen Aufgaben beim Waschen, Kochen und Putzen, mit „Vätern“ und „Müttern“ und mit zwei Köchinnen, denen man jederzeit sein

Herz ausschütten kann und die einen zwischen durch immer mal wieder fest in die Arme nehmen und drücken!

„Ersatzvater bin natürlich auch ich“, erklärt der Amerikaner stolz und streichelt während unseres Gespräches der dreieinhalb-jährigen Som über den Kopf, die er auf seinen Schoß genommen hat. „Eigentlich ein Waisenkind“, sagt er. „Denn die drogensüchtige Mutter befindet sich dauernd im Gefängnis und vom Vater fehlt jede Spur!“

Jo Maier bittet mit einer kleinen Handbewegung um Verzeihung für die kurze Unterbrechung unseres Gespräches und ruft Sui zu sich, die stumm und in sich gekehrt drüben an der Wand zum Treppenhaus stand, während die anderen Kinder lärmend im Innenhof des Centers spielten. Dreizehn sei Sui, erklärt der Priester, sei zusammen mit ihrer 7-jährigen Schwester Regina in einem burmesischen Flüchtlings-Treck oben in Mae Sot über die Grenze nach Thailand gekommen und sehr bald in die Hände der Sex-Mafia gefallen. „Ist es nicht entsetzlich, was diese zerbrechlichen Geschöpfe schon in zartem Alter wegstecken müssen?“ fragt er und nimmt das 13-jährige Mädchen bei der Hand. „Als die Zuhälter unten im Bahnhofsviertel begannen, auch ihre kleine Schwester mit in- und ausländischen Kunden ins Bett zu schicken, ergriffen die beiden panikartig die Flucht und standen dann eines Tages hier im Mercy-Center vor der Tür.“ Suis und Reginas Therapie, sagt der Amerikaner, werde nach diesen ganzen traumatischen Erlebnissen der letzten Monate gleich nächste Woche mit der zum Reha-Team gehörenden Psychologin beginnen.

Urs Noti

Chile: Warum feuert der Papst diesen Nuntius nicht?

Zu Nuntius Ivo Scapalo und den Gründen für seine überfällige Abberufung aus Chile komme ich gleich.

Bevor ich näher auf die „krummen Touren“ des Italieners eingehe, möchte ich meinem Kommentar zwei seit geraumer Zeit unbeantwortete Fragen vorausschicken. Während wir Journalisten uns nach fünf Jahren Bergoglio-Pontifikat einfach nur noch wundern, wie wenig das Lebenszeugnis des Argentiniers auf seine engsten Mitarbeiter abgefärbt hat, stand für mich zuletzt immer öfter die Frage im Raum: Wer von seinen Beratern (einschließlich natürlich des Deutschen Reinhard Marx und des Chilenen Francisco Errázuri) aus dem illustren G-9-Kardinalgremium kann von sich genauso wie der Papst behaupten, dass er regelmäßig mit Missbrauchsoffern und deren Familienangehörigen zusammentrifft? Ich sage: Keiner!

Meine zweite Frage, nicht weniger delikat, betrifft die Strategien der kirchlichen Missbrauchsbekämpfung und lautet: müsste Papst Franziskus zwischendurch nicht auch noch andere, klare Zeichen setzen? Wie zum Beispiel die Absetzung und Zwangslaisierung von Bischöfen (vgl. dazu auch den Artikel über „Bischöflichen Amtsmissbrauch“ in diesem Heft), die sich im Zusammenhang mit den an Minderjährigen begangenen Sexualverbrechen schuldig gemacht haben, oder halt die Abberufung eines päpstlichen Diplomaten, der sich statt auf die Seite der Opfer skrupellos auf die Seite der Täter und deren Gesinnungsfreunden geschlagen hat?

Am derzeitigen päpstlichen Nuntius in Chile, dem Italiener Ivo Scapalo, könnte der Argentinier mit gutem Recht ein Exempel statuieren oder, wie man in unmissverständlichem Deutsch zu sagen pflegt: Er könnte ihn ohne Abmahnung feuern. Das und nichts anderes hat Scapalo verdient.

Warum? Ivo Scapalo, der im Juli 2011 von Papst Benedikt XVI. zum Nuntius von Chile ernannt worden war, ließ vom Start weg in seinem neuen Amt keinen Zweifel daran, dass er unter gar keinen Umständen bereit sein würde, sich in Südamerika „fremdbestimmen zu lassen“ (wie es sich laut einer Rede Ratzingers vom Frühsommer 2010 in der Päpstlichen Diplomaten-schule für „Repräsentanten seiner Heiligkeit“ angeblich gehört!). Briefe wichtiger

chilenischer Gremien und Gruppierungen die an „Sr. Exzellenz“ adressiert waren und Scapalo eine Vorstellung über die Anliegen und Befindlichkeiten des katholischen Kirchenglaubenden zwischen Iquique und Punta Arenas hätten geben können, blieben fast immer unbeantwortet. Das Gleiche geschah mit allen Protestschreiben, welche nach der Bekanntgabe der Ernennung von Juan Barros zum neuen Bischof von Osorno ab 2014 an die Nuntiatuur abgeschickt worden waren. Weder die Vertreter katholischer Laienverbände aus der südchilenischen Stadt noch drei ehemalige Seminaristen, die in Anwesenheit von Barros vom Priesterausbilder Fernando Karadima sexuell missbraucht worden waren, wurden einer Antwort für würdig befunden. Außerdem weigerte sich Scapalo, die aufgebrauchten Bittsteller persönlich zu empfangen.

In diesen Tagen nun schlug der Italiener „dem Fass vollends den Boden aus“.

Noch hatte der von Papst Franziskus für eine Sonderuntersuchung des „Falles Barros“ nach Chile entsandte Erzbischof von Malta, Charles J. Scicluna, seine Arbeit nicht begonnen, als der Nuntius an alle, die von Scicluna als Zeugen vernommen werden sollten (darunter vor allem die Opfer des Sexualverbrechers Karadima), einen Brief schrieb und verlangte, dass ihm noch vor dem Treffen mit dem päpstlichen Sonderermittler eine „Zusammenfassung der jeweiligen Anklagepunkte“ zuzuschicken sei. Die so Angeschriebenen lehnten die Forderung Scapalos unisono ab und erklärten darüber hinaus, dass sie auf keinen Fall zu einer eventuellen Befragung in den Räumlichkeiten der Nuntiatuur bereit seien. Dem hinterhältigen Karrierediplomat Ivo Scapalo, so betonten sie, könne man nicht über den Weg trauen. Er sei in Chile längst zu einer „persona non grata“ geworden und sei darum gut beraten, so schnell wie möglich seine Koffer zu packen.

Damit ist entweder kurz vor oder kurz nach der Veröffentlichung des Scicluna-Berichts zu rechnen.

Wenn wir dann endlich schwarz auf weiß erfahren, dass Papst Franziskus sowohl von seinem „Repräsentanten“ in Chile als auch von Bischof Juan Barros und den beiden chilenischen Kardinälen Francisco Errázuri und Ricardo Ezzati (amtierender

Erzbischof von Santiago de Chile) all die Jahre hinters Licht geführt wurde, dürfte das Szenarium für eine neue „Götterdämmerung“ perfekt sein, bei welcher – ähnlich wie 2002 beim Rauswurf des Bostoner Kardinals Bernard Law – keiner der Zuschauer eine Träne vergießen wird.

Miguel Fritz

Paraguay: Holzkohle aus dem Chaco für deutsche Grillfeste

Wenn ich während meiner gelegentlichen Deutschlandbesuche im Zug, bei Wanderungen oder beim Einkaufen mit Leuten ins Gespräch komme und ihnen erzähle, dass ich Oblatenmissionar bin, dass ich nun schon seit über 30 Jahren im paraguayischen Chaco arbeite und dass der Chaco nach der Amazonasregion die zweitgrößte Waldzone Südamerikas ist, in welche die Bundesrepublik Deutschland flächenmäßig zweimal reinpasst, entfährt so manchem Zuhörer ein ungläubiges: „Mann, o Mann, das is ja en Ding!“

Nicht wenige Zuhörer beglückwünschen mich dann, weil ich mich dort ja, wie sie meinen, zu den ganz Glücklichen dieser Erde rechnen dürfe, denen ein Leben „weit weg von allem Lärm und aller Hektik unserer Tage und besonders weit weg von allen Begierlichkeiten dieser unglückseligen Welt“ vergönnt sei.

Bevor jemand völlig unvorbereitet auf den Gedanken kommt, mit mir zu tauschen und im Chaco meinen Platz einzunehmen, möchte ich gleich zu Beginn dieses Kurzberichtes aus dem fernen Paraguay einige „Dinge“ richtigstellen.

Im paraguayischen Teil des Chaco, in dem ich tätig bin, macht man nichts „so eben mal auf einen Sprung“. Unser Bistum, das Vikariat Pilcomayo (benannt nach dem gleichnamigen Fluss) ist größer als alle sieben bayerischen Bistümer zusammen. Meine Pfarrei „25 Leguas“ ist der südlichsten von sechs Seelsorgebezirken im Vikariat

und beginnt bei KM 220 der Trans-Chaco und endet bei KM 425. Die Trans-Chaco, auch als Route 9 bekannt, ist die einzige geteerte Straße der Region und führt – zur Zeit voller übler Schlaglöcher - über 835 KM von der Hauptstadt Assunción nach Nordwesten bis zur bolivianischen Grenze. Natürlich werde ich hier nur nebenbei erwähnen, wie ich mit meinem Geländefahrzeug erst dieser Tage mal wieder bei der Fahrt durch einen überschwemmten Außenbezirk unserer Pfarrei hoffnungslos stecken blieb und dann mehrere Kilometer durch Schlamm waten musste, um Hilfe herbeizuholen. Das gehört in der Regenzeit zu unserem Berufsalltag.

Weil wir den Forderungen der kirchlichen Soziallehre in unserer Seelsorge große Bedeutung beimessen und auch hier im dünnbesiedelten Chaco Menschen einander das Leben schwer machen, war es für mich und meinen Oblatenmitbruder Cristóbal selbstverständlich, im Juli 2017 die „Kanzel“ unserer Kirche kurzfristig zum KM 410 der Trans-Chaco zu verlegen, weil dort für knapp zwei Wochen ein besonderer „Verkündigungsauftrag“ auf uns wartete.

Nachdem die Mennoniten-Genossenschaft „Chortitzer“ (eine von ca. 100 Genossenschaften der Freikirchler, welche knapp über 2 Millionen ha Weideland ihr eigen nennen und ganz Paraguay mit Milch versorgen!) auf einer ihrer sogenannten „Lieferstraßen“ zwei Mautstellen eingerichtet hatte und von den Anliegern horrendes Mautgebühren verlangt, weil sie es verständlicherweise satt waren, für die Instandhaltungskosten der Straße alleine aufzukommen, blockierten Kleinbauern und Angehörige betroffener indigener Volksgruppen kurzerhand die Trans-Chaco an besagter Stelle.

Unter einer unbarmherzigen Sonne bei Tag und bei einer empfindlichen Kälte in den Nachtstunden war „Dialog“ angesagt. Erst als die zuständige Straßenverwaltungsbehörde durchblicken ließ, dass „Vater Staat“ durchaus eine Kostenbeteiligung in Erwägung ziehen könnte, wurden die Mautbarrieren abgebaut.

Ein kleiner Sieg, zu dem wir „misioneros“ beitragen konnten. Doch es gibt zeitgleich andere Fronten, an denen wir anwaltschaftlich präsent sein müssen. Dort beispielsweise, wo es bei den rund 300, in

mehreren kleinen Ansiedlungen lebenden Familien ums tägliche Brot geht. Ums tägliche Brot im wahrsten Sinne des Wortes. Fahrende Händler verkaufen zur Zeit noch immer ihr Brot für sündhaft teures Geld. Wir träumen deshalb vom Bau einer Genossenschaftsbäckerei und werden nicht locker lassen, bis die Leute von „25 Leguas“ und Umgebung aus der eigenen Backstube versorgt werden können. Obwohl wir Vertreter der katholischen Kirche an einer Reihe von anderen Fronten nur noch am „kürzeren Ende des Hebels“ sitzen, betrachten wir es dennoch als unsere heilige Pflicht, unsere Stimme gegen die ganzen „schmutzigen Kriege“ zu erheben, die im Chaco geführt werden. Schuldig sind wir das u.a. den rund 520 Schülern, die gegenwärtig allein in den Normalschulen und Internaten unserer Pfarrei sowie den 60 Schülern, die in unserer Landwirtschaftsschule eingeschrieben sind. Wir wollen für sie keinen Chaco der „ausgeplünderten Erde“ zurücklassen, wo Mensch und Tier in einer der artenreichsten Regionen der Welt schon sehr bald keine Zukunft mehr haben würden. Rund 250.000 ha Chaco-Trockenwald werden derzeit jedes Jahr von den Mennoniten-Farmern und von brasilianischen Siedlern abgeholzt, um neue „Nutzflächen“ für den Anbau genmanipulierter Soja sowie für eine ständig expandierende Milchwirtschaft zu gewinnen. Agro-Business im großen Stil, verbunden mit dem unbarmherzigen Ausstreuen immer größerer Mengen von Pestiziden, welche via Grundwasser und Luft vor allem die Gesundheit der Ärmsten der Armen zerstören, weil sie kein Geld für den Kauf von Medikamenten haben und sich keine teuren Krankenhäuser leisten können, um ihren eigenen Krebs und das Asthma ihrer Kinder behandeln zu lassen. In Ostparaguay ist das bereits ein Riesenproblem, welches nun auch uns droht. Aus dem fernen Chaco, der zu meiner zweiten Heimat geworden ist, richte ich heute einfach nur die dringende Bitte an meine Freunde in Deutschland: Erkundigt euch gelegentlich danach, wo der Mais herkommt, den man in eure Biogasanlagen schüttet? Woher die Soja kommt, mit der ihr euer Vieh mästet? Und woher die Holzkohle kommt, die ihr bei Aldi und Lidl kauft, um beim nächsten Grillfest immer

tüchtig nachlegen zu können und ob es nicht Chaco-Holzkohle ist, mit der sich unser paraguayische Verkehrsminister nebenher eine „goldene Nase“ verdient!? Denn, nicht vergessen: Hier in Paraguay gibt es inzwischen weit über hunderttausend Menschen, die dafür einen ganz, ganz hohen Preis zahlen müssen. Aus Liebe zu Deutschland tun sie das nicht!

Robert M. Kerr

Koranisches Göttermanagement: Wer sitzt im Vorstand?

Inzwischen darf man als bekannt voraussetzen, dass der Koran von seinem Ursprung her nicht so sehr ein „Buch“ ist, vielmehr eine Sammlung loser Texte, die dann zunächst in einer Art Anthologie gesammelt wurden, um dann erst nachträglich als ein Buch mit zusammenhängendem Inhalt verstanden zu werden: wohl erst in der Zeit, in der es kanonische Geltung erlangte, also als Verschriftung einer göttlichen Offenbarung aufgefasst wurde. Dieser Prozess ist nicht beispiellos – so ging es auch mit der Bibel, die einzelnen Bücher des christlichen Alten Testaments kursierten teilweise ursprünglich selbstständig, so noch im ersten Jahrhundert n.Chr. zu Qumran (zerstört um 68 n.Chr. im Zuge des ersten jüdischen Aufstandes), wo die berühmten Textfunde nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht wurden. Dort findet man zwar u.a. verschiedene biblische Bücher in verschiedenen Sprachen und Fassungen, aber noch keine „Bibel“ als kanonisches Gesamtwerk mit einem festgelegten Text. Genau betrachtet, ist auch hier der Wunsch Vater des Gedankens – der Wunsch, eine schriftlich fixierte kanonische Offenbarung zu besitzen, ist zuerst da, erst danach wird ein Text, öfters ziemlich arbiträr, herangezogen, um diesem Vorsatz zu entsprechen. So sind die meisten Bibelübersetzungen des Alten Bundes heutzutage angefertigt auf

der Basis des sog. „Codex Leningradensis“, heute befindlich in der Russischen Nationalbibliothek zu Sankt Petersburg (MS Heb B 19^A; kopiert wurde es 1008 n.Chr.), nur weil sie, ganz im Sinne des frühneuzeitlichen Credos der *hebraica veritas*, die älteste bekannte vollständige Handschrift der hebräischen Bibel darstellt. Die Textüberlieferung des Neuen Testaments ist noch verwickelter. Von dem heute als autoritativ geltenden Text des Koran, der sog. Kairoer Ausgabe von 1924, wird behauptet, er stimme mit dem Koran des dritten Kalifen, ‘Uthmān ibn ‘Affān, überein, ohne dass hierfür ein Beweis erbracht wurde. Die Kanonisierung eines bestimmten Textinhaltes hat sonach immer etwas Beliebigen an sich. Dass der Koran Offenbarungen Gottes via Engel Gabriel an Mohammad beinhalten soll, geht nicht aus dem koranischen Text selber hervor, erst die späteren Überlieferungen um das Buch, besonders die Kommentarliteratur, vornehmlich was die sog. „Anlässe der Offenbarungen“ (*Asbāb annuzūl*) angehen, wodurch erstmalig eine Art Meistererzählung entstand, tun dies. Wer die im Koran kanonisierte Texte verschiedener Herkunft „sola scriptura“ liest, ist eigentlich auf sich selber angewiesen, das Werk selbst bietet keinen Kontext. Konkrete historische Gegebenheiten bzw. geographische Hinweise oder irgendwelche konkreten Angaben gibt es nicht. Die meisten Anspielungen beziehen sich auf biblische Figuren bzw. sind eher vage Andeutungen, wie schon des Öfteren ausgeführt. Es ist eigentlich unmöglich, die verschiedenen Texte des Koran in Zeit und Raum zu verorten.

Nichtsdestotrotz sind einige Themenstellungen in den jeweiligen Teilen dessen, was wir heute als Koran verstehen, feststellbar. Eine hiervon ist der Glaube an *einen* Gott (*tauḥīd*), also der Glaube, dass es nur den einen unteilbaren Gott gibt, wie es etwa in 14,52 heißt: „*Dies ist eine Botschaft an die Menschen, damit sie dadurch gewarnt werden und damit sie wissen, dass Er nur ein einziger (wāḥidun) Gott ist, und damit diejenigen (es) bedenken, die Verstand besitzen.*“ Wer dies nicht tut, ist Gott gegenüber im Aufstand bzw. macht sich ihm gegenüber einer Übertretung schuldig, indem er falsche Götter anbetet, d.h. (mit verschiedenen Ableitungen dieser Wurzel) *tāgūt*, wie etwa in der bekann-

ten Passage 2,256: „*Es gibt keinen Zwang im Glauben. (Der Weg der) Besonnenheit ist nunmehr klar unterschieden von (dem der) Verirrung. Wer also falsche Götter (bil-tāghūti) verleugnet, jedoch an Gott glaubt, der hält sich an der festen Handhabe, bei der es kein Zerreißen gibt. Und Gott ist allhörend und allwissend.*“

Ein anderer Terminus technicus für den falschen Glauben ist *širk* „teilhaben, einen Partner haben“, womit im gängigen Verständnis Polytheisten bzw. Anhänger von Abgötterei (*mušrikūn*) angedeutet werden. In der späteren, sekundären islamischen Überlieferung, also nirgendwo im Koran selber, wird viel über den vorislamischen Götzendienst geschrieben, so z.B. in verschiedenen Hadithen, dass Mohammed bei der Rückeroberung von Mekka, angeblich 630 n.Chr., die Idole, die in bzw. um die Kaaba standen, zerschlug, so z.B. Ṣaḥīḥ al-Buḥārī Kapitel 41 Nr. 2478:

„*‘Abdullah Ibn Mas‘ud, Allahs Wohlgefallen auf ihm, berichtete: ‚Der Prophet, Gottes Segen und Heil auf ihm, zog in Mekka ein, als um die Kaaba herum 360 Götzenfiguren standen. Er fing dann an, diese mit einem Ast in seiner Hand anzustoßen und rezitierte (den Koran 17,81): «Gekommen ist die Wahrheit und dahingeschwunden ist die Falschheit.»*“ (et passim; diese Episode wird in verschiedenen Hadithen verschiedentlich überliefert).

Da der Koran nicht auf der Arabischen Halbinsel entstanden ist, erfahren wir von den Göttern, die zu Mekka bei der Kaaba verehrt wurden, im Koran aber nur wenig, und mit der Zahl dreihundertsechzig wird in der Tradition wohl die Jahresdauer angedeutet. Eigentlich hören wir über vorislamische arabische Gottheiten nur in den berühmten „satanischen Versen“, 53,19-20: „*Was meint ihr wohl zu al-Lāt und al-‘Uzzā, und auch zu Manāt, dieser anderen, der dritten?*“

Diese Göttinnen, deren Namen übersetzt „die Göttin“, „die Kraft“ und „Nemesis“ bedeuten, und deren Kulte sind in der semitischen Welt des ganzen alten Vorderen Orients sehr verbreitet, und sie selber hatten verschiedene lokalen Erscheinungsformen. Im Koran, wo sie nur in dieser Stelle Erwähnung finden, erfahren wir nichts weiteres. In der späteren Traditionsliteratur aber, besonders in dem Werk *Kitāb al-Aṣnām* (deutsche Übersetzung: R.

Klinke-Rosenberger, Das Götzenbuch. Kitāb al-Aṣnām des Ibn al-Kalbī, Leipzig, 1941) des schon zu seinen Lebzeiten für genealogische Fälschungen bezichtigten islamischen Gewährsmanns für Angelegenheiten des vorislamischen Zeitalters der Araber (der sog. *Ġāhiliya* „Zeit der Unwissenheit“) ibn al-Kalbī (737-821 n.Chr.), finden sich ausführliche „Informationen“. Die Auswertung der in diesem Werke gemachten Angaben ist eine schwierige Angelegenheit, die wir in einem folgenden Beitrag aufgreifen wollen. Überhaupt aber hat der vorgestellte Polytheismus in der späteren islamischen Überlieferung einen polemischen und eher stereotypischen Charakter, wie beispielsweise die durchaus vergleichbaren anachronistischen Schilderungen über die religiösen ‚Abscheulichkeiten‘ u.a. der Amoriter und Kanaanäer im Alten Testament – in beiden Fällen haben wir es mit literarischen Topoi und nicht mit ethnographischen Beschreibungen zu tun. Seit der Erstausgabe von dem „Götzenbuch“ al-Kalbīs im Jahr 1914 scheinen wir eine Beschreibung des *širk*, der Vielgötterei der alten Araber zu haben. Die Frage hier ist ob dies so stimmt? Die Semantik der Ableitungen der arabischen Wurzel *šrk* bei genauerer Lektüre aber scheint jedoch etwas anders anzudeuten, vgl. 17,63-64: *„Er sagte: ‚Geh (deines Weges)! Wer von ihnen dir folgt, gewiss, so ist die Hölle euer Lohn, ein reichlicher Lohn. // Und errege, wen von ihnen du (erregen) kannst, mit deiner Stimme, und biete gegen sie deine Reiterei und dein Fußvolk auf, und habe Anteil (wa-sārikhum) an ihrem Besitz und ihren Kindern, und mache ihnen Versprechungen.‘ - Aber der Satan macht ihnen nur Versprechungen in Trug.“*

Der Eindruck entsteht, dass hier ein Teilhaber an einem (zusammengestellten) Ganzen gemeint wurde. Theologisch übertragen scheint im Koran dann nicht die ganze Götterwelt des arabischen Heidentums, die einst von als selbstständig gedachten göttlichen Individuen bevölkert war, vorzukommen. Dieser Eindruck erhärtet sich in Passagen wie z.B. in 5,72-73: *„Fürwahr, ungläubig sind diejenigen, die sagen: ‚Gewiss, Gott ist der Messias, der Sohn der Maria‘, wo doch der Messias (selbst) gesagt hat: ‚O Kinder Israels, dient Allah, meinem Herrn und eurem Herrn!‘*

Wer Gott (etwas) beigesellt (yušrik), dem verbietet fürwahr Gott das Paradies, und dessen Zufluchtsort wird das (Höllen)feuer sein. Die Ungerechten werden keine Helfer haben. // Fürwahr, ungläubig sind diejenigen, die sagen: ‚Gewiss, Gott ist einer von dreien (inna llāha talītu talātatin).‘ Es gibt aber keinen Gott außer dem Einen Einzigen. Wenn sie mit dem, was sie sagen, nicht aufhören, so wird denjenigen von ihnen, die ungläubig sind, ganz gewiss schmerzhaft Strafe widerfahren.“

Was hier scheinbar gemeint wird, sind nicht Polytheisten im herkömmlichen Sinn, dagegen diejenigen, die die Dreieinheit Gottes, also Vater, Sohn und Heiliger Geist, bekennen. Dass der Koran ein strikter Monotheismus ist und eine Ablehnung der Trinität behauptet, wohl u.a. gegen den vermeintlichen monophysitischen Dreigötterglauben („Tritheismus“) sowie auch gegen die Formulierung der Trinität der Synode von Konstantinopel im Jahr 381 ist ja bekannt.¹² Gemeint scheint hier eindeutig die Vorstellung, dass andere göttliche Teilhaber an Gottes Divinität partizipieren könnten, nämlich Jesus und der Heilige Geist, vgl. etwa 4,171-172:

„O Leute der Schrift, übertreibt nicht in eurer Religion und sagt gegen Gott nur die Wahrheit aus! Der Messias, Jesus, der Sohn der Maria, ist nur Allahs Gesandter und Sein Wort (rasūlu llāhi wa-kalimatu-hū), das er Maria entbot, und Geist von Ihm. Darum glaubt an Gott und Seine Gesandten und sagt nicht ‚Drei‘. Hört auf (damit), das ist besser für euch! Gott ist nur ein Einziger Gott. Preis sei Ihm (, und Erhaben ist Er darüber), daß Er ein Kind haben sollte! Ihm gehört (alles), was in den Himmeln und was auf der Erde ist, und Gott genügt als Sachwalter. // Der Messias wird es nicht verschmähen, ein Diener Gottes (‘abdan li-llāhi = ‚Abdalla‘) zu sein, auch nicht die (Gott) nahegestellten Engel. Wer es aber verschmäht, Ihm zu

¹² Wir werden Fragen um die christliche Trinität hier nicht weiter besprechen, da dies einerseits die Kompetenz des Schreibers übersteigt, und die große Koryphäe dieser Materie, Prof. K.-H. Ohlig in vorhergehenden Nummern dieser Zeitschrift diese Fragen verdienstlich erörtert hat (s. imprimatur Bde. 29, 1996, 285-291; 340-346; 30, 1997, 8-13; 55-59; 108-111; 147-152; 199-204; 315-323; 31, 1998, 18-27; 74-80; 126-13; 174-180; 219-226 – auch ders., Haben wir drei Götter? Vom Vater Jesu zum „Mysterium“ der Dreifaltigkeit, Kevelaer, 2014).

dienen, und sich hochmütig verhält -, so wird Er sie alle zu Sich versammeln.“

Interessant ist, dass dieser Vers sich auch im wohl vom Kalifen ‘Abd al-Malik ibn Marwān (regierte 685–705) erbauten Felsendom befindet. Die vielen Zitate an diesem Bauwerk, die sich auch im Koran wiederfinden, stellen nicht so sehr ein Glaubensbekenntnis des Islam dar, sondern wollen eine gegen die byzantinische (Reichs)Orthodoxie gerichtete Christologie formulieren. So selbst in den Worten von Angelika Neuwirth (dies., Der Koran als Text der Spätantike. Ein europäischer Zugang, Insel Verlag Berlin, 2010, S. 249ff.): „Religionspolitisches Ziel der Inschriften ist es, den vor Ort als Gottessohn verehrten Jesus auf seine koranische Dimension eines bloßen Gottesdieners zurückzustufen und ihm den Propheten des Islam auf gleicher Höhe, als einen im Himmel und auf Erden hochgeehrten Propheten – als den ihn der in der Inschrift mehrmals zitierte Vers Q 33:56 darstellt –, zur Seite zu stellen.“ Wiederholt findet man in diesem Bauwerk die Aussage *bi-smi llāhi r-rahmāni r-rahīmi lā ilāha illā llāhu waḥda-hu lā šarīka la-hu* „Im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes. Es gibt keinen Gott außer Gott allein. Er hat keinen Teilhaber.“ Hier in Jerusalem, in der zentralen Hauptstadt des Monotheismus, standen nicht (anachronistische) Einbildungen einer (einstigen) Göttervielfalt zur Diskussion, sondern die dann auch als einzigartig vorgestellte Gottheit. Wenn man die 167 relevanten Belege dieser Wurzel im Koran nachgeht, sieht man eindeutig, dass hier die Einzigkeit der Gottheit gemeint ist, und nicht die Frage, ob es andere Götter gegeben hat. *In der Zeit der Spätantike war der klassische Polytheismus wie der entsprechende Opferkultus schon größtenteils erloschen.* Die Frage, ob der Koran etwas über diese Zeit weiß, werden wir in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift behandeln anhand von 71,23, wo die Götter, die zu Nochs Zeiten angebetet wurden, Erwähnung finden: *„Und sie haben gesagt: ‚Verlasst doch nicht eure Götter; verlasst doch nicht Wadd, noch Suwa, noch Yagut, Ya‘uq und Nasr.‘“*

Jetzt schon können wir aber feststellen, dass es im koranischen Himmel nur ein Gott gibt, er wird als Alleinherrscher des Kosmos gedacht, nicht als Vorstandsvor-

sitzender eines Triumvirats (wobei Autokraten bekanntlich aus Dreierherrschaften entstehen ...). Durch den Versuch, die koranische Polemik gegen ‚Teilhaber‘ zu untersuchen, hoffen wir hier wenigstens ansatzweise den theologischen Kontext zu finden, in dem verschiedene Teile dessen, was später zum Koran werden sollte, entstand.

Markus Groß

„Hat nichts mit dem Islam zu tun?“ – Der IS im Spiegel der Medien

Zur Einleitung

Kaum eine politische Organisation der letzten Jahrzehnte hat in der Weltpresse so einhellige Abscheu hervorgerufen wie der (sogenannte) „Islamische Staat“ (IS¹⁵), über den auch eine Reihe von Monographien verfasst wurden, von denen drei im Folgenden näher beleuchtet werden sollen. Drei davon behandeln speziell den IS, wobei die erste es zu größerer medialer Aufmerksamkeit, auch in der englischsprachigen Welt, geschafft hat:

1. *Jürgen Todenhöfer*: „Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“, Bertelsmann, 22. Auflage, 2015 München; dazu gibt es auch einen Dokumentarfilm.
2. *Bruno Schirra*, ISIS – Der Globale Dschihad. Wie der „Islamische Staat“ den Terror nach Europa trägt, Econ,

¹⁵ Es wird hier im Folgenden die Abkürzung IS („Islamischer Staat“) verwendet und nicht die Bezeichnung „sogenannter Islamischer Staat“. In arabischen Medien verwendet man meist das Akronym von Dawlah Islāmiyyah al-‘Irāq wa-l-Šām: „dā‘iš“ (daher französisch „Daech“), im Englischen dessen „Übersetzung“ ISIS für Islamic State (of) Iraq and Shām; die deutsche Abkürzung IS ist davon die „Übersetzung“ des ersten Teils. Die Verwendung der distanzierenden Bezeichnung Tanzīm al-Dawlah al-Islāmiyah („Organisation Islamischer Staat“) entspricht im Deutschen dem „sogenannten Islamischen Staat“.

Berlin 2015; Redaktionsschluss: 10. Dezember 2014.

3. *Olivier Hanne u. Thomas Flichy de la Neuville*, *Der Islamische Staat – Anatomie des Neuen Kalifats*, Berlin 2015.

Ziel des vorliegenden Beitrages kann es nicht sein, erschöpfende Rezensionen dieser Publikationen und des Themenkomplexes „Radikaler Islam“ zu bieten, nach dem mittlerweile eingetretenen Verlust des Staatsgebietes des IS sollte es jedoch keiner weiteren Rechtfertigung bedürfen, um eine kleine Zwischenbilanz zu ziehen, wobei die uns in Deutschland interessierende Grundfrage im Fokus stehen sollte, was von der – oft angeführten und ebenso oft widersprochenen – These zu halten ist, der IS habe nichts mit dem Islam zu tun.

1. Zu Jürgen Todenhöfers Buch „*Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“*“

Man kann Jürgen Todenhöfer einiges vorwerfen, Feigheit gehört sicherlich nicht dazu. Er hat weder Angst anzuecken, noch in einem Krisengebiet von einer verirrtten Kugel getroffen zu werden. Sein Vorhaben, zusammen mit seinem Sohn das damalige Staatsgebiet des IS zu besuchen, war sicherlich äußerst gefährlich und verlangte großen Mut. Dass er zur Umsetzung auf die Hilfe von Sympathisanten bzw. Mitgliedern des IS in Deutschland angewiesen war, deren Vertrauen er durch lange digitale Unterhaltungen per Skype erst einmal gewinnen musste, ist dabei nicht überraschend. Diese kommen in seinem Buch ausgiebig zu Wort – zu recht wie ich finde, entlarven sie doch mit ihren Aussagen das Menschenverachtende ihrer Ideologie besser als jeder Journalist dies mit einem distanziert-nüchternen Text gekonnt hätte. Hier eine kleine Auswahl, vor allem mit seinem Hauptinformanten, den er selbst nur Abu Qatadah (abgekürzt: A) nennt, dessen Klarnamen allerdings schon sehr früh bekannt wurde: Christian Emde. Er hatte in der „Medienabteilung des IS offenbar eine offizielle Funktion, die er jedoch nicht näher definiert. Er war früher protestantischer Christ, und in Todenhöfers Worten ein „Urdeutscher“:

S. 98: Frage an AQ: „(F[rage]): Warum haben Sie 1700 Schiiten hingerichtet? Weil sie Schiiten sind? (Antw.) Nee, warten Sie,

die Sache ist die. Die anderen hätten wir normalerweise auch alle hingerichtet. Das islamische Urteil über diese Leute war klar. Sie haben für die Regierung gekämpft, gegen den Islam. Das bedeutet Abtrünnigkeit.“

Hier müsste der Autor eigentlich einhaken und kurz erklären, was damit gemeint ist. Denn Abfall vom Glauben (*irtidād*) ist in allen islamischen Ländern, nicht nur im IS, ein todeswürdiges Verbrechen. Ob die Schiiten nun wirklich Abtrünnige oder eine Gruppe von Muslimen sind, ist unter sunnitischen Rechtsgelehrten bestenfalls umstritten, aber eine Erfindung des IS ist diese Haltung zu den Schiiten nicht. Aber auch den Christen geht es an den Kragen: S. 135: „(F) Was ist mit Christen, die die Jizya nicht bezahlen wollen? – (A) Dasselbe. (F) Die würden auch getötet? (A) Ja. (F) Und dasselbe würde auch für Muslime gelten, die nicht zu ihrer Interpretation des sunnitischen Glaubens übertreten? (A) Die islamische Rechtslage ist da anders. Die Schiiten werden als Abtrünnige vom Islam betrachtet. Aufgrund ihrer Beigesellung, ihrer Grabesanbetung und was es sonst noch alles Komisches bei denen gibt.“

Auch hier wieder von Todenhöfer keine Erklärung der Fachbegriffe, was den Eindruck entstehen lässt, dass alles hier Vorbrachte eine fehlerhafte Interpretation des Islam sei. Daher soll dies hier nachgeholt werden: Die Jizya ist die Kopfsteuer der „Schriftbesitzer“, d.h. der Christen und Juden in praktisch allen islamischen Staaten des Mittelalters bis weit in die Neuzeit und nichts Neues. „Beigesellung“ (arab. *shirk*), die Ansicht, dass es außer Allah noch andere Götter gibt, ist im Islam das schlimmstmögliche Verbrechen, wobei einige auch die Ansicht vertreten, die Verehrung Jesu als Gottes Sohn bzw. die des vierten Kalifen Ali bei den Schiiten sei Beigesellung.

Todenhöfers Kontaktmann Abu Qatadah, der an mehreren Stellen angebliche Ungerechtigkeit gegen Muslime im Westen anprangert, scheint an Institutionen wie der Sklaverei aber nichts Ungerechtes zu finden:

S. 144: „Alle Gesetze, die der Islam vorschreibt, werden angewendet. Und in gewissen Fällen erlaubt der Islam Sklaverei von Nichtmuslimen. Bei den Jesiden bei-

spielsweise wurde dieses Recht angewandt. (F) Die wurden zu Sklaven gemacht? (A) Ja (F) Auch Christen? (A) Bei Christen ist es so, dass sie die Möglichkeit haben, Jizya zu bezahlen und den Islam anzunehmen, oder sie werden halt getötet. Ihre Frauen werden dann versklavt.“

Was er nicht erwähnt: Die islamischen Rechtsgelehrten haben den IS verurteilt, weil er Muslime tötete. Gegen die Versklavung von Nicht-Muslimen gab es noch nicht einmal leise Kritik. Sie wäre islamisch auch kaum zu begründen gewesen, bedenkt man zum Beispiel die in der Prophetenbiographie ausführlich beschriebene Ausrottung des jüdischen Stammes der Banū Quraiza und Versklavung der Frauen und Kinder durch Muhammad selbst.

Vielleicht erinnern sich einige ältere Leser noch an den Aufschrei unter Muslimen angesichts der Massenvergewaltigung von bosnischen Frauen im Jugoslawienkrieg in den 90er Jahren. Dazu folgende Passage: S. 145: „(F) Und was geschieht, wenn es irgendwo zu einer Vergewaltigung kommt? Wird der Vergewaltiger bestraft? (A) Was verstehen Sie unter Vergewaltigung? (F) Eine Frau zwingen, Verkehr zu haben. (A) (Lacht) Das ist immer relativ. Was bedeutet zwingen? Was bedeutet zwingen, wenn einem diese Person als Sklavin gehört?“ Zum Sklavenmarkt erfahren wir weiter auf S. 187: „In Wirklichkeit gebe es keinen Sklavenmarkt, so wie wir ihn uns vorstellen. Sklaven seien Kriegsbeute und gingen daher entweder an die Kämpfer oder würden verkauft. Eine Jesidin koste momentan 1500 US-Dollar. So viel wie eine Kalaschnikow.“

Wie die IS-Kämpfer ihre eigene Religion definieren, findet man in einigen „Statements der Kämpfer zu Schlüsselbegriffen“: S. 179: „Über Unglauben: Alle Ungläubigen sind auf dem Weg zur Hölle. Unsere Pflicht ist es, euch aufzuwecken.“ – „Über Freiheit: Der Westen weiß nicht, was Freiheit wirklich bedeutet. ... Für uns bedeutet Freiheit, frei von weltlichem Verlangen zu sein.“ – Über IS-Strafen: Die Bestrafungen des IS sind gleichzeitig eine Gnade, denn sie verhindern weitere Strafen in der Hölle. – Über die Türkei: Sie wird als Nächstes zerfallen“. Und als letztes Kuriosum: „Über die eigene Uhrzeit: Wir haben einfach die Sommerzeit behalten. Wir folgen nicht. Wir führen.“

Zum Strafrecht lesen wir S. 186: „Bei Diebstahl werde, wenn der Wert des gestohlenen Gegenstands über 40 US-Dollar liege, die Hand abgehackt. 40 Dollar sei der Preis für ein Gramm Gold.“ – Das Abhacken von Händen (und in einigen Fällen Füßen) geht auf eine (in diesem Falle eindeutige) Koranstelle zurück und wird auch in anderen Staaten mit dem Islam als Staatsreligion bis heute angewandt.

Todenhöfers Ansichten vom Islam sind von Respekt, aber auch von Naivität bzw. Unkenntnis geprägt. Nur so versteht sich sein Einwand S. 197: „Beim Stichwort ‚Prophet Mohammed‘ wende ich ein, dass Mohammed heute ein großer Reformator wäre, der Fortschritt predigen würde. Genauso wie damals. Abu Loth versucht zu erklären, dass die vor 1400 Jahren herabgesandten Gesetze Allahs für alle Zeit Gültigkeit hätten. Daher gebe es keinen Reformbedarf.“

Das würden mit Sicherheit alle islamischen Rechtsgelehrten genauso sehen, gilt doch „Neuerung“ (arab.: *bid'a*) im Islam als Verbrechen. Aber auch das Kulturleben leidet im IS: S. 200 „Wer beim öffentlichen Zigarettenrauchen erwischt werde, bekommt als Strafe 30 Peitschenhiebe. Musik ist auch verboten.“

Auch dies ist keine Erfindung des IS. Als der britische Sänger Cat Stevens („Morning has broken“) 1978 zum Islam übertritt, hörte er für viele Jahre völlig mit Musik auf und verkaufte seine Instrumente. Nebenbei gab er auch (aus religiösen Gründen) das Rauchen auf.

„Sag mir, was du liest, und ich sage dir, was du bist“ heißt es in einem Sprichwort. Hierzu passt die Beschreibung von Druckerzeugnissen in einem Laden: S. 211: „In einer Vitrine liegen die neuesten Flyer und Info-Broschüren. Zum Beispiel: Wie man seine Sklaven behandeln soll – Wie man dem Kalifen Treue schwört – Wie man sich als Frau zu benehmen und anzuziehen hat. [...] Ausgestellt ist auch das erste Buch, das der IS offiziell verlegt hat: *Al Fiqh al Jihad*. Das Verständnis des Jihad.“ *Fiqh* ist eigentlich eher das Äquivalent zu „Rechtswissenschaft“, und man sollte vielleicht erwähnen, dass der neue Kalif al-Baghdadi einen Dokortitel in Islamwissenschaften erworben hat. Todenhöfer merkt etwas später auch, dass er ein völlig anderes Gottesbild als seine Gegenüber hat

(S. 214): „In seinen Augen habe ich die Idee des Monotheismus einfach nicht verstanden. ‚Sie irren‘, sagt er. ‚Ein schlechter Muslim, der lügt, betrügt und tötet, ist Allah lieber als ein Nichtmuslim, der den ganzen Tag Gutes tut.“ – Auch dieser Gedanke ist alt und würde bei den meisten Rechtsgelehrten auf Zustimmung treffen. Natürlich stellt sich Todenhöfer bereits am Anfang des Buches die Frage, wer der wirklich Schuldige am Terror des IS ist, und kommt zu dem Ergebnis: S. 18: „Der vor 500 Jahren beginnende Aufstieg des Westens beruhte nie auf Altruismus. Nie auf zivilisatorischen Ideen für den Rest der Welt, sondern auf der konsequenten Verfolgung seiner eigenen wirtschaftlichen Interessen. [...]. Erst erschlugen sie die Menschen anderer Kulturen im Namen des Christentums, dann im Namen der Menschenrechte und der Demokratie. Doch in Wirklichkeit ging es immer nur um Geld, Macht und Ruhm.“

Dass Demokratie und Menschenrechte nicht nur Vorwände des Westens zur bequemeren Ausbeutung des Restes der Welt sein könnten, sondern auch – zumindest im Westen – auch eine gewisse Realität aufweisen, ist ein Gedanke, der ihm nicht kommt. Nur konsequent lesen wir dann auf den Folgeseiten eine fast schon genüssliche Auflistung der Grausamkeiten des Westens, angefangen beim US-Foltergefängnis Bagram bei Kabul S. 19: „Taliban-Gefangen wurden so lange durch Kampfhunde vergewaltigt (!) [im Original], bis sie alles gestanden. Ich habe die Zeugenaussage eines westlichen Sicherheitsspezialisten veröffentlicht. Niemand empörte sich.“ Ich habe versucht einen glaubwürdigen Bericht zu diesem Vorfall zu finden, aber alle von mir eingesehenen Berichte über Vergewaltigung durch Hunde in diesem Gefängnis stützten sich auf Publikationen von Jürgen Todenhöfer.

Natürlich bekommt auch die katholische Kirche ihr obligatorisches Quäntchen Fett weg (S. 21) „Es waren keine Muslime, die den ‚heiligen Krieg‘ erfanden und auf Kreuzzügen über vier Millionen Muslime und Juden niedermetzelten. Es waren Christen, die in Jerusalem ‚bis zu den Knöcheln im Blut wateten, bevor sie glücklich weinend‘ zum Grab des Erlösers schritten.“

Die Zahl von vier Millionen hält wohl kaum irgendeiner historischen Prüfung stand. Die Bevölkerung von Palästina im Jahre 1922 betrug rund 700.000 Menschen, wobei die Zahl im Hochmittelalter sicherlich erheblich geringer war. Die ständig wiederholte Anklage gegen die Kreuzzüge als eine Art mittelalterlicher Holocaust ist schon deshalb völlig verfehlt, weil diese Kriegszüge in der islamischen Geschichtsschreibung kaum eine Rolle spielen, ganz im Gegensatz zu heute: Im Jahre 2005 hat der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, die katholische Kirche aufgefordert, ihre historische Schuld gegenüber den Muslimen zu bekennen und sich für die Kreuzzüge zu entschuldigen. Dies wäre verständlich, wenn von muslimischer Seite die Kreuzzüge aufgrund ihres Charakters als Angriffskriege verurteilt würden. Dann müssten aber auch die Eroberungen Mohammeds, der Umayyaden und später der Osmanen mit derselben Begründung verurteilt werden. Die Eroberung von Konstantinopel durch den Osmanen Fatih den Eroberer war mindestens ebenso blutig wie die Jerusalems durch den Kreuzritter Gottfried von Bouillon. Während aber niemand auf die Idee käme, eine Kirche nach Gottfried zu benennen gibt es in Deutschland allein rund 50 größere Moscheen, die nach Fatih benannt sind (siehe dazu die Wikipedia-Seite „Liste von Fatih-Moscheen“).

Ein Ereignis, dass nicht nur bei Todenhöfer, sondern auch bei Schirra und Hanne mehrfach Erwähnung findet, ist die Eroberung des von einer hochgerüsteten Armee beschützten Mossul durch den IS (S. 38): „Als im Juni 2014 weniger als 400 IS-Kämpfer im überwiegend sunnitischen Mossul 20.000 schiitisch-irakische Soldaten und Tausende Polizisten in die Flucht schlugen, beschloss ich, Mossul zu besuchen.“

In Interviews tauchen auch bei Todenhöfer selbst andere Zahlen auf (was er thematisiert), und auch die beiden anderen Autoren geben unsichere und widersprüchliche Zahlen an (bei Schirra S. 18 z.B. 60.000 schiitische Soldaten gegenüber 3.000 ISIS-Kämpfern). Warum diese Begebenheit trotzdem hier erwähnt wird, erklärt sich durch ihre propagandistische Wirkung. Eine zahlenmäßig unterlegene

Gruppe von IS-Kämpfern auf notdürftig für den Kriegseinsatz umgebauten Toyota-Pick-ups schlägt eine hochgerüstete Armee in die Flucht und erbeutet den vielleicht größten Geldschatz der Geschichte. Der Gedanke an göttliche Vorsehung liegt wohl auf der Hand.

Todenhöfers Buch schließt (S. 269) mit einem offenen Brief an den Kalifen, vielleicht inspiriert durch Gandhis Brief an Hitler, in dem er sich auf die Barmherzigkeit des Koran beruft, aus dem er seine Lieblingsstellen zitiert. Auch einige vorgeblich menschliche Episoden aus dem Leben des Propheten zitiert er. Offenbar ist er wirklich der Ansicht, hier auf etwas hinzuweisen, was dem selbsternannten Kalifen bisher unbekannt ist. Auch ist ihm der Begriff „Abrogation“ koranischer Verse – das „null und nichtig Machen“ von früher offenbarten Versen durch inhaltlich gegen-teilige später offenbarte – offensichtlich unbekannt. Hätte er sich näher damit beschäftigt, wäre ihm aufgefallen, dass fast alle „netten“ Koranverse früh und fast alle grausamen spät offenbart worden sein sollen und somit die ersteren ungültig machen.

Es sei aus Platzgründen nur ein Beispiel angeführt, die von ihm auf S. 276 als erste angeführte Stelle: „Zehn Kernaussagen des Koran, die Sie [gemeint: al-Baghdadi] nicht zu kennen scheinen: 1. „Streitet nicht mit dem Volk der Schrift. Es sei denn auf beste Art und Weise. Sprecht: ‚Wir glauben an das, was zu uns und zu Euch herab gesandt wurde. Unser Gott und Euer Gott ist Einer.“ Die Stelle (Vers 29:46) lautet in der wörtlicheren Übersetzung von Paret folgendermaßen: „Und streitet mit den Leuten der Schrift nie anders als auf eine möglichst gute Art (oder: auf eine bessere Art (als sie das mit euch tun)?) – mit Ausnahme derer von ihnen, die Frevler sind! Und sagt: ‚Wir glauben an das, was (als Offenbarung) zu uns, und was zu euch herabgesandt worden ist. Unser und euer Gott ist einer. Ihm sind wir ergeben.“ Nach landläufiger Meinung (z.B. erwähnt in der französischen Koran-übersetzung von Aldeeb) ist dieser Vers abrogiert durch Vers 9:29: „Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Gott und den jüngsten Tag glauben und nicht verbieten (oder: für verboten erklären), was Gott und sein Gesandter verboten haben, und nicht

der wahren Religion angehören – *von denen, die die Schrift erhalten haben* – (kämpft gegen sie), bis sie kleinlaut aus der Hand (?) Tribut entrichten!“ Der kur-sive Teil bezieht sich auf die bereits er-wähnten „Schriftbesitzer“, d.h. Juden und Christen, der Tribut auf die erwähnte *Ji-zya* (Kopfsteuer).

Todenhöfer hat sich sicherlich bei anderer Gelegenheit auf karitativem Gebiet große menschliche Verdienste erworben, und man muss zugeben, dass er mit seinem Buch einen Einblick in die Gedankenwelt von jungen Menschen geliefert hat, die vom IS verführt wurden. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass er viele der Aussagen seiner Interviewpartner und vieles von dem, was er gesehen und erlebt hat, mangels Fachkenntnissen über den Islam gar nicht richtig verstanden hat. Zudem fällt die Penetranz negativ auf, mit der er versucht, alles Übel auf der Welt dem Westen, und hier vor allem den USA, in die Schuhe zu schieben.

2. Zu Bruno Schirra: ISIS – Der Glo-bale Dschihad; Wie der „Islamische Staat“ den Terror nach Europa trägt

Diesen Vorwurf gegen Jürgen Todenhöfer kann man gegen den Autor des zweiten Bandes über den IS, Bruno Schirra nicht machen. Im Buch wie in Interviews – z.B. in der Sendung „Fragen an den Autor“ des Saarländischen Rundfunks – vertritt er die Meinung, dass die Greuel des IS sehr wohl etwas mit der Religion selbst zu tun ha-ben. Und anders als bei Todenhöfer wird bei ihm der Krieg mehr aus der Sicht der IS-Opfer als der der Täter beschrieben, z.B. auf S. 23, wo er den in Tikrit von ihm selbst teilweise erlebten Fall einer schiiti-schen Lehrerin (Zaynab al-Husseini) be-schreibt, die der Einladung einer sunniti-schen Freundin mit ihrem 2 Jahre alten Kleinkind gefolgt war. Beide wurden vom Einmarsch von ISIS überrascht. Die Schi-itin wurde von einer Gruppe von Kämpfern stundenlang vergewaltigt, das Kind getö-tet. Dabei sei immer wieder „Allahu akbar“ skandiert worden. „Unter denen, die das taten ... waren solche, die englisch sprachen, deutsch, französisch. Das waren die Schlimmsten, die Brutalsten. Wenn sie hier nicht sterben, dann werden sie zu euch nach Hause zurückkehren.“

Bereits zu Beginn schreibt er: S. 8 f. über die arabische Gesellschaft: „Es ist eine Gesellschaft, die ihre tiefen Wunden betrachtet und dabei jedoch die eine Fähigkeit verloren hat, die ihr zu wünschen ist, auch wenn das schmerzhaft ist. Die zur Selbstkritik, als ersten Schritt zur Heilung. Die arabische Zivilisation hat sich diese Wunden selbst geschlagen. Es war nicht der böse Westen. Nicht der schreckliche Imperialismus, nicht der gierige Kolonialismus und, ach ja, es waren auch nicht die Juden, die für die unsägliche Malaise der arabischen Kultur verantwortlich zu machen sind. Muss da die Unschuld des George W. Bush noch eigens erwähnt werden?“

Wer das Buch von Todenhöfer als Informationsquelle benutzt, sollte auf jeden Fall das von Schirra als Korrektiv bzw. komplementäre Ergänzung (oder statt dessen) verwenden.

An dieser Stelle sollte ein weiteres Buch zum Thema erwähnt werden: Tilman Nagel, *Angst vor Allah? – Auseinandersetzungen mit dem Islam*, Berlin 2014. Es handelt sich dabei um eine Sammlung von Einzelartikeln des renommierten Islamwissenschaftlers Tilman Nagel zum Thema *Islam und moderne Gesellschaft*. Das Buch besticht durch seine klare Gedankenführung ebenso wie durch seine Sachkenntnis. In Kap. C. *Der Islam und der säkulare Staat – Grundlinien eines Konfliktes* lesen wir (S. 195-7): „Häufig berichten Presse und Fernsehen über politisch motivierte Untaten und Terrorakte, die von Muslimen begangen werden, meistens in der islamischen Welt, jedoch auch in Europa oder Nordamerika. Die Kommentierung der Geschehnisse durch die politisch-mediale Klasse folgt in der Regel zwei eingefahrenen Mustern: Erstens sei das Elend der Massen in den islamischen Ländern und die Perspektivlosigkeit einer im Durchschnitt sehr jungen Bevölkerung die wesentlichen Ursachen für jene Verbrechen – mit dem Islam hätten sie nichts zu tun, was schon aus der Tatsache erhelle, dass Muslime die Mehrzahl der Opfer ausmachten. Zweitens sei das Elend durch die verfehlte Politik des Kolonialismus verschuldet worden, deren Folgen nach wie vor spürbar seien [...]. Die beiden Erklärungsmuster sind abzuwandeln, wenn sich wie bei den Anschlägen des 11. Septembers 2001 herausstellen sollte, daß die Täter

keineswegs zu den Verarmten und Entrechteten gehörten: Man überspringt den Hinweis auf die Massenarmut und konzentriert sich ganz auf die Exkulpierung des Islams; dieser sei nämlich eine durch und durch friedfertige Religion. [...] Kennzeichnend für den Islam sind die Totalität und Unzergliederbarkeit seines Regelwerks, das auf Allahs Gesetzeswillen zurückgeführt wird. Das gilt für Kleidungs- und Speisevorschriften, für Normen im Umgang mit Glaubensbrüdern und Andersgläubigen oder Atheisten, für die Ahndung von Straftaten, für die Teilnahme am politischen Leben in islamischen wie nicht-islamischen Staaten, die Nutzung des Internets, die Organverpflanzung usw. usf. In der Sicht des Europäers gehören diese Beispiele unterschiedlichen Normensystemen an, für den Muslim zählen sie allesamt zur Scharia, deren Bestimmungen sich, und wäre es über verzweigte Analogieschlüsse, auf den Koran und die Prophetenüberlieferung zurückführen lassen.“

Zu den angeblich un-islamischen Selbstmordattentaten sagt Nagel auf S. 203: „So veröffentlichte Jusuf al-Qaradawi, der Vorsitzende des europäischen Fetwarats, während einer Sitzung, die dieses Gremium Anfang Juli 2003 in Stockholm abhielt, ein Gutachten, in dem er Selbstmordattentate gegen die Andersgläubigen, insbesondere gegen Israel, ausdrücklich lobte; es handle sich in Wahrheit nicht um Selbstmord, der eine egoistische Handlung sei, sondern um eine Kampfhandlung, bei der man sich um eines höheren Zieles willen selber zum Opfer darbringe.“

Von demselben al-Qaradawi erwähnt er (S. 259 f.) eine Fernsehserie, die im Februar 2006 von der Fernsehstation al-Dschazira ausgestrahlt wurde, und die den Titel trägt: „Die Scharia und das Leben“. Dort sagt er: „...daß ein Muslim, der seine Religion aufgabe, zu töten sei, und zwar nicht wegen dieses Schrittes an sich, sondern weil er durch diesen die ‚beste Gemeinschaft‘ in Verwirrung stürze.“ Dann fügt er hinzu, die Vollstreckung der Strafe solle nicht einem gläubenseifrigen Privatmann überlassen werden, sondern durch die islamische Obrigkeit ausgeführt werden.

3. Zu Olivier Hanne u. Thomas Flichy de la Neuville, *Der Islamische*

Staat – Anatomie des Neuen Kalifats, Berlin 2015.

Die letzte Monographie zum IS beruht weniger auf Reportagen vor Ort, als auf soliden Quellenrecherchen. Wir finden eine Fülle interessanter Materials, das natürlich mittlerweile, was den aktuellen Stand angeht, überholt ist, für die historische Entwicklung des IS und was die Analyse seiner Entstehung angeht, aber immer noch relevant sein dürfte.

Auch diese beiden Autoren sehen einen klaren Bezug des IS-Staates mit der Frühzeit des Islam, so wie sie in der Traditionsliteratur beschrieben steht (S.13: Kap. „Die Entstehung des Islamischen Staates“ – „Das Islamische Kalifat ist nicht aus dem Nichts entstanden, im Gegenteil: Es lassen sich viele Bezüge aus der Frühzeit des Islam finden. Der damit verbundene Konflikt muss deshalb in einem historischen Kontext gesehen werden.“)

Auch die Feindschaft mit den Schiiten beruft sich in der Wortwahl auf alte Vorbilder (S. 40). Schiiten werden „Safawiden“ genannt, „in Anspielung auf die persische Dynastie, die von 1501 bis 1736 im Iran herrschte und das Schiitentum zur Staatsreligion erhob.“ Al-Baghdadi, der neue Kalif, rief zu ihrer „Zerschlagung“ auf.

Über den neuen Kalifen schreiben die Autoren: S. 57 f.: „Er gilt als kompromisslos und holt sich aus den mittelalterlichen Chroniken die Vorbilder für die grausigen Taten, die man mit seinem Namen verknüpft und die das Markenzeichen der alten Kalifen waren: Kreuzigung von Gegnern, Steinigung einer Frau für die Einrichtung eines Facebook-Accounts, Hinrichtung eines Jugendlichen vor den Augen seiner Eltern wegen angeblicher Verspottung des Propheten. Er gibt nur wenig von sich preis, was ihn einerseits vor Luftangriffen schützt, womit er aber auch dem Vorbild des Abbasiden-Kalifen folgt, der sich vor den Augen der Welt verbarg und sich bei öffentlichen Zeremonien nur hinter einem Schleier zeigte. (...) Der Nachfolger des Propheten hüllt sich damit in ein Geheimnis, das am Mysterium der Allmacht Gottes teilhat.“

Weiter erfahren wir S. 58: „Seit dem 29. Juni 2014 lässt sich al-Baghdadi ‚Kalif Ibrahim‘ nennen, was sein wahrer Vorname ist und zugleich eine prestigeträchtige An-

spielung auf Abraham, den vom Koran verehrten Vater aller Gläubigen. Seine sämtlichen Titel beschwören die Geschichte des Islam, unter anderem ist er auch Amir al-Muminin, ‚Befehlshaber der Gläubigen‘, was ein abbasidischer *laqab*, ein Ehrentitel ist. Wie alle Dschihadisten änderte er seinen Vornamen in einen Kriegs-laqab und nahm den Namen des ersten Kalifen nach dem Tod des Propheten an: Abu Bakr. [...] Zuletzt fügte er noch seine dynastische Zugehörigkeit hinzu: al-Quraishi, der Name des Stammes, der zur Zeit Mohammed in Mekka herrschte.“

Natürlich werden auch hier Grausamkeiten berichtet: S. 66: „Am 1. Mai 2014 wurden in Rakka sieben Personen öffentlich gekreuzigt, vor Kindern und Passanten, die die Szene fotografierten. Anfang August wurden mehrere Hundert unbewaffneter Jesiden Opfer der Barbarei: Die Männer und Jungen wurden hingerichtet, die Mädchen den Kämpfern als Geschenk angeboten, geschlagen, vergewaltigt, zum Glaubenswechsel gezwungen.“

Dass die Greuel mit der islamischen Geschichte begründet werden, wird ebenfalls nicht verschwiegen: (zu den Überfällen des Propheten) S. 67: „In den muslimischen Quellen werden diese Überfälle niemals negativ dargestellt, die Mehrzahl der Berichte über diese Raubzüge, *maghazi* genannt, schließt mit der Formel: ‚Er ging hin, griff an, tötete, machte Beute und kam unversehrt zurück.‘“ Man sollte vielleicht erwähnen, dass eine Koransure den Titel „die Beute“ trägt.

Auch zur sexuellen Gewalt gegen Frauen gibt es eine islamische Erklärung in den Hadithen (Aussprüche und Anekdoten des Propheten) S. 71: „Zum Thema Vergewaltigung sagen die Hadithe nichts, aber sie enthalten die befremdliche Erlaubnis, Christinnen, Jüdinnen und schlechte Musliminnen zu entkleiden. Da die Sexualität zum Bereich von *halal* und *haram* (das Erlaubte und das Verbotene) gehört, darf der fromme Muslim theoretisch gesehen seine Opfer nicht missbrauchen. Allerdings steht ihm die Möglichkeit offen, eine *mut'a*, eine Ehe auf Zeit, einzugehen [...] All diese Regeln, die vom 7. bis 10. Jahrhundert entwickelt wurden, werden von den Dschihadisten im Irak und in Syrien peinlich genau beachtet, nur dass an die Stelle des Schwertes die Kalaschnikow getreten ist.“

Auch die Enthauptung als Hinrichtungsart hat einen religiösen Hintergrund (S. 73): „Der IS hält für Feinde die Enthauptung mit dem Schwert bereit, da dies den Eintritt ins Paradies verhindert, das man mit dem Kopf voran betritt. Es geht nicht bloß darum, die Person zu töten, man will auch gleich ihr Seelenheil vernichten.“

Im Gegensatz zu Todenhöfer wird klar der religiöse Charakter hervorgehoben (S. 81 f.): „Wie US-Außenminister John Kerry zu behaupten, dass dieser Protostaat keinen religiösen Charakter hat, geht an der Realität vorbei. Die Führung der Vereinigten Staaten versucht, das Kalifat in den Medien als rein kriminelle Organisation abzutun. Seine zweifache Dimension – die politische (der Anspruch auf die Hegemonie des Kalifats) und die religiöse (die Behauptung, dass es die eschatologische Erfüllung des Islam sei) – wird dadurch völlig in den Hintergrund gedrängt, während sie doch das Wesen der Sache und den Grund für seinen Erfolg ausmacht.“

Die Ansicht Kerrys scheinen auch die offiziellen Stellen der EU zu teilen (S. 136): „Aus Sicht der EU und der USA ist der Islamische Staat eine selbsterzeugte Hydra von Kriminellen und Fanatikern, ohne Bezug zum Islam, entstanden zu dem Zweck, Ölquellen zu erobern (FN 270) [...] Viele arabisch-muslimische Länder halten den Islamischen Staat für ein amerikanisches Konstrukt, um Chaos im Nahen Osten zu säen und auf diese Weise an seine Ressourcen zu kommen.“

Es sollte an dieser Stelle vielleicht erwähnt werden, dass die Ansicht bei Muslimen im Nahen Osten und leider (wie ich selbst aus eigenen Lehrveranstaltungen berichten kann) auch in Deutschland immer mehr Verbreitung findet, dass die Ereignisse des 11. September vom CIA und Mossad eingefädelt wurden, um einen Grund zu schaffen islamische Staaten anzugreifen.

Was führende Politiker aus den USA und der EU vormachen, wird denn auch freudig von islamischen Würdenträgern übernommen (S. 174, FN 192): „Mit dem Islam haben extremistische und terroristische Ideen nichts zu tun. Sie sind sein größter Feind, und ihre ersten Opfer sind Muslime.“ (Shaikh Abdel Aziz al-Sheikh, Großmufti des saudischen Königreichs, in einer Pressemitteilung, die am 19.8.2014 von der amtlichen Nachrichtenagentur

Saudi Press Agency/SPA veröffentlicht wurde.) Der Shaikh hat sich gegen den IS ausgesprochen, weil er Muslime tötet, die Minderheiten hat er dabei unerwähnt gelassen.“

Doch zurück zum IS: Zu den Preisen auf dem Sklavenmarkt wird Folgendes berichtet (S. 96): „Wieviel mit Sklaven verdient wird, weiß niemand. 700 jesidische Frauen sind für 159 Dollar pro Kopf verkauft worden. (Fußnote 161)“

Dass der IS massive Auswirkungen auf die christlichen Gemeinden im Irak hatte, wird ebenfalls klar (S. 123, Kap. Eine wankelmütige irakische Opposition): „Allein die Gemeinschaft der Christen, deren Aderlass 1991 einsetzte, hat sich in über dreißig Jahren fast halbiert und ist von einer Million Menschen auf 600.000 geschrumpft.“

4. Kritik an Todenhöfer

Wie wir sehen, ist Jürgen Todenhöfer von den behandelten Autoren der einzige, der keinen Zusammenhang zwischen dem Islam als Religion und den Greueln des IS sieht. Es sollte allerdings auch erwähnt werden, dass sein Buch auf vehemente Kritik in der deutschen Presselandschaft gestoßen ist. Beispielhaft sei hier nur Jan Fleischhauers Kolumne erwähnt:¹⁴

„Das Wunderbare an Todenhöfers Erzählungen aus 1001 Nacht ist ja: Am Ende sind immer die Amis schuld. Der IS ist keine höllische Ausgeburt des Islam, sondern ein ‚Baby des Westens‘. Wenn die Korankrieger morden und brandschatzen, geschieht das als ‚Reaktion auf George W. Bushs völkerrechtswidrigen Bombenkrieg‘. So gesehen sind natürlich auch alle Versuche des Westens, den Vormarsch des IS mit Waffengewalt zu stoppen, ein schlechter Witz. ‚Wer jetzt den IS mit Bomben bekämpft, hat aus der Geschichte nichts gelernt‘, schreibt Todenhöfer, ‚Bomben vernichten den Terrorismus nicht, sie züchten ihn‘. Wie die richtige Lehre aus der Geschichte aussieht, bleibt leider im Dunkeln, das muss wohl ein weiteres Buch klären.“

¹⁴ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/juergen-todenhoefer-is-bericht-jan-fleischhauer-ueber-inside-is-a-1029699.html>; S.P.O.N. - Der Schwarze Kanal Einmal Kalifat mit Frühstück.

5. Eine letzte Frage: Wäre ein christliches Pendant zum IS denkbar?

Apologeten des Islam, aber auch kritische Kirchenleute führen immer wieder die Kreuzzüge, die Hexenverbrennung und die Inquisition als große Verbrechen an, die im Namen des Christentums begangen wurden. Dabei sollte allerdings beachtet werden, dass keines von diesen Phänomenen mit dem *Leben Jesu* begründet wurde. Im Falle des IS – oder auch des ideologisch kaum davon unterscheidbaren Regimes in Saudi-Arabien – wird praktisch alles festgelegt mit Verweis auf Koran und Sunna, d.h. dem *Leben des Propheten* und bestenfalls noch dem der ersten Gefährtengeneration.

Es ist hier nicht wichtig, ob und wie der historische Religionsstifter wirklich gelebt hat – die Forschergruppe (zur Frühgeschichte des Islam) Inarah, hat erhebliche Zweifel an der Historizität eines Religionsstifters Muhammad, wie er in der Traditionsliteratur beschrieben wird, angemeldet – was hier zählt ist das *Bild*, das den Gläubigen von ihrem Religionsstifter vermittelt wird. In der christlichen Theologie macht man den Unterschied zwischen dem *historischen* Jesus, über den man nicht sehr viel Gesichertes weiß, und dem *kerygmatischen* Jesus, so wie er im Neuen Testament dargestellt wird. Vergleicht man nun diesen „verkündeten“ Jesus mit seinem Gegenüber, dem Muhammad der islamischen Traditionsliteratur – etwa so wie er sich aus der rund 900 Seiten starken Muhammad-Biographie von Tilman Nagel ergibt – erkennt man sehr schnell einen markanten Unterschied. Praktisch alle Greuelthaten des IS haben irgendeinen – i.d.R. explizit zur Begründung herangezogenen – Anknüpfungspunkt in der Biographie des Propheten, angefangen von seinen zahlreichen Kriegszügen mit Tötung, Folterung und Versklavung von Gefangenen, über die Ermordung von Dichtern, die ihn verspottet hatten bis hin zur Ungleichheit von Mann und Frau und der Rolle der Religion im Staat. Im Christentum haben wir es dagegen mit einem Mann zu tun, der die Steinigung einer Ehebrecherin verhindert, der Leprakranke heilt, der aus Demut seinen Jüngern die Füße wäscht und der schließlich Petrus bei sei-

ner Verhaftung daran hindert, ihn zu verteidigen.

Das Jesusbild des Christentums ist bei der Errichtung eines gerechten und menschenfreundlichen Gemeinwesens eine Stütze und man könnte ihm höchstens vorwerfen, dass sein Ideal der Feindesliebe weltfremd und im praktischen Leben nicht zu verwirklichen sei. Das Muhammadbild des (Mainstream-)Islam hingegen ist ein unüberwindliches Hindernis, und es bedarf schon erheblicher geistiger Verrenkungen um den Islam „demokratietauglich“ zu machen. Die bisherige Standardtaktik war dabei die, dass man in der islamischen Traditionsliteratur und im Koran mit großer Mühe die paar wenigen „netten“ und menschenfreundlichen Stellen heraussuchte, wobei jeder einzelnen dieser oft aus philologischer Sicht fraglichen Passagen meist eine ganze Palette an grausamen Stellen gegenübersteht. Viel sinnvoller wäre es gewesen die Historizität des Propheten und damit den normativen Charakter seiner Lebensbeschreibung insgesamt einmal zu hinterfragen. Dies ist in islamischen Ländern aber kaum zu erwarten, weshalb auch in Zukunft immer wieder einmal „islamische Staaten“ entstehen werden, die sich nur in Nuancen – wie etwa der Iran von Saudi-Arabien – von den bisherigen unterscheiden werden.

Fundsachen

Wie Pech und Schwefel

Wenn wir von zwei Menschen sagen, dass sie zusammenhalten wie Pech und Schwefel, wollen wir zum Ausdruck bringen, dass beide – ähnlich wie die beiden „höllisch“ zueinander passenden Substanzen Pech und Schwefel unzertrennlich sind und im wahrsten Sinne des Wortes „miteinander durchs Feuer gehen“. Übrigens, das bislang älteste chemische Experiment ist das sogenannte Pechtropfenexperiment des australischen Physikers Thomas Parnell, welches in einer Vorbereitungsphase 1927 an der Universität von Brisbane begann. Nachdem der mit „flüs-

sigem“ Pech gefüllte Trichter 1930 geöffnet worden war, dauerte es acht Jahre bis der erste Tropfen fiel. Der neunte Tropfen wurde 2014 registriert. 2005 erhielt Parnell „posthum“ den von der Harvard Universität jährliche verliehenen „Anti-Nobelpreis“, über den man angeblich zuerst mal lacht, dann aber sehr bald ins Grübeln gerät.

2056 Atomwaffentests

Unter dem Siegel größtmöglicher Verschwiegenheit und von der Öffentlichkeit meist unbemerkt wurden zwischen 1945 und 2017 in der Welt 2056 Atomwaffentests durchgeführt.

Erst 1990 verabschiedete der US-Kongress den sogenannten „Radiation Exposure Compensation Act“ (RECA), ein Gesetz zur Entschädigung von Strahlenopfern. Bis 2010 wurden auf Grund des RECA 22.000 Opfer bedacht und eine Summe von insgesamt 1,5 Milliarden US-Dollar ausbezahlt.

Schallendes Gelächter

In einer Dokumentationssendung gingen Reporter der brasilianischen Fernsehanstalt „TV Globo“ der gar nicht so abwegigen Frage nach, ob es ein „Geschenk Gottes“ oder vielleicht doch nur eine „krankhafte Veranlagung“ sei, wenn Leute schon bei geringfügigem Anlass in schallendes Gelächter ausbrechen. Von mehreren Betroffenen gab die aus Piraçicaba im Bundesstaat São Paulo stammende Rosa Lima zu Protokoll: „Es ist furchtbar. Ich kann schon seit Jahren auf keine Beerdigung mehr gehen. Jedesmal, wenn ich die ganzen ernstesten Gesichter der Hinterbliebenen sehe, krieg ich einen meiner unwiderstehlichen Lachanfälle!“

Auktions-Plakat

Das Plakat, von dem hier die Rede ist, wurde in London zum Aushang gebracht und kündigt für Montag, den 18. Mai 1829, eine öffentliche Sklaven-Auktion an: Von insgesamt 14 Sklaven, die „unter den Bäume“ zu besichtigen sind, sollen an besagtem Tag Hannibal, William und Nancy verkauft und Robert, Bagley, John, Jack, Philip, Harry,

Lucy, Eliza, Clara, Fanny und Sarah gegen Bezahlung ausgeliehen werden. Außerdem werden – ab 11 Uhr - Reis, Bücher, Nadeln, Stoffbänder und vieles mehr zum Verkauf ausliegen.

Frühlingslied

Frühling lässt sein blaues Band
Wieder flattern durch die Lüfte,
süße wohlbekannte Düfte
streifen ahnungsvoll das Land.

Veilchen träumen schon, wollen balde
kommen.

Horch, von fern ein leiser Harfenton!
Frühling, ja du bist´s! Dich hab ich ver-
nommen.

Eduard Mörike

Jahr der drei Päpste

Niemand hatte damit gerechnet, dass 1978 als „Jahr der drei Päpste“ in die Geschichte eingehen würde: im August starb Paul VI., der das 2. Vatikanische Konzil zu Ende geführt hatte. Sein Nachfolger Johannes Paul I. erlag sodann nach einem nur 33-tägigen Pontifikat einem Herzschlag. Und am 16. Oktober wählte das abermals einbrufene Konklave den Polen Karol Wojtyła zum neuen Papst.

Aus dem Hinterhalt

Drogendealer führen ihre schmutzigen Kriege meist aus dem Hinterhalt und zerstören dabei weltweit Millionen von Menschenleben und Familien. Allein in den USA, so wurde jetzt bekannt, fordert der „Joint“ jedes Jahr 60.000 Tote – mehr als der elf Jahre dauernde Vietnamkrieg (1964-1975) Opfer auf amerikanischer Seite gefordert hatte.

Die wirtschaftlichen Folgen für das Land belaufen sich nach Schätzungen von Experten auf jährlich 500 Milliarden US-Dollar.

Piraten

„Bis heute verfügen gerade einmal ein Dutzend Länder über eine eigene Gesetzge-

bung, die den Zugang zu ihren traditionellen Wissensbeständen regelt.

Da es dazu keine internationalen Gesetze und verbindliche Abkommen gibt, haben Industrieunternehmen weiterhin reichlich Spielraum, mit den indigenen Völkern zu verhandeln, deren Wissen aufzuzeichnen und patentierbare Produkte daraus zu entwickeln.“

C. Deipas/P.-W. Johnson in:
Le Monde Diplomatique – Juni 2014

Jesus – sündhaft teuer

Kaum zu glauben, aber wahr: der berühmte „Salvator Mundi“ des italienischen Malers Leonardo da Vinci (1452-1519) wurde im November 2017 bei „Christie’s“ in London für die sündhaft hohe Summe von 450 Millionen US-Dollar verkauft. Noch unglaublicher ist jedoch die Tatsache, dass der Käufer aus dem saudischen Königshaus kommt.

Dabei hatte für unseren „Salvator Mundi“ in dieser verrückten Welt das Leben damit begonnen, dass in der Herberge kein Platz für ihn war und dass er, wie die Legende uns sagt, von seiner Mutter in ärmliche Windeln gewickelt und in eine Krippe gelegt worden war.

Ein besonders schöner Fall ist folgender:

Ein gewisser Herr Z.

Die Stasi-Unterlagenbehörde hat es nicht leicht, wie einem Bericht der FAZ vom 22.1.2018 („Die Schwarzmalerei“ von Dr. Jochen Staadt) zu entnehmen ist. Insgesamt 1.522 Angestellte der Behörde haben u.a. die Aufgabe, Bürgern bei der Einsichtnahme in die Akten des ehemaligen DDR-Staatssicherheitsdienstes behilflich zu sein, in welchen personenbezogene Daten mit großem bürokratischen Aufwand durch Überschwärzen unkenntlich gemacht werden.

Bei dieser aufwändigen Tätigkeit stoßen die Mitarbeiter der sogenannten „Gauck-Behörde“ immer wieder auf kuriose Eintragungen wie zum Beispiel auf diese aus dem Jahr 1981:

„X arbeitet z. Zt. in Klein Machnow als Helferin in einem Heim für Behinderte. Sie fühlt sich von Z dazu berufen.“

Ganz offensichtlich hält der Stasi-Informant „Gott“ für eine Person, deren Namen nicht preisgegeben werden darf, und nennt ihn - geheimdienstlich korrekt - einfach mal Z.

Die Glosse

Rauschheim nach der Fastnacht 2018

Lieber Sepp, alter Sozi,
was hältst Du von der GroKo der CSU mit der CDU?

Das C, das wo sie wie Geschwister verbinden sollte, hat aber beide Parteien in Rage aufeinander gebracht. Die Rage wurde riesig, als die Kanzlerin für die Flüchtlinge die Grenzen sperrangelweit aufgemacht hat, und die sind dann wie die Heuschrecken in der Bibel nach Ägypten hier in unser Bayernland eingefallen.

Die Flüchtlinge sind jetzt nicht nur hier, die wollen versorgt sein mit Wohnung, Verpflegung, und verlangen sogar den Bau von Moscheen, von denen aus sie uns dann, befürcht ich, mit Selbstmordattentaten terrorisieren wollen.

Also christlich war das zwar, was die Kanzlerin sich geleistet hat, sagt Hans Maier, unser alter Kultusminister, aber die praktischer denkende CSU mit Seehofer meint: Muss man das Christliche so überstrapazieren und fordert eine Obergrenze gegen diese Eindringlinge.

Sepp, das Problem ist folgendes: Lässt man das C im Namen der CSU, also wie man bei einem der Wolfgang heißt, den Namen lassen kann, obwohl der sein ganzes Leben lang nie einem Wolf mit dem Gewehr nachgegangen ist. Auch die bayerische Lederhose tragen wir ja zum Fest, obwohl die sich längst in ihrer Ruppigkeit als unbequemes Kleidungsstück gezeigt hat. Der Bayer ist nun einmal kein Weichei! Warum sollten wir dann das C nicht in unserem CSU-Namen verkraften, auch wenn es nicht mehr so einfach wie früher unserer Gesinnung entspricht!

Sepp, der Maier solls mit dem Christlichen nicht übertreiben! Wir sind ja nicht wie der Norbert Sebastian Blüm von der CDU sogenannte Herz-Jesu-Sozialisten. Immer-

hin dokumentieren wir in Bayern übers Jahr hin unser Christentum, z.B. wenn wir von der CSU geschlossen mit der Fronleichnamspzession gehen, dabei sogar den Himmel tragen. Übrigens, der Maier hat noch nie seine Grenzen gekannt. Seinerzeit hat der sogar unserem Urahn Franz Joseph Strauß selber Widerworte gegeben und sich mehrmals quergelegt. Trotzdem, wenn der standhafte Maier sich mit seiner Auffassung von einem Familiennachzug der Moslems plötzlich im Söder-Land wiederfindet, könnte der sich fühlen, als wie wenn er ins Dschungelcamp von RTL geraten wär.

„Tag der Diakonin“ in Trier

Der Festtag der Hl. Katharina von Siena im April hat sich inzwischen als „Tag der Diakonin“ fest etabliert. Nicht nur die katholischen Frauenverbände erinnern an diesem Tag daran, dass in Sachen „Berufung“ und „Weihe“ von Frauen in der katholischen Kirche noch Fragen offen sind.

Alter Kumpel, Dir gefällt der Maier, aber der war nie Gewerkschafter etwa in der

GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft), obwohl der Kultusminister war. Anders wie Du aufmüpfiger DGB-Genosse.

Sei trotzdem als alter Kumpel begrüßt von Joseph,

der das C hochhält und wie es seit Jahrhunderten christlicher Brauch ist, jeden Sonntag in die Mess geht, und sich anschließend mit den Freunden zum Frühschoppen trifft.

P.S.: Die CSU und die CDU sind so erbittert aufeinander losgegangen, dass ich für ihre GroKo nur den Namen unseres rauschheimer Fatnachtszusammenschlusses vom Männerballett mit den Funkenmariechen für passend halte, nämlich „Concordia Zwietracht“.

Der Katholikenrat im Bistum Trier lädt dazu am **Samstag, 28. April 2018**, zu einer ganztägigen Veranstaltung zum Thema **„Zur Diakonin berufen – Was nun? Erfahrungen, Fragen, Perspektiven“** ein. Im Anschluss an einen Impulsvortrag von Prof. Dr. Monika Jakobs (Luzern) berichten eine ausgebildete Diakonin, ein Ständiger Diakon und eine Ordensschwester über ihre Berufungserfahrungen. Am Nachmittag soll danach gefragt werden, inwieweit die Trierer Bistumssynode mit ihrem Plädoyer für mehr Geschlechtergerechtigkeit entsprechende Initiativen voranbringen kann. Weitere Infos und Anmeldung zur Veranstaltung über das Büro des Katholikenrats im Bistum Trier: katholikenrat@bistum-trier.de



KirchenVolksBewegung beim Katholikentag in Münster 9. bis 13. Mai 2018

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* beteiligt sich auch diesmal wieder in mehrfacher Weise:

- **Veranstaltungen** innerhalb des Programms des **101. Deutschen Katholikentags**
- **„Gespräche am Jakobsbrunnen“** am *Wir sind Kirche*-Stand auf der **Kirchenmeile** auf dem Schlossplatz
- **Katholikentag plus** mit einem eigenständigen Programm von Reformgruppen in der evangelischen Erlöserkirchengemeinde

Vorläufige Programmorschau

Stand: 8. Februar 2018

Innerhalb des Programms des ZdK

Do 10. Mai	16:30 - 18:00	„ Reli: Raus aus den Kirchen – rein in die Gesellschaft. Chancen und Risiken multikonfessionellen Unterrichts “ Podium mit Prof. Dr. Katja Boehme, Religionspädagogin, Freiburg; Renate Holmes, Ethiklehrerin für Flüchtlinge, Dachau; Elmar Middendorf, BV der kath. Religionslehrer und -lehrerinnen an Gymnasien, Gau-Bischofsheim; Prof. Dr. Clauß Peter Sajak, Religionspädagoge, Münster	
Fr 11. Mai	16:30 - 18:00	„ Die Welttreffen der Sozialen Bewegungen mit Papst Franziskus. Neue Bündnispartner*innen der Katholischen Kirche “ Werkstatt mit Juan Grabois, Initiator der Welttreffen der Sozialen Bewegungen und Berater des Päpstlichen Rates <i>Justitia et Pax</i> , Argentinien; Dr. Julia Lis und Dr. Michael Ramminger (beide ITP Münster, beide haben am 3. Welttreffen der Sozialen Bewegungen 2015 in Rom teilgenommen)	
Sa 12. Mai	11:00 - 12:30	„ Machtfaktor Geschlecht – Brechen Frauen Kirchenstrukturen auf? “ Podium mit Dr. habil. Katharina Kunter, Kirchenhistorikerin, Frankfurt; Prof. Dr. Heidemarie Winkel, Geschlechter- und Religionssoziologin, Bielefeld; Prof. em. Dr. Georg Kraus, Dogmatik und Dogmengeschichte, Uni Bamberg; Weihbischof Ludger Schepers, Bistum Essen. Moderation: Dr. Claudia Lücking-Michel, Bonn	
	16:30 - 18:00	„ Aufdecken – aufarbeiten – verhindern! Sexualisierte Gewalt und die Verantwortung der Kirche heute “ Podium mit Bischof Dr. Stephan Ackermann; Martin Helmer, Zarbitter, Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt; Matthias Katsch, Betroffenenorganisation „Eckiger Tisch“; Dr. Wunibald Müller, Theologe und Psychotherapeut; Prof. Dr. Martin Wazlawik, Diplompädagoge und Experte für pädagogische Professionalität gegen sexuelle Gewalt	

Do/Fr/Sa zu jeder Stunde „Gespräche am Jakobsbrunnen“

Wir sind Kirche-Zelt auf der Kirchenmeile. Die Gäste und die genauen Termine werden rechtzeitig im *Wir sind Kirche*-Programm und im Internet bekanntgegeben.

Katholikentag plus in der Erlöserkirche und im Paul-Gerhardt-Haus

Do 10. Mai	Themenschwerpunkt „ FRIEDEN “		
	12:00 - 19:00	Ausstellung, Infotische und Café	
Fr 11. Mai	13:00	Eröffnung des Katholikentag plus	Trägerkreis: Institut für Theologie und Politik (ITP) Leserinitiative Publik-Forum (LIP) KirchenVolksBewegung <i>Wir sind Kirche</i>
	13:15 - 15:30	„ Suche Frieden – trotz' der Gewalt “ Eröffnungspodium mit Dr. Michael Ramminger (ITP), Christine Hoffmann (<i>pax christi</i>), Günther Doliwa (<i>Wir sind Kirche</i>)	
	16:00 - 18:00	Vortrag: Prof. Dr. Eugen Drewermann: Shalom als Auftrag zu handeln	
	19:00 - 21:00	Konzert des Münsteraner Chors „Die Untertanen“	
	Themenschwerpunkt „ GERECHTIGKEIT “		
	09:30 - 10:15	Bibelgespräch mit Pierre Stutz, Schweiz	
	10:00 - 19:00	Ausstellung, Infotische und Café	
	11:00 - 12:30	„ Die Ereignisse von 1968 und die Christ*innen “ Podium mit Fernando Torres Millan (Kolumbien), Barbara Imholz (ITP), Dr. Kuno Füssel (Theologe)	
	14:00 - 16:00	„ Religionen und soziale Bewegungen “ Podium mit Kacem Gharbi (Tunesien), Nidia Arrobo (Ecuador), Juan Grabois (Argentinien)	
	16:15 - 18:00	Workshops: <ul style="list-style-type: none"> • Gespräch mit Dr. Wolfgang Kessler, Chefredakteur von Publik-Forum „Wem gehört die Welt?“ • Neoliberaler Universitäten und befreiende Theologie • Franziskus und die Reform der Pastoral • Christ*innen in der 68er-Bewegung; mit Filmausschnitten „Mit Jesus auf die Barikaden“ • Stadteinführung „Suche Frieden“ durch das Aasee-Viertel • Stéphane Hessel: „Gewalt will von der Hoffnung nichts wissen“ 	
19:00 - 21:00	Kabarett mit Heribert Lehnert		
Sa 12. Mai	Themenschwerpunkt „ SOLIDARISCHE KIRCHE “		
	09:30 - 10:15	Bibelgespräch mit Pastorin Fanny Dethloff, Hamburg	
	10:00 - 19:00	Ausstellung, Infotische und Café	
	10:30 - 12:30	Podium: Gleiche Würde – Gleiche Rechte	
	14:00 - 16:00	Podium: Konfliktfall Kirchenasyl	
16:15 - 18:00	Workshops: <ul style="list-style-type: none"> • Politische Theologie in Münster • Leser*Innen-Treffen Publik Forum: „Den Unterdrückten eine Stimme geben“ • Paolo Freire – Befreiende Pädagogik • Kirchenasyl praktisch • Lateinamerika aktuell – Gespräch mit internationalen Gästen 		
19:00 - 21:00	Gottesdienstfeier zum Abschluss des Katholikentag plus		

Zusätzliche Helferinnen und Helfer gesucht:

Für unser Programm beim Katholikentag und beim Katholikentag plus werden noch weitere helfende Hände gesucht. Bitte melden Sie sich, auch wenn Sie nur stundenweise helfen können!
Kontakt: Thomas Kaufhold, Tel. 040-3098 1603, kaufhold@wir-sind-kirche.de

Ausführliches Programm anfordern:

Wir sind Kirche • Postfach 65 01 15 • D-81215 München
Tel: (040) 3098 1603 • Fax: (08131) 260 249 • info@wir-sind-kirche.de
Das laufend aktualisierte Programm im Internet: www.wir-sind-kirche.de
Das gelb-lila *Wir sind Kirche*-Programm wird in Münster kostenlos verteilt.

Wir sind Kirche-Spendenaufwurf

Das vielfältige Engagement von *Wir sind Kirche* beim Münsteraner Katholikentag und Katholikentag plus kostet etwa 16.000 Euro. Bitte tragen Sie mit Ihrer (steuerabzugsfähigen) Spende dazu bei, dass wir bei diesem wichtigen Ereignis die Reformkräfte vertreten können. Wir danken für jede große und kleine Spende!

Bundesweites Spendenkonto: *Wir sind Kirche* e.V.
IBAN: DE07 4006 0265 0018 2220 00 SWIFT/BIC: GENODEM1DKM

Spenden sind auch über das Internet möglich: www.wir-sind-kirche.de/?id=209